

120

Juni 2008

Was Theorien und Konzepte für die Politik bedeuten (könnten)

# Gerechtigkeit

Weitere Themen:

---

Frauen im Bundestag

---

Internet und  
Privatheit

---

Heuchelei als Gefahr  
für die Demokratie

---

Zuzahlungen im  
Gesundheitswesen



# Girls'Day am WZB



Melike probt das Befragen.



Volle Konzentration beim Auswerten



Der Forschungsauftrag wird von den Schülerinnen begutachtet.

## Inhalt

Titelbild: Dimitri Vervitsiotis/getty images

- 5 Jutta Allmendinger  
**Ein Zebra – vielleicht**  
Titel
- 
- 6 Wolfgang Merkel  
**Lebenschancen**  
Soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert
- 11 Günther Schmid  
**Die Balance der Verantwortung**  
Auf der Suche nach gerechter Teilung des Risikos Arbeitslosigkeit
- 16 Rolf Rosenbrock  
**Ärmer stirbt früher**  
Soziale Ungleichheiten wirken sich negativ auf die Lebenserwartung aus
- 20 Christine Wimbauer, Annette Henninger und Rosine Dombrowski  
**Wer hat, dem wird gegeben**  
Vom neuen Elterngeld profitieren vor allem die Besserverdienenden
- 23 Thomas Rixen  
**Unfairer Wettbewerb**  
Doppelbesteuerungsabkommen haben schädliche Folgen
- 26 Andreas Busch  
**Kein Ende der Privatheit**  
Auch jungen Internetnutzern ist Datenschutz wichtig
- 30 John Keane  
**Hypocrisy and Democracy**  
The gap between ideals and perceived reality is widening
- 33 Interview  
**„Wissenschaft ist oft unnahbar“**  
Forscher sollten das breite Publikum ernster nehmen, meint Peter Weingart

## Aus der aktuellen Forschung

- 35 Zuzahlungen als Bumerang  
Jens Holst über die Wirkung von Kostenbeteiligungen im Gesundheitswesen
- 38 Überholen ohne einzuholen?  
Weert Canzler über Chinas Automobilindustrie am technologischen Scheideweg
- 42 Quotenfrauen  
Sara Claro de Fonseca und Ana Espírito-Santo über die Chancen von Frauen, in den Bundestag zu kommen
- 46 Die Kunst des Abschreckens  
Joseph A. Clougherty und Jo Seldeslachts über das bessere Rezept für eine erfolgreiche Fusionspolitik

## Konferenzberichte

### Aus dem WZB

- 52 Wertschöpfung durch Sahnehäubchen  
Michael Hutter über die neue WZB-Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“
- 54 Nachlese
- 56 Girls' Day am WZB
- 57 Personalien
- 61 Publikationen

### Zu guter Letzt

- 66 Happy Birthday, Maynard  
Reinhard Blomert zum 125. Geburtstag von John Maynard Keynes

# Impressum

WZB-Mitteilungen  
ISSN 0174-3120

Heft 120, Juni 2008

**Herausgeberin**  
Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums  
Berlin für Sozialforschung  
Professorin Jutta Allmendinger Ph. D.

D-10785 Berlin  
Reichpietschufer 50

Telefon 030-25 49 10  
Telefax 030-25 49 16 84

Internet: <http://www.wzb.eu>

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im  
Jahr [März, Juni, September, Dezember]  
Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO  
kostenlos

## Redaktion

Dr. Paul Stoop  
[Leitung]  
Wiebke Peters  
Claudia Roth

**Gastredakteurin**  
Dr. Susanne Fuchs

**Korrektorat**  
Udo Borchert

**Dokumentation**  
Ingeborg Weik-Kornecki

**Texte in Absprache mit  
der Redaktion**  
frei zum Nachdruck

**Auflage**  
10.000

Fotos S. 5 und S. 55: David Ausserhofer

**Gestaltung**  
kognito Gestaltung, Berlin

**Satz**  
X Con Media AG, Bonn

**Druck**  
Medienhaus Plump GmbH, Rheinbreitbach

---

## WZB Aufgabe und Arbeiten

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) betreiben rund 140 deutsche und ausländische Wissenschaftler problemorientierte Grundlagenforschung. Soziologen, Politologen, Ökonomen, Rechtswissenschaftler und Historiker erforschen Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner Gesellschaften. Diese Forschung ist meist interdisziplinär und international vergleichend. Das WZB konzentriert sich auf Problemfelder, die die Gesellschaft in besonderer Weise berühren. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen. Von besonderem Gewicht sind Fragen der Transnationalisierung und Globalisierung.

Zu wichtigen Forschungsfeldern des WZB gehören:

- Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Dynamik
- Bildung, Wissen, Innovation
- Soziale Ungleichheit und Probleme des Sozialstaats
- Demokratie und Zivilgesellschaft
- Mobilität und Verkehr
- Wettbewerb, Staat und Steuerung
- Interkulturelle und internationale Konflikte
- Public Health.

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen.

---

## WZB Struktur

Präsidentin: Professorin Jutta Allmendinger Ph.D.  
Administrativer Geschäftsführer: Heinrich Baßler

### Die Forschungseinheiten

#### Schwerpunkt Bildung, Arbeit und Lebenschancen

##### Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“

Direktorin: Professorin Dr. Heike Solga

##### Abteilung „Ungleichheit und soziale Integration“

Direktor: Professor Dr. Jens Alber

##### Forschungsgruppe „Public Health“

Leitung: Professor Dr. Rolf Rosenbrock

##### Forschungsprofessur „Demographische Entwicklung, sozialer Wandel und Sozialkapital“

Professorin Chiara Saraceno Ph.D.

##### Forschungsprofessur „Soziale und politische Theorie“

Prof. Dr. Lord Ralf Dahrendorf

##### BMBF-Nachwuchsgruppe „Education and Transitions into the Labour Market“

Leitung: Dr. Rita Nikolai

##### Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe „Liebe, Arbeit, Anerkennung“

Leitung: Dr. Christine Wimbauer

##### Schumpeter-Nachwuchsgruppe „Positionsbildung in der EU-Kommission“

Leitung: Dr. Miriam Hartlapp

#### Schwerpunkt Märkte und Politik

##### Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“

Direktor: Prof. Dr. Kai A. Konrad

##### Abteilung „Industrieökonomie“

Direktor: N. N.

#### Schwerpunkt Gesellschaft und wirtschaftliche Dynamik

##### Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“

Direktor: Prof. Dr. Michael Hutter

##### Abteilung „Internationalisierung und Organisation“

Direktor (kommissarisch): Prof. Dr. Arndt Sorge

##### Forschungsgruppe „Wissen, Produktionssysteme und Arbeit“

Leitung: Prof. Dr. Ulrich Jürgens

##### Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“

Leitung (kommissarisch): Dr. Dagmar Simon

#### Schwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie

##### Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“

Direktor: Prof. Dr. Ruud Koopmans

##### Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“

Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Merkel

##### Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen“

Direktor: Prof. Dr. Michael Zürn

##### Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“

Leitung: Privatdozent Dr. Dieter Gosewinkel, Prof. Dr. Dieter Rucht

##### Forschungsprofessur „Theorie und Geschichte der Demokratie“

Prof. John Keane Ph.D.

##### Forschungsprofessur „Historische Sozialwissenschaften“

Prof. Dr. Jürgen Kocka

##### Forschungsprofessur „Neue Formen von Governance“

Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert

## Ein Zebra – vielleicht



Demnächst begeht das WZB seinen 40. Geburtstag. Am 17. Februar 2009 wird das sein, und der Bundespräsident hat seine Teilnahme am Festakt angekündigt. Viele Fragen, die das WZB in diesen vier Jahrzehnten erforscht hat, stehen immer noch auf der politischen Agenda – mit zunehmender Dringlichkeit. Das zeigt etwa ein Blick in die WZB-Mitteilungen vom Juni 1988, im 20. Jahr des WZB. Damals wurden Themen wie aktive Arbeitsmarktpolitik und „Arbeitermedizin“ behandelt – und immer war die übergeordnete Frage die der gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Günther Schmid hat damals über den Arbeitsmarkt geschrieben, so, wie er das in diesem Heft tut (Seite 11). Dem Emeritus Günther Schmid sei für seine engagierte Forschungsarbeit über Jahrzehnte herzlich gedankt. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist der Vorläufer zu dem, was wir so dringend brauchen und sich viel zu langsam herausbildet: eine präventive Sozialpolitik. Diese käme gerade jenen zugute, die als erste von den Wechselfällen des Lebens getroffen werden, nämlich die schlecht Ausgebildeten. Bildungsarmut bedingt überdurchschnittlich häufig Arbeitslosigkeit und wird überdurchschnittlich häufig an die Kinder weitergegeben.

Die Startchancen von Kindern sind in Deutschland sehr unterschiedlich. Sie profitieren nicht von Gerechtigkeits-Elementen des von Bismarck begründeten Wohlfahrtsstaats. Wenn heute die Leistungen des Sozialstaats an Dauer der Erwerbstätigkeit und Höhe des erzielten Einkommens geknüpft werden, sollten wir nicht verschweigen, was das bedeutet: die Privilegierung derer, die ohnehin schon mehr haben. Und wenn heute mit dem Elterngeld die finanzielle Unterstützung für Kinder vom Einkommen der Eltern abhängig gemacht wird, so ist dies vielleicht ein fruchtbarer Anreiz für gut verdienende Eltern, fördert aber sicher nicht die Chancengleichheit (Seite 20).

Das Interesse an den großen gesellschaftlichen Fragen verbindet die Forscher und Forscherinnen des WZB miteinander – über die Grenzen der Disziplinen, über die speziellen Interessen der unterschiedlichen Forschungsabteilungen hinweg. Physisch hält unser Gebäude, dem die Juni-Ausgabe 1988 der „Mitteilungen“ gewidmet war, seit genau 20 Jahren die Institution zusammen, die zuvor über mehrere Standorte verteilt war. Sein Alter sieht man dem Gebäude nicht an, immerhin war die „technisch-handwerkliche Qualität der Bauausführung“ damals so ziemlich das Einzige, was die Presse dem Gebäude zugute hielt. Ansonsten schien es manchen damals als die Architektur „des Prinzen Vogelfrei“, wie Wolfgang Pehnt in der FAZ schrieb. Der Prinz war James Stirling, der Architekt. Für ihn war das Gebäude „a colourful new animal, perhaps a zebra, (...) and a place for contemplation in contrast with the ever more efficient computerized reality of the working life“. Für andere war es eine „Geburtstagsstorte“, wie eine Graffiti-Aufschrift damals kommentierte, gehalten in den „Babyfarben“ blau und rosa (Günther Kühne im Tagespiegel).

Mit diesen Beschreibungen können wir gut leben. Wir freuen uns täglich an diesem Gebäude. Hoffentlich wird hier noch lange die Luft der Freiheit wehen. Wir danken heute wie vor 20 Jahren den vielen helfenden Händen, die diesen Bau ermöglicht haben. Und wir stellen uns der Verantwortung, die ein solcher Vertrauensvorschuss mit sich bringt.

Jutta Allmendinger

# Lebenschancen

Soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert

Von Wolfgang Merkel

Stellt man der politischen Philosophie oder der Ökonomie die Frage nach der „sozialen Gerechtigkeit“, könnte man folgende Antwort bekommen: „Wenn zur Finanzierung des Sozialstaates mein Einkommen besteuert wird, dann teile ich der Staat die Früchte meiner Arbeit und leugne meinen moralisch-rechtlichen Anspruch auf das, was ich mir erarbeitet habe. Wenn er sich über meinen moralisch-rechtlichen Anspruch auf die Früchte meiner Arbeit hinwegsetzt, dann setzt er sich auch über meinen Anspruch auf meine Talente, Fähigkeiten und körperlichen Kräfte hinweg, dann teile ich er meine Begabungen. Wenn er aber mein Eigentum an meinen Begabungen verletzt, dann verletzt er auch mein Eigentum an mir selbst. Dann verletzt er mein Recht, (...) mein eigener Herr zu sein und über mich selbst verfügen zu können; dann behandelt er mich als Sklaven, als eine Sache. Mit anderen Worten: der umverteilende Wohlfahrtsstaat verwandelt seine Bürger in Teilzeitsklaven mit schwindendem Eigentum.“ So fasst Wolfgang Kersting die Auffassung von Robert Nozick pointiert zusammen. Eine derartige Antwort auf die Gerechtigkeitsfrage ist im Kern auch diejenige des großen liberalen Philosophen John Locke, wie auch der Zeitgenossen Friedrich August von Hayek oder Milton Friedman. Es ist aber ebenso die radikale Formulierung einer durchaus verbreiteten Meinung von Steuer- und Sozialstaatsgegnern in den USA und anderswo.

## Gerechtigkeitsprinzipien

Dieser Meinung lässt sich widersprechen. Besonders autoritativ kann man das mit John Rawls, dem wichtigsten Gerechtigkeitstheoretiker des 20. Jahrhunderts. Eigentum ist für Rawls kein zu verabsolutierendes Naturrecht; seine Verteilung unterliegt vielmehr vernünftig ausgehandelten Maximen. Auch die Zufälligkeit natürlicher Gaben und Begabungen sind unter das Kuratel gerechtigkeits-theoretischer Überlegungen zu stellen. Intelligent oder dumm, schön oder hässlich, behütete oder verwahrloste familiäre Verhältnisse, reiche oder arme Eltern dürfen in einer gerechten Gesellschaft nicht über die individuellen Lebensentwürfe und deren Realisierungschancen entscheiden.

In die politische, wirtschaftliche und soziale Verfassung einer Gesellschaft müssen deshalb Institutionen eingeschrieben werden, die jene Grundgüter fair verteilen, die für gleiche Lebenschancen bedeutsam sind. Die wichtigsten dieser gesellschaftlichen Grundgüter sind Rechte, Freiheiten und Chancen, Einkommen und Vermögen sowie die sozialen Bedingungen der Selbstachtung. Sozioökonomische Ungleichheiten sind nur dann zulässig, wenn sie „zu jedermanns Vorteil dienen und sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offen stehen“. Chancenungleichheiten sind nur dann tolerabel, wenn sie für die Gesamtgesellschaft „Kooperationsgewinne“ abwerfen und gleichzeitig die Lage der Benachteiligten verbessern. Rawls' Verteilungsinstitutionen sind also zugleich leistungsaufmerksam und begabungsblind.

John Rawls befasst sich mit der fairen Struktur der Institutionen. Wie diese Institutionen von den Individuen genutzt werden können, wird nicht ausgeführt. Genau darauf richtet der Ökonom und Philosoph Amartya Sen seine Überlegungen zur Entwicklung der individuellen Verwirklichungschancen (*capabilities*). Was in Rawls' Theorie der Gerechtigkeit fehle, sei ein Begriff grundsätzlicher persönlicher Fähigkeiten und deren Verwirklichung, schreibt der Nobelpreisträger der Ökonomie. Ein Individuum muss bestimmte Fähigkeiten besitzen, um selbstbestimmt eigene Lebenspläne entwickeln und umsetzen zu können. In diesem Sinne ist Gerechtigkeit die Freiheit und Fähigkeit, wählen zu können. In seinem programmatischen Aufsatz „Equality of what?“

---

### Zusammenfassung

Soziale Gerechtigkeit bedeutet Gleichheit. Aber worauf bezieht sich diese Gleichheit? Anders als im statusbewahrenden Wohlfahrtsstaat Bismarck'scher Prägung, der durch Umverteilung die Privilegien sozialer Herkunft konserviert, sollte ein moderner Gerechtigkeitsbegriff Chancengleichheit ins Zentrum stellen. Das Ziel sozialer Gerechtigkeit wird dabei weniger durch die Verteilung von Ergebnissen als durch die Herstellung von Startbedingungen erreicht, die es dem Einzelnen erlauben, möglichst viele Fähigkeiten zu erlangen.

---

gibt Sen selbst die unmissverständliche Antwort: Gerechtigkeit bedeutet die gleiche Chance, eine möglichst umfangreiche Palette an persönlichen Fähigkeiten erwerben zu können. Die Frage sozialer Gerechtigkeit wird also weniger von den Verteilungsergebnissen als von den Startbedingungen her beantwortet. In der Menge und Qualität der Verwirklichungschancen spiegelt sich die Freiheit wider. Die „negative Freiheit“ von etwas wird durch die „positive Freiheit“, etwas tun zu können, ergänzt und im Hegel'schen Sinne „aufgehoben“.

Dies ist ein freiheitsorientierter Gerechtigkeitsbegriff, der wirkungsvoller mit den Privilegien sozialer Herkunft bricht als ein noch so großzügiger Bismarck'scher Sozialversicherungsstaat, der strukturell im Wesentlichen die Statusunterschiede konserviert und die Klassen- wie Chancenstruktur einer Gesellschaft weitgehend unangetastet lässt. Diese gerechtigkeitstheoretische Überlegenheit gilt auch gegenüber einem bedingungslosen Grundeinkommen, wie es Philippe van Parijs vorschlägt. Auch dessen hierzulande von den Grünen übernommenes Modell verändert die Chancenstruktur einer Gesellschaft nicht, sondern droht sie vielmehr festzuschreiben.

Für die Überlegenheit von Rawls' und Sens Gerechtigkeitsüberlegungen gegenüber den libertären Marktideologen oder der postmarxistischen Wiederbelebung von Ergebnisgleichheit sprechen mehrere Argumente. Der auf das Individuum bezogene Ausgangspunkt ihres Denkens setzt nicht nur am besten das Gebot der Freiheit des Einzelnen um, sondern entspricht auch am ehesten der Individualisierung von Werten und Lebensstilen in den postindustriellen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts. Die Gerechtigkeitsätze von Rawls und Sen gewähren dem Individuum einen größtmöglichen Umfang an Freiheit und an politischen Rechten und sichern diese gegenüber autoritären oder paternalistischen Zumutungen des Staates und der Gemeinschaft ab. Sie erhöhen die Freiheitsgrade und die Optionsbreite selbstbestimmter individueller Wahl.

Trotz dieser Priorität für die individuelle Freiheit gebietet Rawls' zweiter Gerechtigkeitsatz erhebliche Umverteilungsmöglichkeiten, soweit diese der gleichen und fairen Verteilung der Grundgüter dienen. Insbesondere mit Amartya Sens Imperativ der Verwirklichungschancen lassen sich Politiken begründen, die die Zukunftsfähigkeit moderner Gesellschaften sichern. Dazu gehören Bildung, Arbeitsmarktinklusio n und aktivierende Sozialstaatsangebote. An die Stelle eines nachsorgenden Wohlfahrtsstaats tritt der „ermöglichende Staat“.

### Handlungspräferenzen

Aus diesen allgemeinen Prinzipien lassen sich Handlungsanleitungen für die Politik ableiten:

1. Vermeidung von Armut: Denn Armut verhindert in aller Regel die Ausbildung individueller Würde, Integrität und Autonomie.
2. Bildung und Ausbildung: In diesem Bereich werden in hohem Maße die individuellen Lebenschancen geformt.
3. Integration in den Arbeitsmarkt: Hier werden für die meisten Bürger Einkommen, Status und Prestige verteilt und wird über ihre tatsächliche Zugehörigkeit zur Gesellschaft oder ihren Ausschluss entschieden.
4. Sozialstaatliche Sicherungsstandards: Hier müssen soziale Sicherheit, Nothilfen und auch Umverteilung organisiert werden. Denn Chancengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit bedürfen der dritten Säule einer konditionierten Bedarfsgerechtigkeit für diejenigen, die trotz Chancengerechtigkeit und aktivierender Sozialstaatsangebote unter die Armutsgrenze rutschen.
5. Einkommens- und Vermögensverteilung: Extreme, die demokratische Gleichheit und soziale Kohäsion beschädigende Einkommensunterschiede sind zu vermeiden. Die Gleichheit des Schutzes der Freiheit, die Würde aller



Wolfgang Merkel, geboren 1952 in Hof/Bayern, ist Direktor der WZB-Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“. Er ist Professor für Politische Wissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Mitglied der Grundwertekommission der SPD und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Außerdem wurde er als Mitglied der Sozialwissenschaftlichen Klasse in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften berufen.  
[Foto: David Ausserhofer]

merkel@wzb.eu

und der Zusammenhalt der Gesellschaft müssen legitimierender Maßstab und zugleich die Grenze für ungleiche Einkommensverhältnisse sein. Einkommensunterschiede sind dann aber legitim, wenn die ersten vier Maximen erfüllt sind und auch die Schlechtergestellten von ihnen profitieren.

6. Geschlechtergerechtigkeit: Die Chancenstrukturen zwischen den Geschlechtern müssen neu verteilt werden. Dies gilt in der OECD-Welt vor allem für den Arbeitsmarkt und die Karrierechancen.

7. Generationengerechtigkeit: Wendet man Rawls' „gerechten Spargrundsatz“ an, dann muss sich die gegenwärtige Generation fragen, wie viel zu sparen oder sich zu verschulden sie bereit wäre, „falls alle anderen Generationen nach demselben Grundsatz gespart haben und sparen werden“. Diese Maxime muss für die Staatsverschuldung und den Umgang mit der Natur gelten.

### Gerechtigkeitsvergleich

Wenn man diese Prinzipien und Handlungsmaximen berücksichtigt, wie lassen sich dann die OECD-Gesellschaften beurteilen? Wie schneidet Deutschland in einer solchen internationalen Gerechtigkeitsbilanz ab? Die gute Nachricht ist: Im Vergleich der OECD-Staaten steht die Bundesrepublik Deutschland relativ gut da, was die Bekämpfung der Armut betrifft. Die Armutsquote war zwischen 1990 und 2006 halb so hoch wie in den USA und liegt (noch) unter der Quote von Großbritannien. Deutschland rangiert deutlich im ersten Drittel der OECD-Staaten, hinter den skandinavischen Staaten.

Die schlechten Nachrichten sind: Bei den Bildungsausgaben liegt Deutschland im letzten Drittel der OECD-Welt, deutlich hinter Staaten wie Spanien, Portugal oder Frankreich und knapp vor Mexiko, Tschechien und Ungarn. Die Bundesrepublik hat in den letzten 20 Jahren die Zukunftsinvestition in diese wichtigste Ressource einer wissensbasierten Gesellschaft und Wirtschaft sträflich vernachlässigt und versagt kläglich in der Bereitstellung fairer Bildungs- und damit Lebenschancen. Dafür gibt Deutschland gemeinsam mit Italien, Griechenland und Frankreich am meisten für Renten und Pensionen aus, noch mehr als Schweden und Dänemark.

Die zweite Gerechtigkeitslücke klafft auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich, die Langzeitarbeitslosigkeit ist weit überdurchschnittlich hoch, die Beschäftigtenquote und insbesondere die Frauenerwerbsquote liegen dagegen unter dem OECD-Durchschnitt. In Deutschland besteht eine doppelte Ungerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt: zum einen zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, zum anderen zwischen Männern und Frauen. Und dies, obwohl – vielleicht auch weil – der Haushalt der Bundesagentur für Arbeit mit etwa 50 Mrd. Euro fast doppelt so hoch ist wie der Haushalt aller Universitäten und Fachhochschulen zusammen. Zynisch ließe sich formulieren, wir hätten ja auch doppelt so viele Arbeitslose wie Studenten.

Die Sozialausgaben sind im OECD-Vergleich überdurchschnittlich, die Quote der öffentlich Beschäftigten unterdurchschnittlich. Der deutsche Sozialstaat ist zu sehr auf monetäre Transfers ausgerichtet und stellt zu wenig soziale Dienstleistungen zur Verfügung; das gilt für Ganztagschulen wie für Kindertagesstätten, an denen es mangelt. Im internationalen Vergleich ist die Einkommensungleichheit in der Bundesrepublik unterdurchschnittlich und liegt deutlich unter den starken Einkommens- und Vermögensspreizungen in der angelsächsischen Welt.

Insgesamt zeigt die Rangfolge sozialer Gerechtigkeit ein Muster, das im Großen und Ganzen mit Gøsta Esping-Andersens Differenzierung nach unterschiedlichen „Welten“ des Wohlfahrtskapitalismus übereinstimmt: Die universalistischen, dienstleistungsorientierten und stark steuerfinanzierten Wohlfahrtsstaaten Skandinaviens liegen an der Spitze, gefolgt von den konservativen Sozialversicherungsstaaten des Kontinents, zu denen Deutschland zählt. Danach kommen die Länder des liberalen Wohlfahrtsstaats bzw. des li-



beralen angelsächsischen Kapitalismus. Am Ende befinden sich die wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Spätentwickler Süd- und Osteuropas.

Die noch komfortable 10. Position Deutschlands in der vergleichenden Rangliste ist vor allem auf die hohen Sozialausgaben und die guten Werte bei der Generationengerechtigkeit zurückzuführen. Lässt man jedoch den Indikator „Sozialausgaben“ unberücksichtigt, weil er eher die Altersstruktur der Gesellschaft und die Kosten(in)effizienz im Gesundheitswesen widerspiegelt, fällt Deutschland auf den 19. Platz der OECD-Rangliste zurück, hinter Australien und Großbritannien. Dies deutet auf einen nachsorgenden und nicht auf einen vorsorgenden und investiven Sozialstaat hin, wie er häufig gefordert wird.

Die unterdurchschnittlichen Werte für die Bereiche Bildung und Arbeitsmarkt ziehen Deutschland nach unten und weisen auf eine besondere Gerechtigkeitslücke hin, nämlich jene der fairen Verteilung von Aufstiegs- und Lebenschancen. Bestätigt wird dies von OECD-Daten, die Deutschland eine besonders niedrige Bildungsmobilität über alle Schichten hinweg attestieren. Darüber hinaus deuten wachsende Armutsraten und die zunehmende Bildungsexklusion der Unter- und Migrantenschichten in den letzten Jahren darauf hin, dass der nachsorgende Sozialstaat immer weniger in der Lage ist, soziale Inklusion jenseits des Arbeitsmarktes zu finanzieren. Das Altern unserer Gesellschaft hat zudem die Säule des deutschen Sozialstaates, das beitragsfinanzierte Sozialversicherungsprinzip, brüchig werden lassen. Deutschland investiert mehr in die Vergangenheit als in die Zukunft.

### Staatsversagen

Die Gerechtigkeitslücke in Deutschland lässt sich auf Markt- wie Staatsversagen zurückführen. Der Hauptgrund der ethischen Blindheit des Marktes liegt in den ungleichen Zugangsbedingungen, der nicht leistungsbezogenen Bemessung von Kapital- und Arbeitseinkünften, Spekulationsgewinnen, Managereinkommen und der zyklischen Produktion von Arbeitslosigkeit. Das Staatsversagen lässt sich erkennen am Festhalten an einem anachronistischen, konservierenden, passiven Sozialstaat; einer Bildungspolitik, die soziale Mobilität kaum fördert, wenn nicht verhindert; einer Arbeitsmarktpolitik, die Outsider diskriminiert; einer Steuer- und Familienpolitik, die Frauen benachteiligt; einer Immigrations- und Integrationspolitik, die zielsicher eine marginalisierte und zunehmend anomische Unterschicht produziert.

Politiker aller Parteien weigern sich, diese Defizite zu überwinden: die international bemerkenswerte Unterfinanzierung der Bildung, die steuerliche Bestrafung von Zweitverdienern durch die Haushaltsveranlagung, die monetäre Prämie auf die Erziehung der Kleinkinder zu Hause, die systematisch die Zukunftschancen von Kindern aus der Unterschicht beeinträchtigt, sowie die Überregulierung der Arbeitsmärkte, bei Unternehmensgründungen und durch Handwerkerordnungen. Dies sind die Beispiele einer ängstlichen und gestaltungsvergessenen Politik.

Misst man sie an John Rawls' Fairness-Elle des Differenzprinzips, so nützt diese gerade nicht den am wenigsten Privilegierten, sondern droht deren Abstand zu den Saturierten zu vergrößern. Die Gerechtigkeitsfrage ist wieder eine Klassenfrage geworden. Auch dem moralischen Imperativ von Amartya Sen, die Fähigkeiten aller Individuen in gleichem Maße zu fördern, damit sie ihre Lebenschancen erkennen, auswählen und verwirklichen, wird eher resigniert als engagiert begegnet. Von Ronald Dworkins Grundprinzip des „equal concern and respect“, das heißt, jeden Bürger nicht nur gleich, sondern „als Gleichen“ zu behandeln, ist die gegenwärtige Politik weit entfernt.

Die Große Koalition hat bisher keine einzige substanzielle Reform zuwege gebracht, die die Pfadabhängigkeit einer ungerechten Politik gebrochen hätte. In dieser Reformabstinenz ähnelt sie zunehmend den bleiernen Jahren der Kohl-Regierungen, als Deutschland von den Reformländern der OECD-Welt abgehängt wurde. Damit hat sie einen politischen Raum geöffnet, den die Par-

---

#### Summary

#### Equality of life chances

Social justice means equality. However, the main question is: equality of what? A modern concept of social justice should not preserve social privileges through redistribution as the traditional bismarckian welfare state does, but rather refer to equality of opportunities. Thus the target of social justice is less a question of the distribution of results but of the provision of starting conditions that allow the individual to acquire a wide range of personal capabilities.

---

tei „Die Linke“ wählerwirksam zu besetzen beginnt. Deren Wirtschafts- und Sozialpolitik nimmt die Globalisierung wenig ernst und birgt die Gefahr, dass es nicht etwa den Vielen besser geht, sondern am Ende allen schlechter. Erhebliche Wettbewerbs- und Wohlfahrtsverluste in einer offenen globalisierten Wirtschaftswelt wären die Folge.

Unter einem solchen kollektiven Wohlfahrtsverlust hätten aber gerade die unteren Schichten besonders zu leiden. Marx, der scharfsichtige Analytiker der Internationalisierung des Kapitalismus, hätte sicherlich als erster über das Reaktionäre solcher *nationalökonomischer* Romantik gespottet. Dass „Die Linke“ nun mit den anachronistischen Rezepten der frühen 1970er Jahre reüssiert, zählt zu den bitteren Ironien einer jahrzehntelangen Regierungspolitik, die die Gerechtigkeitsfrage weder verstanden noch ernst genommen hat.

#### Literatur

Ronald Dworkin, *A Matter of Principle*, Cambridge: Harvard University Press 1985, 448 S.

Gøsta Esping-Andersen, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press 1990, 260 S.

Wolfgang Kersting (Hg.), *Politische Philosophie des Sozialstaats*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2000, 510 S.

Robert Nozick, *Anarchy, State, and Utopia*, New York: Basic Books 1974, 496 S.

John Rawls, *A Theory of Justice*, revised edition, Cambridge: The Belknap Press of Harvard University Press 1999, 560 S.

Amartya Sen, *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München: Carl Hanser Verlag 2000, 423 S.

Wolfgang Streeck, *Globalisierung: Mythos und Wirklichkeit*, MPIfG Working Paper 04/4, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 2004

---

#### Neuerscheinung

## Aus der WZB-Forschung

Holger Schütz

### Reform der Arbeitsvermittlung

Uniformierungsdruck in der Bundesagentur für Arbeit

Opladen/Farmington Hills: Budrich UniPress Ltd. 2008

ISBN 978-3-940755-03-2

265 Seiten, € 26,90

Im Rahmen der Hartz-Reformen wurde die Arbeitsvermittlung in Deutschland grundlegend verändert. Diese Studie zeigt auf, dass sich Strategien und Praxis

der Arbeitsvermittlung immer stärker angeglichen haben. Durch diese zentralistischen Reformen verringert sich die Vielfalt der Implementationsmodelle der lokalen Arbeitsagenturen; das kreative Potenzial der Bundesagentur für Arbeit wird dadurch geschwächt. Durch die zunehmende Vereinheitlichung der Vermittlungsmodelle und andere Einseitigkeiten der eingeschlagenen Reformstrategie kommt es verstärkt zu unbeabsichtigten Nebenwirkungen und paradoxen Reformeffekten. So wird die Service-Orientierung der Arbeitsvermittlung einerseits verbessert, andererseits

verschlechtert. Auch der Ausbau des Controlling hat positive und negative Effekte. Die Reformen steigern die Legitimation der Arbeitsverwaltung, zugleich schafft die Reformstrategie neue Legitimationsprobleme. Der Autor versteht die Reform der Arbeitsvermittlung nicht als politisch neutrale Verwaltungsmodernisierung. Vielmehr vollziehe sich mit den weitreichenden Änderungen der normativen Grundlagen und der Praxis der öffentlichen Arbeitsvermittlung ein institutioneller Governance-Wandel.

# Die Balance der Verantwortung

Auf der Suche nach gerechter Teilung des Risikos Arbeitslosigkeit

Von Günther Schmid

Das Arbeitslosengeld war schon immer eine besonders umstrittene Versicherungsleistung, und in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik wurde um keine Versicherung so lange gerungen wie um die Arbeitslosenversicherung. Als sie 1927 schließlich Gesetz wurde, war sie das letzte Glied der großen, von Bismarck begonnenen Sozialreformen. Kaum eingeführt, wurde sie 1929 von der Weltwirtschaftskrise herausgefordert. Dieser Test geriet zum deutschen Trauma. Die große bürgerliche Koalition der Weimarer Republik zerbrach vor allem im Streit um die Reformen der Arbeitslosenversicherung.

Das Verständnis von Arbeitslosigkeit als Risiko war gespalten. Gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften setzte sich damals die Meinung durch, die Arbeitslosigkeit sei in erster Linie ein individuelles Risiko. Bei Massenarbeitslosigkeit müssten daher konsequent die Leistungen gekürzt werden, um die Ausnutzung der Versicherung unter Kontrolle zu halten und die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen. Wird Arbeitslosigkeit jedoch als soziales Risiko betrachtet, dann treten andere Gesichtspunkte einer Versicherung in den Vordergrund. Dazu zählt neben der (antizyklischen) Erhaltung der Massenkaufkraft vor allem der solidarische Schutz des Einkommens als Voraussetzung für die individuelle Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftliche Neuenerungen mitzutragen.

In den jüngsten Debatten ist der historische Dissens um das Arbeitslosengeld leicht wiederzuerkennen. Dieses „Déjà vu“ betrifft leider auch die Tendenz, die Doppelfunktion einer Sozialversicherung aus dem Blick zu verlieren. Die Arbeitslosenversicherung erleichtert den Unternehmen einen sozial abgedeckten Personalabbau zur Anpassung an den technologischen Wandel und den Arbeitnehmern die intensive Suche nach einem neuen Job, die gegebenenfalls durch Qualifizierung oder Lohnsubventionen zu ergänzen ist. Die Kehrseite der Medaille ist das moralische Verhaltensrisiko, also der Anreiz, die Versicherung auszunutzen (*moral hazard*). Auch das gilt für beide Marktseiten: Ausnutzung des Arbeitslosengeldanspruchs bis zum letzten Tag durch die Arbeitnehmer einerseits und die mangelnde Vorsorge der Arbeitgeber, in die Beschäftigungsfähigkeit ihrer Belegschaft zu investieren, andererseits.

Derzeit steht die Zähmung des moralischen Risikos im Vordergrund, während die Ermunterung zum innovativen Risiko stark in den Hintergrund geraten ist. Vor ein paar Monaten wurde mit großem Getöse die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs für über 55-jährige Arbeitnehmer mit dem Argument beschlossen, sie fülle eine Gerechtigkeitslücke. Wer länger in die Versicherung einzahlte, habe auch Anspruch auf längere Dauer des Leistungsbezugs. Dieses Argument widerspricht jedoch nicht nur der Versicherungslogik, sondern auch Gerechtigkeitsprinzipien. Die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs gewährleistet keine Ermunterung zum innovativen Risiko. Im Gegenteil, sie erhöht wieder die Gefahr des moralischen Risikos und leitet Wasser auf die Mühlen der Sozialstaatskritiker.

## Gerechte Verantwortungsteilung

Wie könnte eine gerechte Teilung des Risikos Arbeitslosigkeit aussehen? Wie könnte Politik den Arbeitsmarktakteuren helfen, zwischen den beiden Seiten des Risikos, also gleichsam zwischen Scylla und Charybdis, geschickt hindurchzunavigieren? Was wäre, in anderen Worten, das sozialwissenschaftliche Äquivalent, um Odysseus an den Mast zu binden? Die Antwort lautet: die Bindung von Mitteln an arbeitsmarktpolitisch sinnvolle Zwecke, im Zeitalter der Wissensgesellschaft vor allem die Ressourcenbindung an berufliche Weiterbildung oder lebenslanges Lernen. Zur Begründung dieses Ar-



Günther Schmid kam 1974 als wissenschaftlicher Mitarbeiter ans WZB. Von 1989 bis zu seiner Emeritierung im Frühjahr 2008 war er Direktor der WZB-Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung“. Seine Forschungen, unter anderem zu der von ihm entwickelten Theorie der Übergangsmärkte, wurden international rezipiert und beeinflussen heute arbeitsmarktpolitische Diskussionen in vielen entwickelten Staaten. [Foto: privat]

gues@wzb.eu

---

## Zusammenfassung

Eine gerechte Teilung des Risikos „Arbeitslosigkeit“ sollte das innovative Verhaltensrisiko des Einzelnen stärker in den Blick nehmen. Dies kann geschehen, indem die für die Versicherungsleistung aufgewendeten Mittel an berufliche Weiterbildung gebunden werden. So könnte ein Teil des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung als persönliches Entwicklungskonto angelegt werden, von dem im Bedarfsfall Geld für die berufliche Weiterbildung abgerufen werden kann.

---

guments bedarf es zunächst einer Rückbesinnung auf die normativen Grundlagen gerechter Verantwortungsteilung.

Die Gerechtigkeitstheorie von John Rawls besagt in Kürze, dass Ungleichheit nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie zur Wohlfahrt aller beiträgt. Aber nicht das Glück aller ist zu maximieren, wie es die utilitaristische Philosophie predigt, sondern in erster Linie die Wohlfahrt der Benachteiligten. Die Frage, wie die Verantwortung zwischen Individuen und Gesellschaft gerecht zu verteilen ist, bleibt dabei unbeantwortet. Für das Gerechtigkeitsgefühl macht es jedoch einen Unterschied, ob die Ungleichheit der Einkommens- und Erwerbschancen extern verursacht ist oder ob sie das Ergebnis einer freien persönlichen Wahlentscheidung ist. Die moderne Verantwortungsethik, beispielsweise von Ronald Dworkin, plädiert daher für eine Vertragstheorie, die auf den ethischen Grundprinzipien individueller Verantwortung und gesellschaftlicher Solidarität beruht, das heißt auf einer allgemein akzeptierten Balance von individuellen Rechten und Pflichten. Gerecht ist eine Verteilung von Lebenschancen, wenn sie die Umstände ungleicher Einkommen und Lebensqualität berücksichtigt.

Die Menschen können nicht verantwortlich gemacht werden für Folgen, die extern verursacht wurden, also von Umständen, die sie selbst nicht beeinflussen können. Dazu gehören beispielsweise von der Natur gegebenes Talent oder Behinderung. Dazu zählen aber auch die Zufälle des Marktes. Diese können bewirken, dass Menschen mit demselben Ausbildungsniveau und mit denselben Anstrengungen durchaus völlig unterschiedliche Löhne und Gehälter erhalten. Die Bildungsökonomien können nur etwa ein Drittel der Verdienstunterschiede auf unterschiedliche Bildungsniveaus zurückführen. Worauf die restlichen zwei Drittel beruhen – auf unterschiedliche individuelle Anstrengungen, auf Glück oder Pech –, ist unbekannt. Es liegt jedoch nahe, dem Glück oder Zufall eine wichtige Rolle für unterschiedliche Erwerbs- und Einkommenschancen zuzuweisen.

Im Sinne der Verantwortungsethik müssen wir aber die Verantwortung tragen für Ungleichheiten oder Ereignisse, die Ergebnis unserer persönlichen Wahl sind, beispielsweise die persönliche Entscheidung, weniger zu arbeiten, einen bestimmten Geschmack zu haben oder einen bestimmten Beruf zu wählen.

Voraussetzung für individuelle Verantwortung ist die gleiche Ausstattung mit Ressourcen. Dworkin meint das sehr konkret. Da die gleiche Verteilung von Lebenschancen immer wieder durch Zufall und externe Umstände zerstört wird, muss es zu periodischen Umverteilungen kommen, beispielsweise durch hohe Erbschafts- oder progressive Einkommensteuern. Wird jemand mitten im Leben – möglicherweise mit Familie, Kindern und Schulden – von Arbeitslosigkeit betroffen, muss er oder sie die Gewissheit haben, dass die Ausstattungsgleichheit durch die Solidargemeinschaft wiederhergestellt wird. Ein zurückhaltender Staat oder eine Gemeinschaft ohne krisenfeste Sozialversicherung bieten dafür keine guten Voraussetzungen.

Damit ist eine Grundlage geschaffen, um die Frage nach einer gerechten Teilung des Risikos Arbeitslosigkeit wenigstens in groben Zügen zu beantworten. Die Risikoursache kann auf eigener Wahl oder auf externen Umständen beruhen, und die Risikobewältigung kann im Rahmen eigener Fähigkeiten liegen oder nur von anderen oder gar nur von Kollektiven wie dem Staat geleistet werden. Daraus ergeben sich vier Konstellationen gerechter Verantwortungsteilung:

Abbildung 1: Konstellationen gerechter Verantwortungsteilung

		Zuständige Akteure der Risikobewältigung	
		Individuum und private Kollektive	Staat und Gesellschaft
Risikoursache	Eigene Wahl	I. Individuelle Verantwortung	II. Gesellschaftliche Solidarität
	Externe Umstände	III. Individuelle Solidarität	IV. Staatliche Verantwortung

Erstens die „individuelle Verantwortung“ in Konstellationen, in denen die Arbeitsmarktrisiken überwiegend Resultat persönlicher Entscheidungen sind und im Wesentlichen privat oder kollektivvertraglich versichert werden können. Zweitens „gesellschaftliche Solidarität“ in Konstellationen, in denen das riskante Ereignis zwar durch individuelle Entscheidungen ausgelöst wurde, der Schaden für die betroffene Person jedoch so hoch ist, dass unmittelbare und bedingungslose Hilfe durch andere notwendig ist. Drittens „individuelle Solidarität“ in Konstellationen, in denen die Risiken zwar extern verursacht werden, d.h. außerhalb der Reichweite und Einflussmöglichkeit der betroffenen Personen liegen, deren Auswirkungen aber dennoch durch individuelle Anstrengungen begegnet werden kann. Viertens „staatliche Verantwortung“ in Konstellationen, in denen die Risiken extern verursacht werden und ihre Folgen alleine oder auch durch private kollektive Verbände nicht bewältigt werden können; die Arbeitslosenversicherung und aktive Arbeitsmarktpolitik sind klassische Beispiele dafür.

#### Ausgleich von zufallsgegebenen Ungleichheiten

Die gegenwärtige Debatte um die Arbeitslosenversicherung entzündet sich vor allem an der Reichweite der individuellen Solidarität: Inwieweit sollen Individuen für unverschuldete Risiken zur Verantwortung gezogen werden? Eine Hilfe zur Beantwortung dieser Frage kann in der dritten normativen Säule sozialer Risikopolitik gesehen werden, wie sie in dem Konzept der Befähigungsgerechtigkeit des Nobelpreisträgers für Ökonomie Amartya Sen beschrieben wird. Danach geht es nicht so sehr um materielle Gleichheit. Es geht um die gleiche Ausstattung mit einem Bündel von Ressourcen, das jeder Person erlaubt, ihre eigenen Lebenspläne zu verwirklichen. Zu solchen Ressourcen gehören auch eine funktionierende Nachbarschaft, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur, gleiche Bildungschancen, Partizipationsmöglichkeiten im politischen Gemeinwesen und im Betrieb sowie nicht zuletzt ein funktionierender Arbeitsmarkt.

Die von Amartya Sen angesprochene Balance von Freiheit und Gleichheit ist jedoch heikel. In der Frage, inwieweit zufallsgegebene Ungleichheiten auszugleichen sind, scheiden sich die Geister. Nach Julian Nida-Rümelin beispielsweise besteht Gleichheit nicht in der Egalisierung natürlicher Talente, sondern in der gleichen Absicherung gegen existenzielle Risiken und damit in der Bereitstellung derjenigen Bedingungen, die erforderlich sind, um Autor seines eigenen Lebens zu sein. Ein wesentliches Element dieser Bedingungen sei die Planbarkeit des eigenen Lebens über besondere existentielle Situationen wie Schwangerschaft und Elternschaft, Krankheit und Invalidität, Arbeitslosigkeit und Alter hinweg.

Dem ist zuzustimmen. Die Schlussfolgerung, die Nida-Rümelin zur Arbeitslosenversicherung zieht, geht jedoch an der Versicherungslogik vorbei. Personen, so kritisiert er, die jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt und die für ihr Alter und die Unterstützung ihrer Kinder vorgesorgt haben, müssten nun, „dank Hartz IV, erst ihre eigene Bedürftigkeit herstellen, also ihre gesamte Vorsorgeleistung über eine lange Lebensspanne vernichten, um jenseits des ersten Jahres Anspruch auf Zahlungen von Arbeitslosengeld zu haben“.

Richtig ist, dass Vorsorgeleistungen für die Planbarkeit und Kontrolle des eigenen Lebens einen hohen Rechtsschutz genießen sollten. In dieser Hinsicht

---

#### Summary

#### How to share the risk of unemployment

When looking at reducing the risk of „unemployment“, the innovative behavioral risk of the individual should be taken into consideration. One possibility would be to bind the funds allocated to insurance payment for training. By doing so, a part of the contribution for unemployment insurance could be put into a personal development account which could fund continued (re-)training.

---

sollte Hartz IV in der Tat aufgebessert werden. Nicht schlüssig ist jedoch die Vorstellung, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als individuelle Vorsorgeleistung in dem Sinne zu begreifen, dass mit der Dauer der Beiträge automatisch die Dauer der Leistungen steigen soll. Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind keine Vorsorgeleistungen und haben mit Befähigungsgerechtigkeit nichts zu tun. Befähigungsgerecht wäre vielmehr, die Beschäftigungsfähigkeit von älteren Arbeitslosen und damit ihre Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz zu verbessern.

Mit der Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs neigt sich die Arbeitsmarktpolitik zu stark dem süßen Gift des moralischen Risikos zu, das dazu anreizt, Leistungen der Arbeitslosenversicherung für versicherungsfremde Zwecke in Anspruch zu nehmen, etwa als Brücke zur Frühverrentung. Damit mag sie zwar der „gefühlten Gerechtigkeit“ entgegenkommen, dass nach langen Beitragszeiten aus der Versicherung etwas herauspringen soll. Zur Stärkung des innovativen Verhaltensrisikos trägt sie jedoch nichts bei. Wie könnte Arbeitsmarktpolitik gleichsam wieder mehr „Schlagseite zur Charybdis“ gewinnen, ohne das moralische Verhaltensrisiko aus den Augen zu verlieren? Diese Frage steckt letztlich auch im Konzept „Flexicurity“, das die Europäische Beschäftigungsstrategie den Mitgliedstaaten empfiehlt. In anderen Worten: Welche neuen Sicherheiten könnten die Risikobereitschaft zur internen wie externen Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhöhen?

### Ein persönliches Entwicklungskonto

Um das innovative Verhaltensrisiko zu stärken, könnte ein Teil des bisherigen Beitrags zur Arbeitslosenversicherung – zum Beispiel ein Prozentpunkt – als persönliches Entwicklungskonto angelegt werden. Die derzeit günstige Lage der BA-Finzen hätte genutzt werden können, die Reduzierung des Beitragssatzes zugunsten solcher Konten moderater ausfallen zu lassen und die Mittel zur Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs in ein solches Konto umzulenken.

Diese beitragsfinanzierten Konten sollten aus allgemeinen Steuermitteln in einer Weise ergänzt werden, dass alle Beschäftigten unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit auf den gleichen Kontostand kommen. Tarifverträge könnten die persönlichen Entwicklungskonten aufstocken. Beitragspflicht und regelgebundener Steuerzuschuss würden sowohl eine intertemporale Umverteilung zugunsten der so genannten „Rush-hour“ im Lebenslauf als auch eine maßvolle vertikale Umverteilung zugunsten sozialer Gruppen mit höheren Erwerbsrisiken bewirken.

Persönliche Entwicklungskonten würden Beschäftigten also Ansprüche gutschreiben, ohne dass die verabredeten Summen tatsächlich angespart sind. Das heißt, sie erhielten Ziehungsrechte aus diesen Konten nach arbeitsmarktpolitisch festgelegten Regeln. Im Gegensatz zu den individuellen Sparkonten derzeitiger Privatisierungsvorschläge wären damit auch keine „Eigentumsrechte“ verbunden. Die Lottogewinner im Arbeitsleben, die von Arbeitslosigkeit verschont bleiben, sollten die so gebundenen Beiträge nicht als Rentenaufschlag mitnehmen können. Werden Entwicklungskonten in der Erwerbsphase nicht genutzt, verfallen sie am Ende des Erwerbslebens.

Das persönliche Entwicklungskonto wäre eine Ergänzung und kein Ersatz für den „aktiven“ Bestandteil bisheriger Arbeitsmarktpolitik. In arbeitsmarktpolitisch begründeten Fällen sollte Arbeitslosen also nach wie vor mit vermittlungsfördernden Maßnahmen, finanziert aus dem rein solidarischen Beitragstopf der Arbeitslosenversicherung, unter die Arme gegriffen werden. Die Entnahme aus dem Konto sollte der individuellen Entscheidung überlassen bleiben, aber an bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Generell sollten die Konten zur Finanzierung des Erhalts oder der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit dienen, insbesondere der Weiterbildung, dem Einkommensausgleich infolge reduzierter Arbeitszeiten und der Überbrückung geminderter Verdienste infolge von Leistungsminderungen. In einem Anfangsschritt wäre es sinnvoll, das Ziehungsrecht auf die Priorität der berufli-

chen Weiterbildung einzuschränken, und die Kontrolle der Einhaltung dieser Bedingung könnte über eine Weiterbildungsvereinbarung mit dem entsprechenden Betrieb und zuständigen Beratungsinstitutionen erfolgen.

Mit der Einführung dieser Konten wäre weit mehr getan, als nur auf die Eindämmung des moralischen Verhaltensrisikos zu schießen; in dem Maße, wie persönliche Entwicklungskonten den Mut zum innovativen Verhaltensrisiko fördern, könnten sie zu einer gerechten Teilung des Risikos Arbeitslosigkeit beitragen. Sie könnten die Befähigungsgerechtigkeit im Sinne von Amartya Sen stärken, indem die Menschen durch Selbstbestimmung eines Teils der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu Autoren ihres Erwerbslebens werden; sie könnten die Verantwortungsgerechtigkeit im Sinne von Ronald Dworkin stärken, indem sie durch Bereitstellung materieller Ressourcen mehr Individuen als bisher zur Übernahme von Risiken und damit zur (präventiven) Anpassung an den Strukturwandel befähigt; und sie könnten schließlich die ausgleichende Gerechtigkeit im Sinne von John Rawls stärken, indem sie in einem maßvollen und erwartbaren Umfang ex ante Umverteilung von Ressourcen zugunsten sozialer Gruppen mit höheren Risiken am Arbeitsmarkt vornehmen.

#### Literatur

Julian Nida-Rümelin, *Demokratie und Wahrheit*, München: C. H. Beck 2006, 159 S.

Günther Schmid, *Von der Arbeitslosen- zur Beschäftigungsversicherung – Wege zu einer neuen Balance individueller Verantwortung und Solidarität durch eine lebenslauforientierte Arbeitsmarktpolitik*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2008, 60 S.

Günther Schmid, *Full Employment in Europe – Managing Labour Market Transitions and Risks*, Cheltenham and Northampton: Edward Elgar 2008, 392 S.

Günther Schmid, „Social Risk Management through Transitional Labour Markets“, in: *Socio-Economic Review*, Vol. 4, No. 1, 2006, S. 1–33

---

#### Neuerscheinung

## Aus der WZB-Forschung

Dieter Rucht, Mundo Yang,  
Ann Zimmermann

**Politische Diskurse im Internet und in Zeitungen**  
Das Beispiel Genfood

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008

ISBN 978-3-531-15942-3  
224 Seiten, € 24,90

Das Internet gilt vielen als ein Instrument, das im Vergleich zu herkömmlichen Massenmedien eine öffentliche Debatte über aktuelle politische Fragen mit einem weitaus breiteren Spektrum an Akteuren und Argumenten ermöglicht. Damit könnte das Internet zu einer Demokratisierung und Rationalisierung öffentlicher Diskurse beitragen. Diese Annahme wird in dem Band anhand des Streits um Nutzen und Gefahren von Genfood im deutschsprachigen Raum mit quantitativen empirischen Mitteln untersucht. Neben einer

konventionellen Inhaltsanalyse wird auch eine methodisch innovative Analyse von Hyperlinks und Webseiten durchgeführt. Im Ergebnis zeigen sich nur relativ kleine Unterschiede zwischen Internet und Qualitätszeitungen, sofern man die Perspektive derjenigen Nutzer einnimmt, die Google als Suchmaschine einsetzen, und nicht die Gesamtheit des Internet-Angebots betrachtet. Zudem scheint das Internet zu einer Fragmentierung politischer Öffentlichkeit beizutragen.

# Ärmer stirbt früher

Soziale Ungleichheiten wirken sich negativ auf die Lebenserwartung aus

Von Rolf Rosenbrock

Was ist gerecht und was ist ungerecht? Über diese Fragen streiten Philosophen, Theologen, Soziologen und Ökonomen seit vielen Jahrzehnten und Jahrhunderten. Die meisten Konzepte beziehen sich dabei auf das Ziel der Chancengleichheit. Diese vage Zielstellung kann – als Arbeitsauftrag verstanden – vom Zugang zu medizinischer Notfallversorgung über den Anspruch auf eine vollständige und hochwertige Krankenversorgung bis zur umfassenden Verminderung epidemiologisch feststellbarer und gesellschaftlich gestaltbarer Ungleichheiten der Gesundheitschancen reichen: „Jeder Mensch soll eine faire Chance haben, seine Gesundheitspotenziale zu entfalten. Durch Politik und öffentliche Anstrengungen sollen Hindernisse auf diesem Weg so weit wie möglich beseitigt werden“, formuliert die Gesundheitsforscherin Margret Whitehead.

Dieser breite Ansatz liegt nicht nur den großen Debatten und Bemühungen um „Gesundheit als Menschenrecht“ zugrunde, sondern bildet auch die Basis von Public Health. Darunter versteht man Theorie und Praxis der auf Gruppen bzw. Bevölkerungen bezogenen Maßnahmen und Strategien, die Erkrankungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten mindern sollen, insbesondere durch Senkung von Belastungen und Stärkung von Ressourcen.

Mit der Bestimmung, nach der die Krankenkassen durch Prävention „insbesondere einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit“ leisten sollen (§ 20 SGB V), hat dieser Anspruch auch Eingang ins Sozialrecht gefunden. Dabei geht es also um mehr als Nothilfe für die Bedürftigsten (*remedying health disadvantages*) oder die Verringerung der Unterschiede zwischen den Ärmsten und dem Durchschnitt (*narrowing the gap*), es geht vielmehr um die Verminderung der gesundheitlichen Chancengleichheit – von unten nach oben über die gesamte soziale Stufenleiter (*reducing health gradients*).

Wie steht es in Deutschland nun um die Gesundheit der Bevölkerung, die nach dem Gerechtigkeitsmaßstab der Chancengleichheit gesichert werden soll?

Dazu gibt es zunächst einmal zwei gute Nachrichten: Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt in Deutschland pro Jahrzehnt um ein bis zwei Jahre an. Und: Die Bevölkerung gewinnt nicht nur mehr Lebensjahre, sondern sie wird im Durchschnitt auch gesünder älter. Die 75-jährigen Frauen sind heute so gesund, wie es die 65- bis 70-jährigen Frauen vor zehn Jahren waren. Der Beginn der meist vom gleichzeitigen Auftreten mehrerer chronischer Erkrankungen (vor allem Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes II, Muskel-Skelett-Erkrankungen) gekennzeichneten Phase im letzten Lebensdrittel verschiebt sich im Durchschnitt schneller nach hinten, als die Lebenserwartung steigt. Diese *compression of morbidity* ist empirische Realität – zumindest für die Mittel- und Oberschicht – und macht das Versprechen „mehr gesunde Jahre in einem längeren Leben“ zu einer realistischen Perspektive.

Entgegen verbreiteter Vorstellungen spielen Medizin und Krankenversorgung dabei eine zwar unverzichtbare, aber untergeordnete Rolle. In seinem 2002 veröffentlichten Gutachten stellte der Sachverständigenrat für das Gesundheitswesen fest, dass maximal ein Drittel dieser Zugewinne an Lebenszeit und Lebensqualität auf das Konto der Medizin geht. Der Rest erklärt sich aus verbesserten Lebensverhältnissen, besserer Bildung, gewachsenen Handlungsspielräumen und – durch diese Faktoren ermöglicht bzw. verstärkt – aus gesundheitsfreundlicherem Verhalten.

Aber wo kann Gesundheitspolitik dann Prioritäten setzen? Orientierung bringt hier der Blick auf die Verteilung der Erkrankungen in der Bevölkerung.

---

## Zusammenfassung

Die Gesundheit der Bevölkerung soll nach dem Gerechtigkeitsmaßstab der Chancengleichheit gesichert werden. Medizin und Krankenversorgung spielen dabei eine zwar unverzichtbare, aber untergeordnete Rolle. Entscheidender sind Lebensverhältnisse und Bildungschancen der Menschen. Der Motor der Ungleichheit von Gesundheitschancen liegt also in Politikbereichen, die nicht das Wort „Gesundheit“ im Etikett haben – in denen aber höchst folgenreiche Entscheidungen über die Verteilung von Gesundheitschancen fallen.

---



Mehr als zwei Drittel der Krankheits- und Sterbelast in reichen Ländern erklären sich aus wenigen chronisch-degenerativen Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-Krankheiten und aus Unfällen. Dort liegen riesige Potenziale für eine verbesserte Prävention. Wer sie nutzen will, stößt auf die Tatsache, dass Gesundheitsrisiken und Gesundheitschancen in der Bevölkerung höchst ungleich verteilt sind. Menschen aus dem untersten Fünftel tragen in jeder Phase ihres Lebens ein ungefähr doppelt so hohes Risiko, ernsthaft zu erkranken oder vorzeitig zu sterben, wie Menschen aus dem obersten Fünftel. In Zahlen heißt das: Männer aus dem untersten Fünftel leben im Durchschnitt zehn Jahre kürzer als Männer aus dem obersten Fünftel, bei Frauen beträgt der Unterschied im Durchschnitt fünf Jahre. Bei Frauen und Männern aus dem untersten Fünftel stellen sich darüber hinaus chronische Krankheiten durchschnittlich sieben Jahre früher im Leben ein als bei Menschen aus dem obersten Fünftel. Wenn Gerechtigkeit Maßstab der Gesundheitspolitik sein soll, dann müssen Gesundheitsleistungen mit Priorität dort bereitgestellt werden, wo die größten Probleme und die größten Potenziale der Verbesserung liegen: bei den sozial Benachteiligten, den gesundheitlich besonders gefährdeten Gruppen.

Was den Zugang zur Krankenversorgung angeht, finden wir in Deutschland sehr gute und dank der solidarischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auch vergleichsweise gerechte Voraussetzungen. Der sozial und ökonomisch undiskriminierte Zugang zur Krankenversorgung ist ein sehr hohes zivilisatorisches Gut und intuitiv mit der Vorstellung von Gerechtigkeit im Sinne von Nothilfe (*rule of rescue*) verbunden. Gerechtigkeitsdefizite gibt es beim Zugang noch Unversicherter, bei Zuzahlungen (wie zum Beispiel der Praxisgebühr), die bei den verschiedenen Einkommensklassen unterschiedlich wirken, bei längeren Wartezeiten für GKV-Versicherte gegenüber privat Krankenversicherten und angesichts hoch spezialisierter Ärzte, die ausschließlich Privatpatienten behandeln.

Die – relative – Chancengleichheit muss beständig verteidigt werden gegen diejenigen Kräfte, die aus Profitinteresse oder ideologischen Gründen das Gerechtigkeit stiftende Bedarfs- und Solidarprinzip des GKV-Systems durch das Wirken von Angebot und kaufkräftiger Nachfrage ersetzen wollen: Weil Menschen mit niedrigem Einkommen nicht nur weniger zahlen können, sondern im Durchschnitt auch jünger, häufiger und schwerer krank sind, laufen alle diese Vorschläge auf den Abbau von Solidarität, von Fairness und Gerechtigkeit hinaus.

Der Grund für diese Angriffe ist einfach: Den Jahresumsatz der sozialen Krankenversicherung – ca. 150 Mrd. Euro – organisiert die GKV. Das sind selbst verwaltete Non-Profit-Organisationen unter staatlicher Aufsicht. Gewinnwirtschaftliche Unternehmen sind dabei nicht zugelassen. Diese Organisation von Geld ist provokativ in einer Welt, in der viel Kapital nach risikoarmer Anlage sucht. Indes besteht kein Grund dafür, die auf gerechte Lastenverteilung zielende Finanzierungsgrundlage der GKV zu ändern: Sie hat in den letzten 50 Jahren die finanziellen Folgen sämtlicher technisch und demografisch induzierter Veränderungen weitgehend beitragsneutral verarbeiten können. Die Beitragssteigerungen in der GKV sind nicht die Folge einer „Kostexplosion“, sondern der Einnahmenerosion infolge des Sinkens der Lohnquote. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger nach ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft einzahlen und dabei nicht nur Lohn und Gehalt, sondern auch die anderen Einkommen berücksichtigt werden, dann können absehbar auch weiterhin alle „ausreichenden, zweckmäßigen und wirtschaftlichen sowie das Maß des Notwendigen nicht überschreitenden“ Leistungen (so lautet die Formulierung im § 12 SGB V für den Leistungskatalog in der GKV) bezahlt werden, und zwar auch angesichts der berechenbaren medizinischen Folgen der Alterung der Bevölkerung.

Wie aber sieht es mit der Qualität der Versorgung aus? Gute Versorgung bedeutet bekanntlich nicht unbedingt viel Medizin. Vielmehr müssen materielle und immaterielle Anreize für Hausärzte, Fachärzte und Krankenhäuser so gestaltet werden, dass sie besser miteinander und mit den Leistungen der Pflege,



Rolf Rosenbrock, Jahrgang 1945, ist Leiter der Forschungsgruppe „Public Health“ und Professor für Gesundheitspolitik an der Berlin School of Public Health in der Universitätsmedizin Charité. Er studierte Betriebswirtschaft an der FU Berlin, Promotion in Volkswirtschaft in Bremen, dort auch Habilitation in Sozialwissenschaften. Er ist u. a. Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR). [Foto: Cordia Schlegelmilch]

rosenbrock@wzb.eu

der Sozialen Arbeit, des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Selbsthilfe sowie der psychischen Unterstützung verbunden werden. Benötigt werden für jedermann und jedefrau gut ausgeschilderte und unkomplizierte Wege der Unterstützung in diesem System – und auch wieder aus ihm heraus. Wer gut gebildet ist und sich durchsetzen kann, der findet diese Versorgungswege auch heute schon meist ohne Hilfe. Ärmere und weniger Gebildete schaffen das oft nicht. Abgebrochene Behandlungspfade, unvollständige Medikation und Irrwege im System führen bei sozial Benachteiligten überproportional häufig zu Komplikationen und der Notwendigkeit stationärer Behandlung.

Der GKV kommt demnach auch unter dem Aspekt der Gerechtigkeit die Aufgabe zu, Ärzte, Krankenhäuser, Pharmaindustrie, Pflegedienste usw. durch Verträge und Anreize dazu zu bringen, das und nur das zu tun, was gesundheitlich und medizinisch notwendig, ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich ist, und zwar mit hoher Qualität. Da ist viel zu verbessern, denn gegenwärtig finden in großem Umfang und gleichzeitig Über-, Unter- und Fehlversorgung statt. Infolge der durch Gesetze, Verträge und Gebührenordnung gegebenen Anreize haben derzeit weder der einzelne Arzt noch das Krankenhaus und auch nicht die einzelne Krankenkasse ein wirtschaftliches Interesse daran, sich für Qualitätsverbesserungen in der Versorgung chronisch Kranker aus sozial benachteiligten Gruppen einzusetzen.

Das gilt noch stärker bei der nicht medizinischen Krankheitsverhütung – der Primärprävention. Zwar bieten die Krankenkassen seit dem Jahr 2000 Leistungen der primären Prävention an, sie dürfen dafür jedoch nur ca. 220 Mio. Euro pro Jahr ausgeben, knapp 1,5 Promille der Ausgaben für die Krankenversorgung. Im Angebot dominieren dabei immer noch Gesundheitskurse, die vor allem den Bedürfnissen der gesundheitlich weniger belasteten Mittelschicht entsprechen. Insbesondere Menschen mit geringer formaler Bildung werden wesentlich besser und nachhaltiger mit partizipativen Projekten in jeweils für sie wichtigen *settings* (Betrieb, Schule, KiTa, Altenheim, Freizeiteinrichtung, Stadtteil etc.) erreicht. Dort werden von den Nutzern und anderen Interessengruppen Defizite und Belastungen identifiziert und systematisch bearbeitet. In der betrieblichen Gesundheitsförderung konnten die positiven und nachhaltigen Wirkungen solcher Verfahren auf Gesundheit, Lebensqualität, Selbstbewusstsein und soziale Einbindung immer wieder bestätigt werden. Die seit Jahren geplante Gesetzgebung zur Primärprävention, mit der insbesondere der *setting*-Ansatz gestärkt werden soll, wäre deshalb auch ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit.

Angenommen, die gesamte in Deutschland lebende Bevölkerung wäre sozial und solidarisch krankenversichert, es gäbe eine auf dem Hausarzt aufbauende, patientenorientierte und koordinierte Betreuung mit allem Notwendigen und ohne Fehlanreize sowie qualifizierte Präventionsprojekte in Schulen, Betrieben, Stadtteilen und Freizeiteinrichtungen – wäre dann Gerechtigkeit im Sinne gesundheitlicher Chancengleichheit erreicht?

---

#### Summary

#### Inequity in health

From the perspective of equal opportunity, the author examines the state of affairs and the perspectives of equity in health. With regard to non-medical primary prevention, the reduction of inequity in health has barely begun. The main obstacles can be found in the distribution and dynamics of opportunities for education, work, and income. One of the tasks of public health professionals is to put the health consequences of current policies on the political agenda.

---

Wohl kaum. Gesundheit und Lebenserwartung sind mit der gesellschaftlichen Verteilung von Bildung, Teilhabe und Einkommen verknüpft. Ändert sich diese Verteilung, hat das Folgen für Gesundheit und Lebenserwartung der Bevölkerung – möglicherweise mit langer Verzögerung, aber stets verlässlich. Um die Gesundheit der Bevölkerung in Ländern, in denen diese Unterschiede geringer sind – wie etwa in Skandinavien –, ist es deshalb auch insgesamt besser gestellt, es gibt dort geringere gesundheitliche Ungleichheit und eine durchschnittlich höhere Lebenserwartung. Die sozioökonomische Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland hingegen wird sich auf das künftige Ausmaß und die Verteilung von Morbidität und Mortalität negativ auswirken. Ein Blick auf die Verteilung von Bildungschancen, auf den Arbeitsmarkt, auf die Entwicklung von Lohnquote, Nettoreallöhnen, Armutsquote, *working poor* etc. verdeutlicht diesen Trend.

Der Motor der Ungleichheit von Gesundheitschancen liegt also in Politikbereichen, die nicht das Wort „Gesundheit“ im Etikett haben, in denen aber höchst folgenreiche Entscheidungen über die Verteilung von Gesundheits-

chancen und damit über Gerechtigkeit fallen: vor allem in der Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Einkommensverteilung. Gesundheitspolitik im landläufigen Sinne kann Fehlentwicklungen in diesen Feldern immer nur teilweise kompensieren. Deshalb gehört zu einer nachhaltigen und gerechten Gesundheitspolitik auch das Engagement gegen die wachsende soziale Ungleichheit materieller und sozialer Teilhabechancen.

#### Literatur

Rolf Rosenbrock, „Gesundheit und Gerechtigkeit in Deutschland“, in: Das Gesundheitswesen, Jg. 69, Heft 12, 2007, S. 647–652

Rolf Rosenbrock, Thomas Gerlinger, Gesundheitspolitik. Eine systematische Einführung, 2. Auflage, Bern u. a.: Verlag Hans Huber 2006, 383 S.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Kooperation und Verantwortung. Voraussetzungen einer zielorientierten Gesundheitsversorgung. Gutachten 2007, Berlin, 911 S., <http://www.svr-gesundheit.de/Startseite/Langfassung.pdf>

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Koordination und Qualität im Gesundheitswesen, Gutachten 2005. Stuttgart, 762 S., [http://infomed.mds-ev.de/sindbad.nsf/0/2fbc89b804d5ec1fc1257011003b4edd/\\$FILE/SVR\\_2005\\_lang.pdf](http://infomed.mds-ev.de/sindbad.nsf/0/2fbc89b804d5ec1fc1257011003b4edd/$FILE/SVR_2005_lang.pdf)

Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit, Gutachten 2000/2001, 3 Bde., Baden-Baden: Nomos 2002

---

#### Neuerscheinungen

## Aus der WZB-Forschung

Agnes Blome, Wolfgang Keck,  
Jens Alber

**Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat**  
Lebensbedingungen und Einstellungen von Altersgruppen im internationalen Vergleich

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008

ISBN 978-3-531-15660-6

419 Seiten, € 39,90

In den Wohlfahrtsstaaten altert die Gesellschaft, und die Familienkonstellationen ändern sich. Diese Pro-

zesse gefährden das wohlfahrtsstaatliche Leistungsangebot. Einige Autoren leiten daraus Verteilungskonflikte zwischen Generationen ab. Im Zentrum dieser Studie steht die Frage, wie Staat und Familie die Lebensbedingungen von Generationen prägen und wie sich dieses Wechselspiel auf die sozialpolitischen Einstellungen von Altersgruppen in vier ausgewählten Ländern auswirkt: Deutschland, Frankreich, Italien und Schweden. Im Einzelnen geht es um die Rentenleistungen und die materielle Lebenssituation von Senioren, die Pflege älterer Menschen, Familienpolitik und familienpolitische Leistungen sowie um Kinder-

betreuung und Erwerbsbeteiligung von Müttern. Der Vergleich soll darüber Aufschluss geben, wie verschiedenartig das Zusammenleben zwischen Generationen organisiert sein kann und welche Strategien sich vor dem Hintergrund alternder Gesellschaften als zukunftsfähig erweisen. Die Analysen zeigen, dass dem Zusammenspiel zwischen den Generationenverhältnissen im Wohlfahrtsstaat und den Generationenbeziehungen in der Familie eine zentrale Stellung bei der Regulierung von Verteilungskonflikten zukommt.

Jürgen Schmidt (Hg.)

**Rote Rüben auf dem Olivaer Platz**  
Quellen zur Ernährungskrise in der Nachkriegszeit Berlins 1945–1949

Dahlemer Materialien, Bd. 7

Münster u. a.: LIT Verlag 2008

ISBN 978-3-8258-1057-3

456 Seiten, € 29,90

In dieser Quellenedition werden die Berliner Ernährungskrise zwischen 1945 und 1949 und deren Folgen für die damalige Versorgung dokumentiert. Als Millionenstadt, die durch ihre besondere politische Lage von ihrem unmittelbaren Versorgungsgebiet teilweise abgeschnitten war, stand Berlin vor außerordentlichen Herausforderungen. Die Quellen verweisen auf private, kommunale und alliierte Anstrengungen zur Versorgung der Einwohnerschaft. Sie ermöglichen damit Antworten auf die Frage, inwieweit diese Aufgabe bewältigt wurde und wo das Ver-

sorgungssystem an seine Grenzen stieß. Das Buch vergegenwärtigt die Alltagserfahrungen der Bevölkerung, verdeutlicht Stimmungen und Gefühle in Zeiten des Hungers, illustriert eigenverantwortliches und gemeinschaftsbewusstes Handeln ebenso wie egoistisches, skrupelloses Verhalten in Notzeiten. Darüber hinaus zeigen die Quellen die Ambivalenz des Verwaltungshandelns mit seinen hemmenden bürokratischen Regelungen einerseits und dem steten Bemühen um eine gerechte Verteilung der nur begrenzt vorhandenen Lebensmittel andererseits.

Das 2007 eingeführte Elterngeld ist vor allem attraktiv für Gut- und Besserverdienende. Verlierer sind Eltern mit kleinen Einkommen. Sie bekommen bei der Geburt eines Kindes heute weniger Geld vom Staat als zu Zeiten des alten Erziehungsgeldes. Das Elterngeld steht damit auch für einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik: Nicht mehr die Bedürftigkeit entscheidet über staatliche Zuwendungen, sondern die bisher erbrachte Leistung auf dem Arbeitsmarkt.

---

# Wer hat, dem wird gegeben

Vom neuen Elterngeld profitieren vor allem die Besserverdienenden

Von Christine Wimbauer, Annette Henninger und Rosine Dombrowski

In der deutschen Familienpolitik stehen alle Zeichen auf Reform. Weil in Deutschland jede Frau im Schnitt nur 1,4 Kinder zur Welt bringt, hat sich Familienministerin Ursula von der Leyen seit ihrem Amtsantritt 2005 auf die Fahnen geschrieben, die Geburtenzahlen in Deutschland zu erhöhen – unter Slogans wie „Deutschland braucht mehr Kinder“ oder „Familie bringt Gewinn!“ Ein Instrument aus dem Reformbaukasten der Großen Koalition ist das zum 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld. Welche Ziele verfolgt die Politik mit der Reform? Ein wichtiger Aspekt der öffentlichen Diskussion ist die Frage der Gerechtigkeit. Ist das Elterngeld gerecht?

Viele sozialstaatliche Regelungen in Deutschland basieren noch auf dem Leitbild des Familienernährers: Der Mann verdient das Familieneinkommen, die Frau kümmert sich um Haushalt und Kinder. Da Kinderbetreuung als überwiegend private, weibliche Aufgabe gilt, sind Mütter nur begrenzt in den Arbeitsmarkt eingebunden. Dies bedingt ihre Schlechterstellung im deutschen Sozialversicherungssystem, das auf Erwerbsarbeit fußt, und oft ihre Abhängigkeit von einem männlichen Ernährer. Gerade die Geburt von Kindern führt häufig dazu, dass Mütter ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. Der deutschen Familienpolitik wurde denn auch noch vor wenigen Jahren nicht nur von der Geschlechterforschung ein erheblicher Modernisierungsrückstand bescheinigt.

Das neue Elterngeld tritt nun durchaus mit dem Anspruch einer solchen Modernisierung an, werden doch damit folgende Ziele verfolgt: Sozialpolitisch soll eine eigenständige Existenzsicherung von Müttern bzw. Eltern unabhängig von Leistungen des Wohlfahrtsstaats erreicht werden. Mit Blick auf Geschlechtergleichheit soll die Reform die Erwerbstätigkeit von Müttern und gleichzeitig die Beteiligung von Vätern an der Betreuungsarbeit fördern. Eine dritte, demographisch motivierte Zielsetzung – die Erhöhung der Geburtenrate – wurde zwar nicht im Gesetz, aber in der Diskussion im Bundestag und in vorhergehenden Gutachten thematisiert.

Wie steht es nun um die Einlösung dieser Ziele? Zunächst zur Existenzsicherung von Müttern bzw. Eltern: Während das alte Erziehungsgeld primär dem Ausgleich sozialer Ungleichheiten durch die Unterstützung bedürftiger Eltern diente, tritt dieses Prinzip beim Elterngeld zurück; es ist nicht als Sozialleistung konzipiert. Seine Höhe bemisst sich vielmehr am vorherigen Einkommen des betreuenden Elternteils (siehe Kasten). Damit werden „die notwendigen Abstandsgebote zum Erwerbseinkommen eingehalten und positive

---

Das Elterngeld hat das alte Erziehungsgeld abgelöst. Umgestellt wurde damit von einer Transfer- auf eine Lohnersatzleistung. Der betreuende Elternteil erhält 67 Prozent des durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens in den zwölf Monaten vor der Geburt. Zudem wurde der Kreis der Anspruchsberechtigten erheblich ausgeweitet: Angerechnet werden nun individuelle Nettoeinkommen bis maximal 2.700 Euro monatlich, der Höchstbetrag des Elterngeldes liegt bei 1.800 Euro. Wer in den zwölf Monaten vor der Geburt keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen ist, erhält 300 Euro. Alleinerziehende können 14 Monate lang Elterngeld beziehen; bei Elternpaaren wird die maximale Bezugsdauer für einen Elternteil auf zwölf Monate begrenzt, zwei zusätzliche Partnermonate stehen dem jeweils anderen Elternteil zu. Für Geringverdiener mit einem Einkommen unter 1.000 Euro wird das Elterngeld aufgestockt; die dem Erziehungsgeld entsprechende Gesamtsumme von 7.200 Euro in zwölf Monaten wird aber erst ab einem Nettoeinkommen von etwa 760 Euro erreicht.

Beim alten, maximal zwei Jahre lang gezahlten Elterngeld war das Haushaltseinkommen die Berechnungsgrundlage. Die Einkommenshöchstgrenze von Paaren lag bei 30.000 Euro; wurde diese überschritten, entfiel das Erziehungsgeld in den ersten sechs Lebensmonaten des Kindes. Ab dem siebten Monat lag die Einkommensgrenze bei 16.500 Euro.

---

Anreize zu Erwerbsarbeit gesetzt“, wie es das Bundesfamilienministerium formulierte.

Vom Elterngeld profitieren vor allem erwerbstätige Eltern mit mittleren und höheren Einkommen, die bisher nicht anspruchsberechtigt waren, nun aber bis zu 1.800 Euro pro Monat erhalten. Eltern ohne oder mit niedrigem Einkommen – häufig Geringqualifizierte – stellen etwa zwei Drittel der Elterngeldbezieher. Sie sind die Verlierer der Reform, da sie durch die Verkürzung der Bezugsdauer von bisher 24 auf 12 (maximal 14 Monate) in der Summe weniger Geld erhalten. Mit der Verkürzung der Bezugsdauer wird zwar der Anreiz – bei Eltern mit geringeren Einkommen der Zwang –, möglichst schnell wieder erwerbstätig zu sein, erhöht. Es werden aber auch die Wahlmöglichkeiten in der Familienphase eingeschränkt.

Deutlich wird zudem, dass sich das Elterngeld in eine „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ einfügt und – entsprechend dem „adult worker“-Modell von Jane Lewis – auf eine rasche Integration aller Erwerbsfähigen, auch von Müttern kleiner Kinder, in den Arbeitsmarkt zielt. Damit steht das neue Elterngeld für einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik. Durch das Abstandsgebot zum Erwerbseinkommen und den Verweis auf das Fürsorgesystem vor allem für geringverdienende Eltern enthält dieser Wandel aber auch Elemente von „workfare“ – einer Sozialfürsorge, die mit der Pflicht zur Arbeit verbunden ist.

Problematisch an dieser angestrebten aktiven Integration aller Erwerbsfähigen in den Arbeitsmarkt sind aber ungleich verteilte Möglichkeiten hierzu, denn es mangelt an Arbeitsplätzen vor allem für Geringqualifizierte. Angesichts oft familienunfreundlicher Arbeitsbedingungen und fehlender Kinderbetreuung lassen sich Erwerbsarbeit und Kleinkindbetreuung häufig nicht oder nur schwer vereinbaren. Das Ziel der wirtschaftlichen Existenzsicherung wird damit vor allem für die Gut- und Besserverdienenden erreicht. Hier zeichnet sich also eine – durchaus gewollte – sozial differenzierende Wirkung ab.

Das zweite Ziel – mehr Geschlechtergerechtigkeit – soll durch die Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Müttern und eine größere Betreuungsbeteiligung von Vätern erreicht werden. Damit scheint das Fraser'sche Modell der „universellen Betreuungsarbeit“ angestrebt zu werden, nach dem Männer und Frauen sich gleichermaßen an der (Kinder-)Betreuung wie an der Erwerbsarbeit beteiligen. Eine Analyse von Daten des Statistischen Bundesamtes (2008) ergibt zunächst eine Steigerung des Anteils von Vätern beim Elterngeldbezug auf 10,5 Prozent; nach Angaben des Bundesfamilienministeriums haben in den Jahren zuvor 3,3 Prozent der Väter Elternzeit genommen. Der Anstieg ist aber vor allem auf die Nutzung der beiden zusätzlichen Partnermonate zurückzuführen. Von den Vätern, die Elterngeld beziehen, nehmen 60 Prozent zwei Monate, aber nur 17 Prozent zwölf Monate. Anders gesagt: Nur zwei Prozent aller Eltern im Elterngeldbezug sind Väter, die eine Auszeit von zwölf Monaten nehmen (Mütter: 78 Prozent). Die Einführung von zwei Partnermonaten ist zwar ein erster Schritt zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Aber der Verzicht auf eine paritätische Aufteilung der Partnermonate zeigt, dass die Große Koalition das Ziel, mehr Väter für die Betreuungsarbeit zu gewinnen, nur halbherzig verfolgt.

Deutlich konsequenter strebt die Regierung die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Müttern an. Die dieser Politik zugrunde liegende Gleichheitsidee besteht aber nicht in einer Gleichwertigkeit und Gleichverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen, sondern lässt sich als Angleichung weiblicher an männliche Lebensläufe charakterisieren. Der Bezugspunkt für Geschlechtergleichheit wie für gesellschaftliche Teilhabe wird da-



Christine Wimbauer, Annette Henninger und Rosine Dombrowski (von links)  
[Foto: David Ausserhofer]

Christine Wimbauer, geb. 1973, ist Soziologin und leitet am WZB die Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe „Liebe, Arbeit, Anerkennung – Anerkennung und Ungleichheit in Doppelkarriere-Paaren“. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sonderforschungsbereich „Reflexive Modernisierung“ an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

[christine.wimbauer@wzb.eu](mailto:christine.wimbauer@wzb.eu)

Annette Henninger, geb. 1966, ist Politologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe „Liebe, Arbeit, Anerkennung“ am WZB. Zuvor forschte sie in mehreren Drittmittelprojekten zu Erwerbsformen und Arbeitsbedingungen in der Medien- und Kulturindustrie.

[annette.henninger@wzb.eu](mailto:annette.henninger@wzb.eu)

Rosine Dombrowski, geb. 1982, hat Soziologie an der Universität Bremen studiert und ist am WZB wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“. Davor war sie Mitglied der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe „Liebe, Arbeit, Anerkennung“ an der Universität Erlangen-Nürnberg.

[dombrowski@wzb.eu](mailto:dombrowski@wzb.eu)

### Parental benefit

The new parental benefit („Elterngeld“), introduced by the German federal government in 2007, is primarily attractive for parents with a high income. Low-income parents actually lose out overall. They receive less from the state when a baby is born, compared to the sum from the old parental allowance („Erziehungsgeld“). The introduction of the new parental benefit marks a paradigm shift in federal family policy: the decisive factor for the level of state support is not the need but rather the previous income.

---

mit zunehmend die Erwerbsarbeit. Gleichzeitig ändert sich aber – nicht nur wegen des Mangels an Betreuungsinfrastruktur – nur wenig an der Hauptzuständigkeit von Frauen für Sorge- und Betreuungsarbeit.

Ob das dritte Ziel, die Geburtenrate zu steigern, erreicht wird, ist offen. Derzeit sind noch keine gesicherten Zahlen verfügbar. Generell ist fraglich, ob sich die Entscheidung für Kinder allein durch finanzielle Anreize beeinflussen lässt. Offenkundig ist allerdings, dass sich die Höhe des Elterngeldes für verschiedene Gruppen unterscheidet und es für Frauen mit höherem Einkommen und damit meist höherer Qualifikation am attraktivsten ist.

Damit ermutigt das Elterngeld vor allem hochqualifizierte Frauen, sowohl erwerbstätig zu sein als auch Kinder zu kriegen. Weniger qualifizierte Frauen werden zwar ebenfalls zum Arbeitengehen aktiviert, um unabhängig von sozialstaatlichen Leistungen zu sein. Bei der Geburt eines Kindes werden sie dann aber finanziell schlechter gestellt. Neben die Differenzierung zwischen würdigen (erwerbstätigen) und unwürdigen Armen tritt also möglicherweise künftig die Unterscheidung zwischen gebärfähigen und nicht gebärfähigen Müttern. Vor dem Hintergrund der Debatte über die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland in der globalen Wissensökonomie bietet die neue Familienpolitik damit eher Chancen für eine – in den Worten von Anuscheh Farahat und anderen – „exklusive Emanzipation“ hochqualifizierter Frauen: Deren wertvolles Humankapital soll sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die Reproduktion der qualifizierten Arbeitskräfte von morgen stärker genutzt werden. Dagegen werden Geringqualifizierte und Geringverdiener benachteiligt.

Mit diesem Paradigmenwechsel in der Familienpolitik geht auch eine spezifische Gerechtigkeitsvorstellung einher: eine Abkehr vom Prinzip der Bedürfnisgerechtigkeit, nach der gerade die Kinder weniger gebildeter und finanziell schlechter gestellter Eltern besonderer Förderung bedürften. Auch das Prinzip absoluter Gleichheit, nach der jedes Kind gleich viel (Geld) wert ist, wird nicht verfolgt. Vielmehr lässt sich eine Umkehr der bisherigen Umverteilung von oben nach unten feststellen, mehr noch: Die Orientierung erfolgt nun am Prinzip der „Leistungsgerechtigkeit“, deren Referenz die Leistung auf dem Arbeitsmarkt ist. Angesichts dieser „exklusiven Emanzipation“ hochqualifizierter Frauen im Namen des Standortwettbewerbs stellt sich die Frage, ob sich die Familienpolitik als Advokatin von (Geschlechter-)Gleichheit der Ökonomie bedient – oder sich umgekehrt zur Magd des Marktes macht.

### Literatur

Annette Henninger, Christine Wimbauer, Rosine Dombrowski, „Geschlechtergleichheit oder ‚exklusive Emanzipation‘? Ungleichheitssoziologische Implikationen der aktuellen familienpolitischen Reformen“, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 18, Heft 1, 2008, S. 99–128

BMFSFJ, Einkommensersatz Elterngeld: 365.000 Familien in Deutschland profitieren, Pressemitteilung vom 11. 05. 2006 ([www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=75678.html](http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=75678.html))

Anuscheh Farahat, Stefanie Janczyk, Annett Mängel, Barbara Schöning, „Exklusive Emanzipation. Zur Frauen- und Familienpolitik der großen Koalition“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 51, Heft 8, 2006, S. 985–994

Nancy Fraser, „After the Family Wage: Gender Equity and Social Welfare“, in: Political Theory, Vol. 22, No. 4, 1994, S. 591–618

Jane Lewis, „Gender and Welfare State Change“, in: European Societies, Vol. 4, No. 4, 2002, S. 331–357

Statistisches Bundesamt, Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld – Anträge Januar bis Dezember 2007, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2008 (<https://www.ec.de-statis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021711>)

# Unfairer Wettbewerb

Doppelbesteuerungsabkommen haben schädliche Folgen

Von Thomas Rixen

Wer ein hohes Einkommen möglichst niedrig versteuern möchte, ist mit einer Reise nach Liechtenstein gut beraten. Doch auch ohne Kofferpacken lässt sich von den Steuerregelungen Liechtensteins und anderer Steueroasen profitieren – der internationale Steuerwettbewerb macht es möglich: Multinational aufgestellte und wohlhabende Steuerzahler müssen nicht dort ihre Steuern entrichten, wo die reale Wertschöpfung stattfindet und wo sie öffentliche Güter und Infrastruktur in Anspruch nehmen. Sie können ihre Steuerzahlungen in Niedrigsteuerländer verlegen, ohne ihren Wohn- oder Produktionsstandort zu verlagern.

Es ist also ein Steuerwettbewerb zwischen den Staaten entstanden, der Ungerechtigkeiten produziert. Anders als häufig angenommen wird, ist diese Form des Steuerwettbewerbs nicht einfach eine „natürliche“ Begleiterscheinung der wirtschaftlichen Globalisierung. Ob es nämlich überhaupt eine Wettbewerbssituation gibt und wie der Wettbewerb funktioniert, hängt von den Regeln für die steuerliche Behandlung grenzüberschreitender Aktivitäten ab. Diese Regeln sind in der internationalen Kooperation zur Vermeidung von Doppelbesteuerung (siehe Kasten) verankert. Wenn man also verstehen will, wie ungerechter Steuerwettbewerb entsteht, muss man sich mit der internationalen Steuerkooperation beschäftigen.

## Vermeidung von Doppelbesteuerung

Der ursprüngliche Zweck internationaler Steuerkooperation lag in der Vermeidung von internationaler Doppelbesteuerung. Ziel war es, überlappende Steueransprüche verschiedener Staaten, die sich bei grenzüberschreitenden Investitionen ergeben, zu koordinieren. So sollte eine übermäßige Steuerbelastung multinationaler Unternehmen vermieden werden. Es ist also eine Kooperation mit dem Ziel der wirtschaftlichen Liberalisierung.

Die allgemein anerkannten Prinzipien und Regeln zur Doppelbesteuerungsvermeidung sind bereits seit den 1920er Jahren in einem zwar nicht bindenden, aber faktisch zum Standard gewordenen Modellabkommen enthalten. Auf der Basis dieses Modellabkommens haben die Regierungen bis heute über 2.000 bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) miteinander abgeschlossen. Das Modellabkommen ist in seinen Grundprinzipien unverändert geblieben, wird aber ständig im Rahmen der OECD, die inzwischen das zentrale Forum zur Koordination und Diskussion der internationalen Steuerpolitik geworden ist, in seinen Details weiterentwickelt.

Das Musterabkommen definiert verschiedene juristische Konstrukte, die eine Zuteilung der Besteuerungsrechte an die Staaten sicherstellen sollen. Im Interesse der Regierungen sind diese Konstrukte so gestaltet, dass sie die nationale Steuersouveränität – im Sinne einer formalen Entscheidungskompetenz über die Gestaltung des Steuerrechts – so weit wie möglich unangetastet lassen. Sie regeln lediglich die Zuteilung der Besteuerungsrechte an die betroffenen Staaten und nicht, ob und wie ein Staat von diesen Rechten Gebrauch macht, also zum Beispiel tatsächlich eine Steuer erhebt oder lieber einen Nullsatz verlangt. Die Regierungen können alle Elemente der Besteuerung – System, Basis, Sätze – selbst festlegen. Beispielsweise regelt der Fremdvergleichssatz die Aufteilung des steuerlichen Gewinns auf die verschiedenen Teile eines multinationalen Unternehmens. Die Aufteilung soll derjenigen entsprechen, die sich ergäbe, wenn sie als selbstständige und separate Unternehmenseinheiten am Markt miteinander handelten. Die DBA-Regeln verlangen keinerlei Harmonisierung mit den Steuersystemen anderer Staaten.



Thomas Rixen studierte Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Öffentliches Recht in Bonn, Hamburg, Paris und Ann Arbor. Von 2003 bis 2007 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ an der Jacobs University Bremen, wo er auch promoviert wurde. Seit November 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der WZB-Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen“. [Foto: David Ausserhofer]

rixen@wzb.eu

---

Doppelbesteuerung entsteht durch überlappende Besteuerungsansprüche des *Residenzstaates*, in dem der Einkommensempfänger, zum Beispiel ein multinationales Unternehmen, seinen Wohn- bzw. Firmensitz hat, und dem *Quellenstaat*, in dem das Einkommen generiert wurde. Besteueren beide Staaten das Einkommen voll, wäre die Belastung der transnationalen ökonomischen Aktivität deutlich höher als die einer rein nationalen Investition. Das Kernproblem der Doppelbesteuerung liegt in einem Konflikt über die Verteilung der Besteuerungsansprüche zwischen dem Residenz- und dem Quellenstaat.

---

## Unerwünschte Nebenfolge: Steuerwettbewerb

Genau das hat bedeutende unbeabsichtigte Nebenfolgen. Explizit sagen die Regeln zur Vermeidung der Doppelbesteuerung den Regierungen natürlich nur, wie sie ihr Außensteuerrecht gestalten müssten, um Doppelbesteuerung zu vermeiden. Implizit sagen die Regeln damit aber auch Unternehmen, wie sie ihre grenzüberschreitenden Verflechtungen gestalten können, um Steuern zu sparen. Beispielsweise können multinationale Unternehmen die Spielräume, die bei der Festlegung von Transferpreisen bestehen, zur Steuerminimierung nutzen. Oft werden bei diesen Transaktionen Finanzierungsgesellschaften eingesetzt, mit denen ein Unternehmen seinen steuerrechtlichen Sitz manipulieren kann, umgangssprachlich bekannt als Briefkastenfirmen.

Alle diese Techniken haben zum Ziel, Gewinne möglichst in Niedrigsteuerrändern, Verluste aber in Hochsteuerrändern anfallen zu lassen. Die Steuerpflichtigen werden zu Trittbrettfahrern: Sie konsumieren öffentliche Güter an ihrem Wohnsitz bzw. ihrem Produktionsstandort, entziehen sich aber gleichzeitig einer gerechten Beteiligung an deren Kosten. Den Preis zahlen am Ende kleine und mittelständische Unternehmen und der national gebundene Steuerzahler, da sich die Regierungen gezwungen sehen, die Steuerbelastung für Straßen, Schulen oder den Sozialstaat auf sie abzuwälzen.

Diese Art von Steuervermeidung ist möglich, weil die DBA-Regeln die formale Steuersouveränität schonen. Es ist den Staaten freigestellt, ihr nationales Steuerrecht ohne Berücksichtigung der Wirkung auf andere Steuersysteme zu verändern. Und Staaten, die die Nachfrage nach Möglichkeiten zur Steuervermeidung befriedigen, können vom Steuerwettbewerb profitieren. So tragen die DBA-Regeln also nicht nur zur Vermeidung von Doppelbesteuerung bei, sie bilden auch die institutionelle Grundlage eines schädlichen und unfairen Steuerwettbewerbs.

## Die Reformbemühungen sind nicht ausreichend

Da die negativen Begleiterscheinungen des Steuerwettbewerbs im Zuge der fortschreitenden Internationalisierung der Wirtschaft für die Staaten immer spürbarer werden, bemühen sich die Regierungen um dessen Regulierung. Allerdings sind sie damit kaum erfolgreich. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zum einen bestehen Interessenunterschiede zwischen den Staaten. Viele Niedrigsteuerränder und Steuerparadiese sind Gewinner des Steuerwettbewerbs. Und selbst die großen Staaten sind in ihrer Interessenlage ambivalent. Zwar verlieren sie nur ungern ihre Steuereinnahmen an Steuerparadiese, andererseits wollen sie aber auch „ihren“ multinationalen Unternehmen nicht alle Steuerschlupflöcher verschließen, damit diese wettbewerbsfähig bleiben.

Hinzu kommt, dass sie die Koordinierungsleistungen der Regelungen und damit die Vermeidung von Doppelbesteuerung nicht gefährden wollen. Gerade weil das Musterabkommen ein nicht verbindlicher Konsens ist und weil grundlegende Reformen wegen der bestehenden Interessengegensätze blockiert sind, agieren die Staaten in ihrem Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerwettbewerb besonders vorsichtig. Sie trauen sich nur kleinteilige Reformen und selektive Abweichungen von den DBA-Grundsätzen zu.

Manche der Reformen lassen sich als Regeldehnungen kategorisieren. Ein Beispiel dafür ist die Hinzurechnungsbesteuerung. Diese sieht vor, dass Einkünfte eines Unternehmensteils in einem Steuerparadies unter bestimmten Bedingungen doch in Deutschland versteuert werden müssen. Die Hinzurechnungsbesteuerung widerspricht eigentlich dem Prinzip der Souveränitätsschonung. Sie durchbricht den Grundsatz, dass ein Unternehmensteil in einem anderen Land als prinzipiell eigenständige Einheit, die nur der dortigen Steuerhoheit unterliegt, behandelt wird. Weder in diesem noch in ähnlich gelagerten Fällen nehmen die Akteure aber eine explizite Veränderung der DBA-Grundsätze vor. Vielmehr bringen sie Regeländerungen durch semantische Verrenkungen mit den Grundsätzen in Einklang, um Konflikte möglichst unter den Teppich zu kehren.

---

### Zusammenfassung

Die Institutionen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung schonen die formale Steuersouveränität. Dies führt zu schädlichem und unfairem Steuerwettbewerb. Die bisherigen Bemühungen zur Reform des internationalen Steuerrechts sind unzureichend. Nur wenn sie in Zukunft bereit sind, ihre Steuersouveränität mit anderen Staaten zu teilen, werden die Regierungen echte politische Autonomie zur Gestaltung eines gerechten und effizienten Steuersystems zurückgewinnen können.

---



Zusätzlich verfolgen die Regierungen eine Strategie der Anlagerung (*layering*). Sie bemühen sich um zusätzliche Regulierungen, die die negativen Folgewirkungen der DBA-Regelungen abmildern und damit ihre Funktionsfähigkeit stützen sollen. Ein Beispiel ist das seit Mitte der 1990er Jahre betriebene OECD-Projekt gegen schädlichen Steuerwettbewerb. Steuerparadiese sollten dazu gebracht werden, Regelungen in ihren nationalen Steuergesetzen abzuschaffen, die es erlauben, eine Aktivität für steuerliche Zwecke in einem Land zu verbuchen, ohne dass dort eine reale ökonomische Aktivität stattfindet. Nach Gegenwehr der Steuerparadiese und einem Politikwechsel der USA nach der Amtsübernahme von George W. Bush wurde die Zielsetzung verändert. Es geht inzwischen nur noch darum, den Informationsaustausch und die administrative Zusammenarbeit zu intensivieren. Im Ergebnis ist mit diesen Maßnahmen das Problem des schädlichen Steuerwettbewerbs kaum in den Griff zu bekommen.

### Steuergerechtigkeit durch gemeinsame Bemessungsgrundlage

Die Fähigkeit einzelner Regierungen zur Gestaltung eines gerechten und effizienten Steuersystems wird durch den Steuerwettbewerb begrenzt. Diese Fähigkeit kann unter Globalisierungsbedingungen nur wiederhergestellt werden, wenn die Regierungen ihre formale Steuersouveränität zumindest teilweise mit anderen Staaten teilen. Nur gemeinsam können die Regierungen zurückgewinnen, was sie alleine im Steuerwettbewerb verloren haben.

Neben verschiedenen kurzfristigen Maßnahmen, wie der Einführung eines verbesserten und möglichst automatischen Informationsaustauschs, sollte mittel- bis langfristig auf grundlegende Reformen des internationalen Steuerrechts hingearbeitet werden. Dabei geht es nicht um eine vollständige Harmonisierung der nationalen Steuersysteme, sondern darum, so weit wie möglich sicherzustellen, dass dort besteuert wird, wo reale ökonomische Aktivität stattfindet. Ein Weg könnte in einer für alle Staaten verbindlichen gemeinsamen Steuerbemessungsgrundlage liegen. Richtig ausgestaltet, kann ein solches System einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung unerwünschter Steuervermeidung und zur effektiven Regulierung des Steuerwettbewerbs leisten. In der Europäischen Union verfolgt die Kommission das Ziel, ein solches System einzuführen. Allerdings hängt es sehr von der Ausgestaltung ab, inwieweit es tatsächlich einer effektiven Regulierung des Steuerwettbewerbs dienen kann. Es sieht derzeit nicht so aus, als würde die Kommission einen adäquaten Vorschlag unterbreiten.

### Literatur

Thomas Rixen, *The Political Economy of International Tax Governance*, Basingstoke: Palgrave Macmillan (erscheint im Herbst 2008)

Richard M. Bird, Jack M. Mintz, „Sharing the International Tax Base in a Changing World“, in: Sijbren Cnossen, Hans-Werner Sinn (Eds.), *Public Finance and Public Policy in a New Century*, Cambridge: MIT Press 2003, S. 405–446

Susanne Uhl, Thomas Rixen, *Unternehmensbesteuerung europäisch gestalten – mitgliedstaatliche Handlungsspielräume gewinnen*, Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung 2007 (im Internet unter [www.fes.de/internationalepolitik/taxes](http://www.fes.de/internationalepolitik/taxes))

Thomas Rixen, Ingo Rohlfing, „The Institutional Choice of Bilateralism and Multilateralism in International Trade and Taxation“, in: *International Negotiation*, Vol. 12, No. 3, 2007, S. 389–414

---

### Summary

#### Double taxation and tax competition

The institutions of double tax avoidance preserve nation states' legal tax sovereignty. This has an unintended consequence in the form of harmful and unfair tax competition. Past efforts at reforming international tax law have been insufficient. Only if in the future governments are willing to delegate or pool their tax sovereignty will they be able to regain real political autonomy to design fair and efficient tax systems.

---



Andreas Busch lehrt seit 2001 Politikwissenschaft am Department of Politics and International Relations der University of Oxford und ist Fellow am Hertford College, Oxford. Er wurde promoviert und habilitierte sich an der Universität Heidelberg. 1997/98 war er John F. Kennedy Memorial Fellow am Center for European Studies der Harvard University. Er leitet das ESRC-Forschungsprojekt „Coping with innovation: The political regulation of personal information in international comparison“ und arbeitete von Februar bis April 2008 als Karl W. Deutsch-Gastprofessor am WZB. Ab Herbst 2008 übernimmt er an der Universität Göttingen den Lehrstuhl für Comparative Political Economy. [Foto: Udo Borchert]

andreas.busch@politics.ox.ac.uk

# Kein Ende der Privatheit

Auch jungen Internetnutzern ist Datenschutz wichtig

Von Andreas Busch

Alte Klassenkameraden wiederfinden, Freunden Urlaubsfotos schicken, die nächste Party planen – Internetplattformen wie Facebook, MySpace, Bebo oder StudiVZ machen all das möglich. Deshalb sind sie so beliebt, vor allem bei jungen Nutzern. Stündlich stoßen neue Mitglieder dazu.

Facebook ist das größte dieser „social networks“ und steht für den rasanten Aufstieg der neuen Kommunikationstechnologie. Gegründet 2004 vom 19-jährigen Harvard-Studenten Mark Zuckerberg, war die Mitgliedschaft zunächst auf Studierende der Ivy-League-Universitäten beschränkt. 2005 wurde sie auf Schulen und Unternehmensnetzwerke in den USA ausgeweitet; seit 2006 steht sie jedermann offen. Die Mitgliederzahl wächst in rasantem Tempo: Im Oktober 2007 waren es 46 Millionen, im Januar 2008 schon 58 Millionen, und Ende März 2008 gab es 67 Millionen aktive Nutzer. Man schätzt, dass die Zahl der Nutzer pro Woche um etwa drei Prozent steigt.

Pro Tag laden diese Nutzer 14 Millionen Fotos auf die Website, auf der bereits 2,7 Milliarden Fotos gespeichert sind. An ihnen erlangt Facebook eine Lizenz, die der Firma dauerhaft das Recht gibt, die Bilder zu nutzen und weiterzugeben sowie Sub-Lizenzen zu erteilen. Diese Rechte bleiben selbst dann bestehen, wenn der Benutzer seine Mitgliedschaft bei Facebook beendet.

Angesichts der Nutzerzahlen – Facebook ist mittlerweile die Nummer sechs unter den meistbesuchten Websites der Welt – und dank sprudelnder Werbeeinnahmen wird dieses „social network“ vom Markt hoch bewertet: Auf einen Wert von ca. 15 Milliarden Dollar wird Facebook geschätzt, nachdem Microsoft im Oktober 2007 für einen Anteil von 1,6 Prozent am Unternehmen 240 Millionen Dollar zahlte. Von der ökonomischen Bewertung unberührt bleibt jedoch die Frage, warum so viele Benutzer Privates scheinbar unbekümmert veröffentlichen.

Oft wird unterstellt, dass die meist jüngeren Nutzer von „social networks“ sich um Fragen des Datenschutzes nicht kümmern. So schrieb etwa „Der Spiegel“ unter der Überschrift „Zeitgeist: Ende der Privatheit“: „Die Ängste vor dem totalitären Staat sind, besonders bei den Jüngeren, verblasst. Die Debatten um Online-Durchsuchungen und staatliche Übergriffe lassen sie ziemlich kalt. Zwischen ihnen und den Älteren tut sich gerade ein riesiger Generationsgraben auf: weil den einen Privatfernsehen und Internet und ihr Exhibitionismus suspekt sind und den anderen nicht. Weil die einen Kameras als feindliche Machtinstrumente verachten, während die anderen sie als nützliche Werkzeuge sehen, mit denen man kommunizieren, sich selbst darstellen und innerhalb von drei Stunden Verbrecheridentitäten feststellen kann. Die einen wollen in den toten Winkel verschwinden. Die anderen wollen möglichst gut rüberkommen.“

Ähnliche Argumente lieferte die „Zeit“ im November 2007: „Eine neue Generation findet nichts dabei, ihr Privatleben im Netz vermarkten zu lassen. (...) Die ‚Generation Volkszählung‘ ging auf die Straße, um dem Staat und der Industrie einen möglichst großen geschützten Raum abzutrotzen, während eine junge Generation jetzt ihre Tür weit aufmacht. Sie scheint zu rufen: ‚Ist uns doch egal. Kommt alle rein!‘“

Die Erklärungsfigur eines Generationenkonflikts über den Datenschutz – hier die besorgte Elterngeneration, dort die unbekümmerte Jugend – hat auch jenseits des Journalismus an Popularität gewonnen. So argumentierte der bekannte IT-Sicherheitsexperte Bruce Schneier auf der 17th Conference on Computers, Freedom, and Privacy im Mai 2007 in Montreal, dass für die jüngere Generation, die mit Fernsehsendungen wie Big Brother aufgewachsen sei, die Grenzen zwischen Öffentlichem und Privatem sowie zwischen der re-

alen und der virtuellen Welt anscheinend verschwommen. Dem Voyeurismus der Fernsehsendungen entspreche ein exhibitionistisches Verhalten im Netz, das aus einem Drang zur Selbstdarstellung entstehe. Doch solle man dies nicht zu rasch und von oben herab kritisieren; schließlich müsse jede Generation ihre eigenen Maßstäbe beim Umgang mit dem Problem finden.

Egal ob man diese Überlegungen für kausal plausibel hält oder nicht – die empirische Basis der getroffenen Aussagen muss jedenfalls bedenklich stimmen, kommen sie doch über empirielose Verallgemeinerungen oder Einzelfallbeschreibungen nicht hinaus. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht stellt sich daher die Frage, ob über das Verhältnis der Generationen zum Datenschutz nicht Genaueres gesagt werden kann.

Umfragen über Einstellungen zum Datenschutz sind rar, doch liefert das Eurobarometer Material. Zwischen 1996 und 2003 wurden entsprechende Daten erhoben. Die Ergebnisse dieser Umfrage in allen EU-Ländern lassen sich nach Altersgruppen aufgliedern:

Ich Sorge mich um den Datenschutz ...										
	sehr		ziemlich		kaum		gar nicht		weiß nicht	
	1996	2003	1996	2003	1996	2003	1996	2003	1996	2003
<b>Geschlecht</b>										
Männer	24	26	35	35	26	25	12	13	2	2
Frauen	24	25	34	35	26	25	13	13	4	2
<b>Alter</b>										
15–24	21	19	34	35	27	28	15	16	3	2
25–39	23	25	38	37	27	27	11	10	2	2
40–54	28	27	33	36	25	25	10	10	2	2
55+	24	27	33	32	25	23	14	15	4	2

Die Zahlen widerlegen die oben angeführte „Generationenhypothese“. So zeigt die Tabelle lediglich leichte Unterschiede zwischen der ältesten (über 55 Jahre) und der jüngsten (15 bis 24 Jahre) Altersgruppe sowohl bei denen, die sich „sehr“ um den Datenschutz sorgen (8 Prozent), also auch bei denen, die sich „kaum“ um ihn kümmern (5 Prozent). Bei denjenigen, die sich „gar nicht“ um den Datenschutz sorgen, liegen beide Gruppen praktisch gleichauf. Fasst man die Antworten „sehr“ und „ziemlich“ sowie „kaum“ und „gar nicht“ zusammen, so sind 54 Prozent der 14- bis 24-Jährigen besorgt über das Thema Datenschutz; nur 44 Prozent sind dies nicht. In der Altersgruppe der über 55-Jährigen liegen die entsprechenden Zahlen bei 59 bzw. 38 Prozent. Der Unterschied zwischen den Generationen kann somit als sehr gering bezeichnet werden, und auch in der jüngeren Altersgruppe sind deutlich mehr Befragte besorgt als nicht besorgt. Die Daten aus der repräsentativen Umfrage stützen also mitnichten den angeblich so ausgeprägten Unterschied zwischen den Generationen bei der Bewertung von Datenschutz.

Und auch die Erfahrungen, die die verschiedenen „social networks“ in letzter Zeit mit ihrer Kundschaft hinsichtlich des Schutzes privater Daten gemacht haben, sprechen gegen die Hypothese von einem drastischen Wandel der Einstellungen zum Datenschutz. Denn eine Reihe von Versuchen, den Datenschutz der Nutzer einer kommerziellen Verwertung zuzuführen, mussten nach massiven Protesten geändert oder teilweise zurückgenommen werden.

Im November 2007 versuchte StudiVZ, die auf der Website sichtbare Werbung besser auf die Interessen der vier Millionen Nutzer zuzuschneiden und damit für werbende Firmen attraktiver zu werden. Da zu diesem Zweck ein Zugriff auf die persönlichen Daten der Benutzer notwendig war, sollten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen geändert werden – allerdings recht brachial, denn wer der Änderung nicht zustimmen wollte, sollte keinen Zugriff mehr auf sein Profil erhalten und so faktisch von der Nutzung ausgeschlossen werden. Massive Nutzerproteste waren die Folge: Tausende traten StudiVZ-internen Protestgruppen

---

#### Zusammenfassung

Die meist jüngeren Nutzer von sogenannten „social network“-Websites stellen oft sehr private Informationen ins Internet. Häufig wird ihnen daher – im Gegensatz zur älteren Generation – ein deutlich geringeres Interesse am Datenschutz attestiert. Doch Umfragedaten können diese Generationenhypothese nicht erhärten. Benutzerproteste gegen die kommerzielle Nutzung solcher Informationen widerlegen ebenfalls die Annahme, dass junge Internetnutzer den Datenschutz geringerschätzen.

---

## Privacy and social network websites

The mostly younger users of social network websites often reveal very private information about themselves, prompting analysts to hypothesize a clearly reduced interest in data protection compared to the elder generation. But survey data indicate no such gap, and recent user protests against the commercial use of such information also seem to contradict the "generation hypothesis".

---

bei, änderten ihre Benutzernamen, Fotos und Profile und drohten mit Massenaustritten, wenn die Änderung nicht gestoppt oder modifiziert werde. Selbst Politiker nahmen sich des Themas an und kritisierten die geplanten Änderungen. Nach mehreren Wochen kam es dann tatsächlich zu einer Überarbeitung der neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen, in denen eine Nichtweitergabe von Nutzerdaten (mit Ausnahme in Fällen von Strafverfolgung) und eine dauerhafte Löschung von Daten bei Austritt aus StudiVZ verankert wurden.

Zu einem ähnlichen Vorfall kam es, auch im Herbst 2007, bei Facebook – und ebenfalls anlässlich der Einführung von stärker zielgerichteter Werbung. Das neue, „Beacon“ genannte System übertrug Informationen über die Aktivitäten der damals 50 Millionen Nutzer auf über 40 Partner-Websites (zum Beispiel eBay, Travelocity, Blockbuster, Sony) an Facebook. Wenn also ein Facebook-Mitglied beispielsweise ein Video bei einem Partner von Facebook auslieh, wurde dies in den Newsfeeds der Freunde bekanntgegeben und mit Werbung für den genutzten Videoverleih gekoppelt. Von solchen „Social Ads“ versprachen sich Facebook und Partner besondere Wirkung. Obwohl Facebook auf Proteste hin entgegnete, Nutzer könnten Funktionen von Beacon durch Eintrag in eine Ausschlussliste abschalten, war dies tatsächlich nicht möglich.

Eine von Bürgerrechtlern von MoveOn.org verfasste Petition gegen das neue System fand binnen zehn Tagen 50.000 Unterzeichner. Anfang Dezember 2007 vollzog Facebook schließlich eine Kehrtwende – Gründer Zuckerberg entschuldigte sich in einem nur Nutzern zugänglichen Blog und bemühte sich, den entstandenen Vertrauensschaden wieder gutzumachen. Die Funktionen von Beacon wurden von der expliziten Einwilligung der Benutzer abhängig gemacht.

Beide hier geschilderten Fälle deuten auf eine große Sensibilität gerade der jüngeren Benutzergeneration für Fragen von Privatheitsschutz und (in der Sprache des deutschen Bundesverfassungsgerichts) „informationellem Selbstbestimmungsrecht“ hin. Auch sie widerlegen damit die oben geschilderte Generationenhypothese.

Zudem entwickeln die Teilnehmer an „social network“-Websites offenbar sehr differenzierte Normen darüber, welche Art von Nachrichten welchen elektronischen Übertragungskanal erfordern – in einer Detailliertheit, die außenstehenden Beobachtern verborgen bleibt. Eine Oxforder Studentin schildert diese Normen wie folgt: „Ein freundliches Hallo oder eine Verabredung zum Kaffeetrinken schreibt man auf das Schwarze Brett des anderen, wo es für jedermann sichtbar ist. Eine Einladung zum Date oder geheimer Klatsch wird als Facebook-Nachricht versandt (wie email, aber über den Facebook-Server). Ein kleines Schwätzchen hält man über den AOL Instant Messenger. Für Jobinterviews oder ein Gespräch mit meiner Mutter benutze ich den Skype Online-Telefondienst, und email für das Übersenden von Lebensläufen oder das Kontaktieren von Dozenten. Diese Hierarchie wird strikt eingehalten. Die Kategorien zu verwechseln – etwa jemanden auf deren Schwarzem Brett zu einem Date einzuladen oder Skype zu nutzen, nur um sich in der Mensa zu verabreden – käme sozialem Selbstmord gleich.“

Die neuen Kommunikationstechnologien scheinen also in sehr differenzierter Weise genutzt zu werden. Und auch das Bewusstsein der Gefahren von übertriebenem Exhibitionismus im Internet wächst: Schließlich können daraus in der Zukunft große Probleme entstehen, etwa bei Bewerbungen. Auf Personensuche spezialisierte Suchmaschinen wie yasni.de stellen auf Mausklick alle verfügbaren Informationen zusammen, die von der Adresse über Fotos und Wunschzettel bei Amazon bis zu Auflistungen ehemaliger Schulfreunde reichen. Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater nutzen bereits drei von vier Personalabteilungen solche Abfragen im Internet zur Vor-Recherche über Bewerber, und 57 Prozent von ihnen geben an, als Konsequenz bereits Bewerber von der Kandidatenliste gestrichen zu haben. Denn sie stoßen dabei oft auf Unvorteilhaftes – nicht alles, was vor Jahren als studentischer Scherz oder Partygag gelungen schien, ist heute als Beleg von Disziplin und Führungspotenzial geeignet.

Das Internet hat nämlich ein ausgezeichnetes Gedächtnis. Das wissen zunehmend mehr Nutzer und stellen sich darauf ein. Es ist zwar möglich,

HTML-Seiten auf dem eigenen Server zu löschen. Allerdings könnten Dritte diese Seiten zuvor kopiert und selbst ins Netz gestellt haben. Vielleicht werden technische Innovationen dieses Problem in Zukunft lösen. Schon wird von Experten vorgeschlagen, Daten im Internet mit einem Verfallsdatum zu versehen, nach dessen Ablauf sich diese automatisch löschen.

Im selben Maße, wie alte Normen und Regeln im Kommunikationsverhalten verschwinden, entstehen neue. Dieser Prozess ist weder so radikal, noch wird er von den Generationen so unterschiedlich wahrgenommen, wie die zitierten Medien nahelegen. Er sollte vielmehr als gesellschaftlicher Lernprozess begriffen werden: Das Internet ist ein vergleichsweise neues Medium und bietet noch ungewohnte Möglichkeiten des Austauschs. Die Unerfahrenheit im Umgang damit dürfte mit der Zeit verschwinden – und zwar bei allen Nutzern, egal ob sie alt oder jung sind.

#### Literatur

European Opinion Research Group, Special Eurobarometer 196 – Wave 60.0: Data Protection, Brussels: Commission of the European Communities 2003

Colin Bennett, Charles Raab, The Governance of Privacy – Policy Instruments in Global Perspective, Cambridge: MIT Press 2006, 382 S.

Viktor Mayer-Schönberger, Useful Void: The Art of Forgetting in the Age of Ubiquitous Computing. Kennedy School of Government, Working Paper RWP07-022, 2007, 24. S., [http://ksgnotes1.harvard.edu/Research/wpaper.nsf/rwp/RWP07-022/\\$File/rwp\\_07\\_022\\_mayer-schoenberger.pdf](http://ksgnotes1.harvard.edu/Research/wpaper.nsf/rwp/RWP07-022/$File/rwp_07_022_mayer-schoenberger.pdf)

Ari Melber, „About Facebook – As the old concept of privacy fades and a new one arises online, what is being lost?“, in: The Nation, 7. Januar 2008, <http://www.thenation.com/doc/20080107/melber>

---

#### Neuerscheinungen

## Aus der WZB-Forschung

Weert Canzler, Gert Schmidt (Hg.)

### Zukünfte des Automobils

Aussichten und Grenzen der autotechnischen Globalisierung

Berlin: edition sigma 2008

ISBN 978-3-89404-250-9

300 Seiten, € 21,90

Das Auto ist unangefochten attraktiv. Wie zu seinen Anfangszeiten gilt es als Prestigeobjekt, und dank der Innovationsfähigkeit der Automobilhersteller passt es sich technisch-sozialen Veränderungen immer wieder an. Allerdings: Diese Stabilität ist nicht für alle Zeiten garantiert. Vier kritische Entwicklungen werden die Zukünfte des Automobils bestimmen. Erstens die Globalisierung des Automobilbaus: Sie läuft, trotz bestehender Überkapazitäten vermutlich beschleunigt, mit neuen Teilnehmern weiter. Zweitens eine verstärkte (Re-)Urbanisierung: Fraglich ist hier, ob der Trend zur verdichteten Stadt mit abnehmenden oder aber zu Suburbia mit zunehmenden automobilen Le-

bensweisen geht. Drittens sozialstrukturelle Veränderungen: Wachsende soziale Ungleichheiten könnten der Industrie auf den alten, aber auch den aufstrebenden neuen Automärkten zu schaffen machen, falls die Nachfrage auskömmlich verdienender Mittelschichten schrumpft. Und viertens die Erosion der fossilen Energiebasis: Die Volatilität der Energiemärkte wächst mit jedem Liter verbranntem Öl. Die verschiedenen Aspekte des Automobilismus werden meist nur getrennt voneinander betrachtet – der Versuch, sie in differenzierter Analyse miteinander zu verknüpfen, ist Programm dieses Buchs.

Weert Canzler, Meinolf Dierkes, Andreas Knie, Lutz Marz, Marc Weider

### Verpasste Chancen der Modernisierung?

China zwischen nachholender und alternativer Motorisierung

Berlin: edition sigma 2008

ISBN 978-3-89404-249-3

135 Seiten, € 12,90

Die allseits bekannten Bilder der Skyline Shanghais sind zum Symbol des „Neuen China“ mit seiner be-

schleunigten Modernisierung und seinem rasanten Wachstum geworden. Doch wohin führt der Weg? Erleben wir eine „nachholende Modernisierung“ im Sinne des hegemonialen westlichen Modells oder wird China einen „alternativen asiatischen Entwicklungspfad“ einschlagen? Diese modernisierungstheoretischen Grundsatzfragen verbinden die Autoren mit dem technologie- und wirtschaftspolitischen Komplex der Motorisierung Chinas bis 2020 und darüber hinaus. Ein Quantensprung scheint möglich, und dabei könnte der Einstieg in eine radikal neue Automobiltechnik ein realistisches – und aus Ressourcen- und

Umweltgründen auch wünschenswertes – Szenario sein. Forschungsstrategisch und industriepolitisch wäre der Aufbau einer „postfossilen Mobilitätsindustrie“ durchaus plausibel. Weniger als jedes andere Land mit einer etablierten Autoindustrie müsste China bestehendes Know-how entwerfen und eine über Jahrzehnte gewachsene fossile Infrastruktur abschreiben. Doch zeigen die Analysen auch, wie viele Faktoren gegen einen alternativen Weg sprechen – sowohl bei der Modernisierung insgesamt als auch bei der Motorisierung Chinas.

# Hypocrisy and Democracy

The gap between ideals and perceived reality is widening

By John Keane

We are living in times marked by the return of an old problem with deep roots: disillusionment with representative democracy. The new coolness towards democracy is admittedly hard to measure, spatially uneven and driven by such forces as global market uncertainty, religious tensions and rising public disappointment with poorly performing governments. Especially since 2001, disaffection with democracy has been deepened by the failure to promote democracy by means of war, and by the reassertion of state authority against 'terrorism', often using questionable legal and police methods.

According to the new critics of democracy, whose voices can be heard in places like Caracas, Belgrade, Shanghai and London, confidence in parties, politicians, parliaments, the core institutions of representative democracy, is waning. The critics point to research that shows public unease about organised lobbying and big-money politics; and they stress that growing numbers of poor and immigrant people feel left out of the democratic equation.

The new foes of democracy point to recent major setbacks for democrats in Russia, Kenya, Pakistan and Burma. They sneer at the manner in which so-called democracy promotion has tangibly failed in Iraq and Afghanistan. The new critics also point out that western democracies, for the sake of expediency, are now regularly turning a blind eye towards unfair elections and generally abandoning policies of democratisation, in effect making an undeclared shift in favour of authoritarian regimes that have oil and gas reserves, or serve as vital allies in matters like military hardware, the drug trade or strategic proximity to China and Russia.

For the new critics of democracy, all these trends are proof that talk of the 'end of history' and 'third waves' of democracy is fraudulent. But there the agreement among the critics ends; the new grumbling against democracy shows few signs of crystallising into a concerted and coherent attack on democracy, as last happened during the 1920s. People who curse politicians and refuse them a vote, or nationalist speeches by demagogues, are one thing; taking to the streets and killing innocents, or boarding an underground train with a rucksack packed with explosives, are quite another. In between these extremes, the grumblers come in various shapes and sizes.

There are desktop philosophers, gunmen, outspoken literary agitators and hard-line militant activists, none of them much in agreement about what needs to be done. Some critics like Jean-Claude Milner accuse democracy of genocide. Others call for a return to religiosity, or to Carl Schmitt or Karl Marx; sometimes they draw the conclusion that democracy is a tool of American imperialism, that it is doomed by the sinister forces of globalisation. Still others dream of building a new post-democratic empire guided by the vision of the 'harmonious society' (Hu Jintao). Most of them, worryingly, claim to be true friends of the people.

All these differences must admittedly feature in any account of the new foes of democracy, but social scientists should pay attention to their claims and motives, if only because there is truth in the old adage that 'the enemy is us'. Carefully analysed, these opponents draw our attention to the chronic gap between the ideals and realities of representative democracy and, hence, to the connected problems of disappointment and hypocrisy – and their power potentially to undo democracy, in unexpected ways.

Hypocrisy (*Heuchelei*) is the soil in which antipathy towards democracy always takes root. In historical terms, democratic institutions and ways of life

---

## Zusammenfassung

Ihrem Wesen nach muss Demokratie Enttäuschungen produzieren: Sie ist nie perfekt, bleibt immer verletzlich. Wenn die Kluft zwischen dem hehren Anspruch der Demokratie und der als Realität wahrgenommenen Politik zu groß wird, kann Kritik an der „Heuchelei“ zum Antrieb auch extremer antidemokratischer Aktivitäten werden. Diese Entwicklung ist besonders seit dem 11. September 2001 weltweit zu beobachten.

---

have been vulnerable to a wide variety of forces. Scholars such as Juan Linz have commonly cited factors like defeat in war, unbridgeable class antagonisms, governmental paralysis and devastating natural disasters. These factors, whatever their explanatory power, never operate as automatic catalysts of change; they have no anti-democratic power in themselves. They only dissolve support for democracy insofar as they sap people's confidence, or reinforce their unbelief in democratic ways of being. But for this to happen, people must feel let down or put off by democracy; and that means they must have a gut sense that the gulf between the promises of democracy and its actual performance is so wide that democracy itself is a ruinous sham. This is another way of saying that anti-democratic sentiments feed upon the perceived gaps between ideals and so-called reality, especially when democrats themselves are blind to such gaps, or try to cover them up, for instance through the use of lying and other forms of deception.

Hypocrisy is the word normally used to describe such gaps. The word hypocrite is an expression of contempt for those who fail to practise what they preach. When used in the vernacular, people normally know nothing of its origins in the world of ancient Greek drama, where the noun *hypokrisis* referred to 'feigning, dissembling', 'acting out' and 'play acting'. It was primarily a *descriptive* term applied to speaking in dialogue, playing a part on stage, using the art of histrionics; the *hypokrites* is an actor, a player who legitimately dissembles on the stage, but only on the stage. That is why, during the 4<sup>th</sup> century BCE, the well-known orator Demosthenes poured scorn on his bitter rival Aeschines, saying that he was a rank character whose untrustworthiness stemmed from the fact that he had been a successful stage actor before taking up politics, and now found it impossible to restrain his skill at dissembling and impersonating others, this time in the *ekklēsia*.

Here, in the attack by Demosthenes on Aeschines, are the first hints of the powerfully negative connotations of the word hypocrisy, which in the European region came to bear the cross of Christianity. The Gospel according to St Matthew chided hypocrisy and hypocrites in ways that were utterly foreign to the Greeks. 'Woe unto you, scribes and Pharisees, hypocrites! For ye make clean the outside of the cup and of the platter, but within they are full of extortion and excess'. Absorbed into the Christian tradition, hypocrisy became a barbed word for judging bad people. Christian virtue and despise of hypocrisy became conjoined twins, so not surprisingly it was not long before the sceptics and outright opponents of Christianity laid into its own two-faced duplicities, with great effect. Cesare Ripa's remarkable book of emblems, *Icologia* (first published in Rome in 1593) contains an early example: hypocrisy is portrayed as a veiled woman, rosary beads and a mass book in hand, dressed in a cape spun from sheep's wool, but with the legs and feet of a wolf, reluctantly offering money to a beggar in the public square.

The charge of hypocrisy levelled against Christians and Christianity later morphed into secular derision and biting satire, both of which continue to play a vital public role in healthy democracies. It is therefore a strange and striking fact that there is no well-developed theoretical understanding of the relationship between hypocrisy and democracy, even though, as Hannah Arendt once noted, hypocrisy, the vice of vices, has typically been at the root of every modern revolt against modern ways of life. 'If we inquire historically into the causes that are likely to transform the *engagés* into the *enragés*,' she wrote in 1969, in an essay on violence, 'it is not injustice that ranks first but hypocrisy.'

Arendt had a point, but it cries out for elaboration. The sting of hypocrisy is arguably much more painful in the body politic of representative democracy than it ever was in the world of Christianity, if only because Christians who indulged the vice of hypocrisy had a safety net: the promise of atonement for their sins, through elaborate expiation rites, such as confessing to a priest, or asking forgiveness through prayer. Things are different with democracy. Except for public heckling, bad media coverage and humiliating electoral defeat, it has no equivalent expiation rite, backed by faith in a Higher Being. Demo-

John Keane was born in Australia and educated at the Universities of Adelaide, Toronto and Cambridge. He is Research Professor at the WZB and Professor of Politics at the University of Westminster. In 1989 he founded the Centre for the Study of Democracy. Among his books are *Reflections of Violence*; *Civil Society: Old Images, New Visions*; the prize-winning biography *Tom Paine: A Political Life*, and a study of power in twentieth century Europe, *Václav Havel: A Political Tragedy in Six Acts*. Among his most recent works are *Violence and Democracy*, and *Global Civil Society?*

keane@wzb.eu

cracy has no merciful God, which therefore makes its leaders, leading institutions and citizens peculiarly vulnerable to the corrosive powers of hypocrisy.

There is another sense in which that is true. It is a commonplace that democracy is a peculiar political form defined by the fact that transitions to democracy always remain transitions. Democracy is never fully realised; it is always to some extent unconsolidated and defective. Democracy rests on the premise that although perfection always proves impossible to reach, steps towards self-correction, innovation and improvement are still possible. It wants to be more than it is; democracy is always the democracy to come, as Derrida rightly said. But it is also true that this self-inscribed lack makes democracy peculiarly vulnerable to its own failures and, thus, to the charge of hypocrisy.

Exactly this dynamic is revealed in a penetrating new survey of democracy in Latin America, edited by Waldo Ansaldi. The authors show that while just over half of the adult population in Latin America thinks that 'democracy is preferable to any other form of government', less than a third are satisfied with how democracy currently works in their country. Many citizens understandably blame their fiscally weak and corrupted states for failing to promote economic development or to deal with rising inequality, criminality, violence and drug trafficking. So that when asked who governs in their respective countries, nearly three-quarters of Latin Americans today believe that they are 'governed by certain powerful interests looking after themselves'. Hence the disturbing news from this study confirms the point that hypocrisy is the acid of democracy: whereas just over half of Latin American citizens favour democracy, nearly 45 percent say they would support an authoritarian government if that was to 'resolve the economic problems of the country.'

The Latin American ambivalence towards democracy may be extreme; but it is unexceptional. All democracies regularly produce disappointment among their citizens. Indeed, when you think about it, the whole modern vision of representative democracy contains within it a principle of disappointment. From the end of the eighteenth century, representative government was praised as an effective new method of apportioning blame for poor political performance – a new way of ensuring the rotation of leadership, guided by merit and humility. It was thought of as a new form of humble government, a way of creating space for dissenting political minorities and levelling competition for power, which in turn enabled elected representatives to test their political competence and leadership skills, in the presence of others equipped with the power to trip them up and throw them out of office, if and when they failed, as surely they would in the end.

The founding principle of representative democracy was as simple as it was powerful: 'the people' make their periodic appearance in elections in order to judge, sometimes harshly, the performance of their representatives. That is the whole point of elections, which are a means of disciplining representatives who have disappointed their electors, who are then entitled to throw harsh words and paper rocks at them. If representatives were always virtuous, impartial, competent and responsive, then elections would lose their purpose.

It is true that democracies, by virtue of their mechanisms for rotating power holders and checking and balancing power, have built-in mechanisms for dealing with hypocrites and felt hypocrisy. We throw scoundrels out from office, onto the streets, taunts at their back. But there are also moments when the perceived gap between promise and performance becomes abysmal, so intolerable to certain people that they draw the conclusion that democracy is a rotting fruit. It is at that point, as in our times, that opponents of democracy are made, and begin to flex their muscles.

## References

Jean-Claude Milner, *Les penchants criminels de l'Europe démocratique*, Paris: éditions Verdier 2003, 155 S.

Waldo Ansaldi (Ed.), *La democracia en América Latina, un barco a la deriva*, Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica 2007, 582 S.



# „Wissenschaft ist oft unnahbar“

Forscher sollten das breite Publikum ernster nehmen, meint Peter Weingart

Wissenschaft aus dem Elfenbeinturm zu holen – das ist das Ziel der „Wissenschaftsjahre“, die seit 2000 auf Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung stattfinden. 2008 wurde zum „Jahr der Mathematik“ ausgerufen. Der Soziologe Peter Weingart bezweifelt jedoch den Nutzen dieser groß angelegten Werbeveranstaltungen.

**Frage:** Die „Wissenschaftsjahre“ wollen einen Dialog von Wissenschaftlern mit der breiten Öffentlichkeit herstellen. Klappt das auch – kriegt man die bisher nicht Interessierten?

**Peter Weingart:** Nein. Man erreicht vielleicht einige wenige von denen, die bisher keine Berührung mit der Wissenschaft hatten. Das liegt auch daran, dass die Adressierung der „Wissenschaftsjahre“ vollkommen unspezifisch ist. Im Übrigen werden die „Wissenschaftsjahre“ regelmäßig evaluiert. Dabei wird jedes Mal bemängelt, dass es keine klare Definition gibt, wen man eigentlich erreichen will. Der Erfolg dieser Großveranstaltungen ist deswegen auch nicht messbar.

**Lohnt dann der Aufwand und das viele Geld?**

Ein Aufwand von jährlich fünf oder sieben Millionen Euro ist sicher nicht gerechtfertigt. Was mich besonders ärgert an den „Wissenschaftsjahren“: Man weiß seit Langem, dass wir ein Nachwuchsproblem haben. Schon jetzt gibt es einen Fehlbedarf von etwa 20.000 Ingenieuren in Deutschland, und dieses Problem wird sich in einigen Jahren deutlich verschärfen. Hinzu kommt, dass die naturwissenschaftliche Lehre an deutschen Hochschulen längst nicht mehr die Qualität hat wie in den 1970er Jahren. Wir hinken hinterher, Pisa ist da nur die Spitze des Eisbergs. Eine Aktion wie die „Wissenschaftsjahre“ interpretiere ich da als Nichtstun. Das Problem wird weiter vor sich hergeschoben: Es wird PR für die Wissenschaft gemacht, aber das löst nicht unser Nachwuchsproblem.

**Wo wäre das Geld sinnvoller angelegt?**

Natürlich sind sieben Millionen Euro – so viel kostet das Jahr der Mathematik – im Wissenschaftsbetrieb nur Peanuts. Aber viele gute Projekte wie das Nat-Working-Programm der Bosch-Stiftung oder die Kinder-Unis leiden unter Geldmangel. Hier wäre das Geld sinnvoll angelegt. Die Wissenschaftspolitik sollte auf Projekte wie diese zugehen,

sich die wirklich nachhaltigen aussuchen und dort mit einer Förderung ansetzen. Immerhin, es gibt im aktuellen „Jahr der Mathematik“ viele Schulprojekte. Dieser Ansatz, Projekte in kleinem Rahmen zu fördern, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

**Vermittlung von Wissenschaft ist ein Thema, das nicht nur in Deutschland von Bedeutung ist. Was machen andere Länder anders und besser?**

Am wirkungsvollsten gelingt die Vermittlung von Wissenschaft sicherlich in Großbritannien. Dort wird schon länger – seit den 1960er Jahren – und umfassender dazu geforscht. Science Research Units an den Unis sind eine Selbstverständlichkeit. Da ist Deutschland im Vergleich abgeschlagen. Zudem bringt dort die Politik Wissenschaft und Öffentlichkeit bewusst zusammen. Da sitzen dann Wissenschaftler und Laien am Runden Tisch und diskutieren, welche Lösungen es geben kann.

**Verbindlich sind diese Entscheidungen aber nicht für die Politik?**

Nein, aber wenn Wissenschaft und Öffentlichkeit auf sehr breiter Ebene ins Gespräch kommen, hat das eine enorme aufklärerische Wirkung. Auch in den Köpfen der Wissenschaftler ändert sich etwas. Sie nehmen die Bevölkerung ernster. Dabei hilft natürlich auch das tiefer sitzende Gefühl für demokratische Umgangsformen in Großbritannien.

**Wie kann so ein Dialog mit der Bevölkerung aussehen – was macht gute Wissenschaftskommunikation aus?**

Das ist eine schwierige Frage. Zunächst sollte klar sein, was man damit erreichen will – Inhalte vermitteln, aufklären, Verhaltensänderungen erzeugen? Psychologen haben sich mit der Frage beschäftigt, wie man die Erkenntnisse der Klimaforschung so vermitteln kann, dass die Menschen ihr Verhalten ändern. Eine zentrale Erkenntnis: Kommunikation, mit der man etwas erreichen will, muss bei Problemen ansetzen, die die Leute haben. Der Nutzen von Wissenschaft sollte deutlich werden. Das heißt für den Wissenschaftler: Er muss versuchen, sich in die Lebenswirklichkeit der Menschen hineinzusetzen. Das hat dann oft nichts mehr mit der eigenen Forschung zu tun.



Peter Weingart, geboren 1941, Studium der Soziologie und Ökonomie in Freiburg, Berlin und Princeton. Seit 1973 Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld, seit 1993 Direktors des dortigen Instituts für Wissenschafts- und Technikforschung, Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW). Er war von September bis Februar 2008 Gast am WZB in der Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hat er zusammen mit Petra Pansegrau, Simone Rödder und Miriam Voss die Studie „Vergleichende Analyse Wissenschaftskommunikation“ erstellt. [Foto: Universität Bielefeld]

[weingart@uni-bielefeld.de](mailto:weingart@uni-bielefeld.de)

### Was meinen Sie damit?

Wissenschaft ist oft unnahbar, sie ist für die meisten Menschen eine terra incognita. Viel zu wenige haben Einblick in das, was geschieht – und dabei sind wir alle von Wissenschaft betroffen, denn sie hat Einfluss auf unser tägliches Leben. Diese Kluft muss überwunden werden, durch Demystifizierung der Wissenschaft und durch ernsthafte Information. Der Dialog darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg geführt werden – ein Vortrag zum Beispiel muss von allen verstanden werden, nicht nur von denjenigen, die auf dem Podium sitzen.

**Können die „Wissenschaftsjahre“ da nicht doch einen Beitrag leisten, haben Sie vielleicht positive Ansätze entdeckt?**

Am positivsten fand ich, dass viele der beteiligten Wissenschaftler erkennen, wie wichtig es ist, an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Forscher merken auch, dass sie „draußen“ oft nicht verstanden werden. Die „Wissenschaftsjahre“ bieten ihnen eine Gelegenheit, auf die eigene Rolle zu reflektieren. Üblicherweise wollen die meisten nicht gestört werden, empfinden die Auseinandersetzung mit einem Publikum als zeitraubende Nebentätigkeit, die sie vom Eigentlichen abhält. Auf der anderen Seite verstehen sich die Wissenschaftler als eine Interessengruppe, die dem Allgemeinwohl dient. Um diesen Anspruch zu legitimieren, bedarf es aber gerade eines ernsthaften Dialogs mit der Öffentlichkeit.

Die Fragen stellten Wiebke Peters und Claudia Roth.

---

Vorschau Juni 2008

## WZB-Veranstaltungen

11.–16. Juni 2008

### „Urban Planet: Collective Identities, Governance and Empowerment in Megacities“

Das urbane Wachstum hat sich von Europa und Nordamerika in den globalen Süden und nach Asien verlagert. Bergen die rasant und oft anarchisch wachsenden Megastädte unkontrollierbare Gefahren? Oder setzen sie neue zivilgesellschaftliche Potenziale frei? Es geben Auskunft: Klaus Töpfer (Bundesminister a.D.), Arjun Appadurai (Anthropologe, New School in New York) und Meinhard von Gerkan (Architekt).

Veranstalter: Irmgard Coninx Stiftung, WZB, Humboldt-Universität zu Berlin und Stiftung Brandenburger Tor  
Informationen: Sabine Berking, E-Mail: info@irmgard-coninx-stiftung.de

---

18. Juni 2008, 17 Uhr

### „The Future of Social Policy: Hard Lessons from the U.S.“

David Ellwood, Dean, Kennedy School of Governance, Harvard University

In the mid-1990s, David Ellwood was involved in the United States' rather dramatic change in social policy, moving from a public assistance oriented system toward one designed to support, encourage – and in some cases, require – work. The talk will review the lessons from that episode with an eye toward challenges facing Germany and Europe in the years ahead.

Veranstalter: WZB gemeinsam mit der Hertie School of Governance  
Informationen: Carolin Wolf, E-Mail: events@wzb.eu

---

19.–21. Juni 2008

### „Human Rights in the 20th Century: Concepts and Conflicts“

Workshop

Die Menschenrechte gehören heute zu den wichtigsten Glaubensartikeln liberaler Demokratien. Wer die Menschenrechte anzweifelt, stellt sich scheinbar außerhalb der Regeln ziviler Gesellschaften im Zeitalter globaler Weltinnenpolitik. Oft erscheint das individuell-unveräußerliche Recht auf Rechte (Hannah Arendt) wie eine überhistorisch-naturrechtliche Selbstverständlichkeit. Der internationale Workshop will untersuchen, wie die Menschenrechte in den globalen Krisen und Konflikten des 20. Jahrhunderts diese universelle Evidenz gewonnen haben.

Veranstalter: PD Dr. Dieter Gosewinkel, WZB, und Dr. Stefan-Ludwig Hoffmann, ZZf  
Informationen: Annelie Ramsbrock; E-Mail: humanrights@zzf-pdm.de

---

Weitere Informationen: [www.wzb.eu/aktuell/veranstaltungen.de.htm](http://www.wzb.eu/aktuell/veranstaltungen.de.htm)

# Zuzahlungen als Bumerang

Kostenbeteiligungen im Gesundheitswesen wirken sich langfristig negativ aus

Von Jens Holst

Eine Auswertung wissenschaftlicher Literatur der letzten vier Jahrzehnte liefert keinen Beleg für die weit verbreitete Annahme, dass Versicherte medizinische Leistungen übermäßig ausnutzen, wenn diese kostenfrei sind (Moral-Hazard-These). Im Gegenteil: Die Einführung von Patienten-Zuzahlungen scheint eine angemessene Versorgung zu untergraben, denn Patienten verzichten eher auf notwendige Maßnahmen und lassen sich davon abhalten, rechtzeitig medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Kaum ein gesundheitspolitisches Thema ist derart umstritten wie Zuzahlungen im Krankheitsfall. Während die Einen darin einen wesentlichen und unerlässlichen Schritt zur Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen sehen, betrachten die Anderen sie als kontraproduktiv und gefährlich. Diese Kontroverse zieht sich auch durch die gesundheitswissenschaftliche und -ökonomische Forschung, die dieser Frage seit vielen Jahren an Hand von Einzelstudien nachgeht. Lange widmete sich die Ökonomie diesem Thema intensiver als andere Fachrichtungen, und nichtmedizinische Ansätze bestimmten vielfach die Debatte.

Eine klare Einschätzung der Sachlage auf diesem umstrittenen Feld unter Abwägung der Argumente erschien kaum möglich. Nun liegt erstmals eine gesundheitswissenschaftliche Auswertung von annähernd 1.500 Studien zu diesem Thema vor. Besonders bemerkenswert ist der interdisziplinäre Ansatz dieser umfangreichen Literaturrecherche, die Publikationen der verschiedenen beteiligten Wissenschaftsrichtungen wie Gesundheits- und Pflegewissenschaften, Ökonomie, Medizin, Verhaltensforschung, Psychologie und Soziologie einbezieht.

Der Streit um Selbstbeteiligungen ist so alt wie die Kostenübernahme medizinischer Leistungen durch die soziale Krankenversicherung. Der Umfang der Zuzahlungen im Krankheitsfall hat über die Jahre deutlich zugenommen, in Deutschland allein zwischen 1980 und 2001 von 8,1 auf 12,3 Prozent der Gesundheitsausgaben. Stand bis in die 1970er Jahre die Beteiligung der Patienten an den Behandlungskosten überwiegend unter dem erklärten Ziel, die Kostenträger zu entlasten, hat sich die Begründung in den letzten Jahrzehnten verschoben.

Heute argumentieren Befürworter von Zuzahlungen in erster Linie mit deren Potenzial,

das Verhalten der Verbraucher am Gesundheitsmarkt sinnvoll zu steuern. Wer für einen Teil der Behandlungskosten selber aufkommen muss, werde sich genauer überlegen, ob er einen Arzt aufsucht bzw. andere Versorgungsleistungen in Anspruch nimmt. Eigenbeteiligungen wie die vor drei Jahren in Deutschland eingeführte Praxisgebühr und weltweit anzutreffende Arzneimittelzuzahlungen sollen ungerechtfertigter Inanspruchnahme entgegenwirken und die Effizienz des Gesundheitswesens erhöhen.

Dahinter steht der Glaube, dass Versicherte und Patienten in erster Linie danach trachten, ihren materiellen Vorteil zu maximieren. Das Bild vom Homo oeconomicus bestimmt mittlerweile auch die Sozialpolitik. Nach dieser in den akademischen Wirtschaftswissenschaften vorherrschenden Auffassung ist das Gesundheitswesen zuallererst ein Markt, auf dem es keineswegs primär um Gesundheit, Krankheit oder Menschen geht, sondern um die Interaktion von Marktteilnehmern. Seit der amerikanische Ökonom Mark Pauly vor 40 Jahren angebliche Wohlfahrtsverluste durch umfangreiche soziale Sicherung ins Feld führte, ordnen viele seiner Kollegen jegliche Mehrnutzung medizinischer Versorgungsangebote vornehmlich dem Moral-Hazard-Phänomen zu. Danach wollen Menschen alles in Anspruch nehmen, was es umsonst oder erheblich günstiger gibt, als wenn jeder selbst dafür aufkommen müsste. Wer Versicherungsschutz genießt, nehme nicht nur jede erdenkliche Gesundheitsleistung in Anspruch, sondern kümmere sich auch ungenügend um Vorbeugung.

Einflussreiche Ökonomen befürchten sogar einen gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsverlust durch die vermeintlich hemmungslose Inanspruchnahme von versicherten Leistungen. Dieser Gedanke ist in den europäischen Ländern mit umfassender sozialer Absicherung gegen finanzielle Krankheitsrisiken weniger präsent, aber international bestimmt diese Sichtweise zum Beispiel die Debatte über eine universelle Krankenversicherung, etwa in den USA. Weitaus fataler sind die Auswirkungen dieses Diskurses in vielen Entwicklungsländern, wo die Weltbank und andere internationale Geberorganisationen lange für pures Wirtschaftswachstum und gegen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme votierten.

---

Summary

## Effects of patient cost-sharing

Research on the effects of patient cost-sharing published during the last four decades shows no persuasive evidence for demand-side moral hazard. Health sciences, healthservice research, and clinical studies rather suggest that health insurance beneficiaries do not systematically abuse the health care system. In fact, introducing patient cost-sharing seems to rather undermine adequate health care deliver as it prevents patients from utilizing necessary services and from timely demanding for medical care.

---



Jens Holst, geboren 1958 in Berlin, studierte unter anderem Humanmedizin an der FU Berlin. Nach mehrjähriger klinischer Tätigkeit mit Ausbildung zum Internisten und medizinischer Promotion in Berlin schloss er ein Postgraduiertenstudium in Public Health in Bielefeld mit dem MPH und einer gesundheitswissenschaftlichen Dissertation ab. Er arbeitet als Gesundheitsexperte in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und als Dozent an der FH Magdeburg-Stendal, als Publizist, Politikberater, Arzt in der Drogenhilfe und als Kooperationspartner der Forschungsgruppe Public Health am WZB. [Foto: Chr. Ditsch/version]

jensholst@web.de

dr.jensholst@web.de

Zwar lenkte der Weltbank-Bericht „Investing in health“ Anfang der 1990er Jahre das Augenmerk stärker auf Gesundheitssysteme in den Ländern des Südens, forderte aber gleichzeitig von den Entwicklungsländern eine stärkere Verlagerung der Gesundheitsversorgung auf „user fees“. Bis heute treten mächtige Organisationen in den ärmsten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas teilweise für Nutzergebühren ein, weil Gesundheitsleistungen anderweitig nicht zu finanzieren seien und kostenfreie Dinge für die Menschen keinen Wert hätten.

Wesentliche Nahrung erhielt die Moral-Hazard-Idee aus dem Krankenversicherungsexperiment der privaten Beratungsfirma RAND aus Kalifornien. Der Vergleich ergab zwischen verschiedenen Versicherungsverträgen vordergründig einen schlichten Zusammenhang: Je höher die finanzielle Belastung der Patienten, desto geringer die Inanspruchnahme medizinischer Leistungen – und das ohne Einbußen beim Gesundheitszustand. Die Lösung des vor allem in den Industrieländern und in besonderem Maße in den USA zu beobachtenden Problems stetig anwachsender Gesundheitsausgaben schien somit auf der Hand zu liegen. Seither gelten Zuzahlungen als Mittel zur nachfrageseitigen Kostendämpfung, im Zuge des wirtschaftsliberalen Umbruchs zunehmend unterlegt mit ideologischen Begriffen wie „Vollkaskotalität“ auf der einen und „Stärkung der Eigenverantwortlichkeit“ auf der anderen Seite.

Dabei konnte das fünfjährige RAND-Experiment langfristige gesundheitliche Folgen überhaupt nicht erfassen, und eingehende Analysen kamen zu ganz anderen Schlussfolgerungen: Zuzahlungen verschlechterten schon nach kurzer Zeit die Blutdruckeinstellung, die Versorgung mit Brillen und den Zahnstatus der Betroffenen. Seither haben hunderte Untersuchungen gezeigt, dass unerwünschte Wirkungen die angestrebten Steuerungseffekte vielfach auf- und sogar überwiegen. Selbstbeteiligungen gefährden die medizinische Versorgung vor allem von chronisch Kranken, belasten in besonderem Maße untere soziale Schichten und verursachen vielfach erhebliche Folgekosten.

Bei genauerer Betrachtung weckt bereits die Analyse der theoretischen Grundlagen Zweifel an der postulierten Steuerungswirkung von Zuzahlungen im Krankheitsfall, die auf den üblichen Annahmen aus Lehrbüchern der Nachfragetheorie beruht. Um rationale Konsumententscheidungen treffen zu können, müssten Verbraucher über ausreichende Information verfügen, vorwiegend vernunftgesteuert handeln und sich stets der Konsequenzen ihrer Entscheidung bewusst sein. Weiterhin

müssten die Handlungsweisen der Individuen vollständig ihren Vorlieben entsprechen, jeder am besten selbst über seine eigene Wohlfahrt entscheiden können und gesellschaftliche Wohlfahrt die bloße Summe individueller Nutzenmaximierung sein, die wiederum ausschließlich am Konsum von Gütern und Leistungen hängt.

Sind diese Annahmen schon auf „normalen“ Märkten zweifelhaft, stehen sie in klarem Widerspruch zu den Bedingungen im Gesundheitswesen, das sich durch Informationsasymmetrie und weitgehende Unkenntnis auf Seiten der Versicherten und Patienten auszeichnet. Erst 2007 belegte eine Untersuchung aus der Schweiz die allgemeine Unwissenheit selbst über häufige Krankheiten; nur ein kleiner Teil der Befragten kannte Risikofaktoren und Symptome eines Herzinfarktes, eines Schlaganfalls, von chronischem Asthma oder HIV/AIDS. Von Nichtmedizinern kann man schwerlich qualifizierte Entscheidungen darüber erwarten, ob sich die Ausgaben für Arztbesuche oder Medikamente „rentieren“. Die Folgen einer „Konsumentenscheidung“ im Gesundheitswesen können allenfalls Experten mit entsprechendem Fachwissen abschätzen.

Die Befürworter von Zuzahlungen im Krankheitsfall unterstellen, dass die Steuerung in die erwünschte bzw. richtige Richtung zielt und zur Vermeidung von Verschwendung beiträgt. Diese Annahme erweist sich allerdings nicht allein wegen der unzureichenden medizinischen Kompetenz der Bevölkerung als realitätsfremd. Sie beruht zudem auf der Annahme, eine klare Unterscheidung zwischen „sinnvoller“ und „überflüssiger“ Inanspruchnahme wäre möglich. Nimmt man als Maßstab für die Sinnhaftigkeit die medizinische Indikation von Leistungen, so verringern Selbstbeteiligungen medizinischen Unsinn und indizierte Maßnahmen gleichermaßen. Nirgends auf der Welt ist es bisher gelungen, Zuzahlungsformen zu entwickeln, mit denen sich zuverlässig zwischen indizierter und „leichtfertiger“ Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen trennen ließe – das zeigen die ausgewerteten Studien.

Viel dramatischer ist eine andere Erkenntnis: Der Versuch der Kostendämpfung durch Patientenzuzahlungen erweist sich häufig als Bumerang. Viele Studien und Experimente haben mittlerweile aufgezeigt, dass Selbstbeteiligungen allzu oft die Kosten in die Höhe treiben. Viele betroffene Patienten reagieren auf anfallende Selbstbeteiligungen subjektiv sehr rational, indem sie Arztbesuche vermeiden oder verschieben, Medikamentenpackungen strecken oder Therapien ganz abbrechen. Dies führt allenfalls kurzfristig zu

Einsparungen, mittel- und langfristig aber zu erheblichen Kosten durch vermeidbare Komplikationen.

Die Zahl empirischer Belege für solche unerwünschten Wirkungen von Zuzahlungen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Neu sind derartige Erkenntnisse allerdings keineswegs. So kam die Begrenzung der Kostenübernahme für Psychopharmaka bei Schizophrenie-Kranken die US-Sozialkasse Medicaid Anfang der 1990er Jahre teuer zu stehen: Zusätzliche Arztbesuche und stationäre Aufnahmen verursachten Pro-Kopf-Ausgaben, die 17-mal so hoch waren wie die erzielten Einsparungen. In die gleiche Richtung weisen die Befunde einer groß angelegten Studie aus der kanadischen Provinz Québec, die den Auswirkungen von Medikamentenzuzahlungen Mitte der 1990er Jahre nachging. „Geringfügige“ Rezeptgebühren führten zu einem Rückgang der Einnahme essenzieller Arzneimittel bei älteren Menschen um 9,1 und bei Sozialhilfeempfängern sogar um 14,4 Prozent.

Die verminderte Tabletteneinnahme verursachte allerdings bei beiden Gruppen eine Verdopplung der behandlungswürdigen Zwischenfälle und Notfalleinweisungen. Auch wenn in diesem Fall keine explizite Ausgabenberechnung möglich war – die vergleichsweise kostspieligen Arzt- und Krankenhausbehandlungen dürften die Einsparungen bei den relativ preiswerten Arzneimitteln unschwer kompensiert haben.

Die vorübergehende Abschaffung einer geringfügigen Rezeptgebühr in Italien am 1. Januar 2001 verbesserte die Therapietreue von Bluthochdruckpatienten und verringerte die Zahl der Krankenhauseinweisungen, aber nach der Wiedereinführung der Arzneimittelzuzahlungen am 1. März 2002 stieg die Zahl der stationären Behandlungen dieser Patientengruppe wieder an. Eine 2006 veröffentlichte Meta-Analyse wies nach, dass Patienten mit Herzschwäche, Fettstoffwechselstörungen, Zuckerkrankheit und psychiatrischen Krankheiten nach Erhöhung der Medikamentenzuzahlungen zwar weniger Tabletten einnahmen, dafür aber vermehrt teurere medizinische Versorgungsleistungen benötigten.

Berechnungen aus den USA lassen vermuten, dass die zuzahlungsfreie Abgabe von Blutfett senkenden Mitteln an betroffene Patienten das US-System um mehr als eine Milliarde Dollar entlasten würde. Und nach einer Studie aus Kalifornien von 2007 verursachen höhere Arzneimittelzuzahlungen nicht nur mehr Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte, sondern auch einen höheren Krankenstand bei rheumakranken Arbeitnehmern. Selbst-

beteiligungen können also auch unerwünschte externe Wirkungen auf Arbeitsmarkt und Volkswirtschaft entfalten.

Der aktuelle Forschungsstand stellt gängige theoretische Annahmen in Frage, auf denen heute viele gesundheitspolitische Entscheidungen beruhen. Seine wesentliche Begründung zieht das Moral-Hazard-Theorem aus der Beobachtung des Einflusses aktuell und individuell anfallender Kosten auf die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen. Dass eine höhere Nutzung bei niedriger finanzieller Belastung tatsächlich auf Moral Hazard beruht und nicht Ausdruck eines realen Bedarfs bzw. einer vorherigen Unterversorgung ist, konnte allerdings bisher niemand überzeugend nachweisen.

Die Analyse vor allem der ökonomischen Literatur hat gezeigt, dass es sich vielmehr um eine „self-fulfilling prophecy“ handelt: Nur wer Moral Hazard im Gesundheitswesen unterstellt, kann auch Belege dafür erkennen. Aktuelle Befunde aus der klinischen Epidemiologie und der Versorgungsforschung zeigen jedoch, dass der Mensch nicht vorwiegend als Homo oeconomicus agiert und medizinische Leistungen nur deswegen in Anspruch nimmt, weil sie umsonst sind.

Trotz ihrer erdrückenden Materialfülle wird die hier vorgestellte Literaturrecherche eingefleischte Denkgewohnheiten wohl schwerlich außer Kraft setzen können. Zu tief ist es in den Köpfen der meisten Entscheidungsträger verankert, bei Reformen des Gesundheitswesens zuallererst vom möglichen Missbrauch durch Versicherte bzw. Patienten auszugehen und damit alternative, sinnvollere Regulierungen außer Acht zu lassen. Aber diese Studie kann zur längst überfälligen Umkehrung der Beweislast beitragen: In Zeiten von „evidence-based health policy“ sollte es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, von Befürwortern der Zuzahlungsidee belastbare Belege für die angeblich positiven Steuerungswirkungen dieses Instruments zu verlangen. Und die stehen bisher aus.

#### Literatur

Jan Böcken, Bernard Braun, Robert Amhof, *Gesundheitsmonitor 2007*, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2007, 226 S.

Jens Holst, *Kostenbeteiligungen für Patienten – Reformansatz ohne Evidenz! Theoretische Betrachtungen und empirische Befunde aus Industrieländern*, 118 S. (WZB-Bestellnummer SP I 2007-304)

Thomas Rice, *Stichwort: Gesundheitsökonomie. Eine kritische Auseinandersetzung*, Bonn: KomPart Verlagsgesellschaft 2004, 356 S.



# Überholen ohne einzuholen?

Für Innovationen braucht China mehr gesellschaftlichen Wandel

Von Weert Canzler

China könnte als erstes Land den Einstieg in eine radikal neue Automobiltechnik schaffen. Das technische Know-how des Landes ist – im Gegensatz zu den westlichen Ländern – weniger auf den klassischen Verbrennungsmotor ausgerichtet. Das würde den Umstieg auf Hybrid- oder Wasserstoffantriebe erleichtern. Auch aus ökonomischer und ökologischer Perspektive spricht vieles dafür: Die Umwelt würde geschont und das Land wäre unabhängig vom Öl. Doch die schleppende gesellschaftliche Modernisierung droht einen radikalen Neuanfang zu verhindern.

Die Zeit des billigen Öls ist vorbei – auch für China, das gerade eine rasante Motorisierung erlebt. In den Forschungslabors der Autoindustrie hat längst die Suche nach alternativen Antrieben begonnen. Welche Technik dem Verbrennungsmotor folgen wird, ist noch offen. Könnte China Vorreiter einer postfossilen Mobilität sein? Dafür müsste die Volksrepublik jedoch zu umfassenden und radikalen Innovationen bereit und in der Lage sein.

Die Voraussetzungen hierfür scheinen auf den ersten Blick gut: Die Wachstumsdynamik, von der China angetrieben wird, ist enorm. Allerorten herrscht Aufbruchstimmung. Es wächst aber auch der Problemdruck: Immer mehr Chinesen fahren Auto, der Ölbedarf steigt. Außerdem ist China viel weniger als die früh industrialisierten Länder der OECD in technologischen und ökonomischen Pfadabhängigkeiten gefangen. Doch zeigt ein genauer Blick auf Chinas Wachstumswunder eine Fülle von Ambivalenzen und Ungleichgewichten. Die vermuteten günstigen Bedingungen für den Sprung ins postfossile Zeitalter erweisen sich als höchst unsicher. Die Gefahr der ökonomischen Überhitzung ist groß, die auseinander treibenden wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Kräfte können zu gravierenden gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen führen. Der Tibetkonflikt ist nur einer von vielen. Vor allem belastet die sich weiter öffnende Schere zwischen dem Reichtum weniger und der Armut vieler den Zusammenhalt der chinesischen Gesellschaft – trotz der gegenwärtigen Versuche der chinesischen Führung, für umfassende Stabilität und Ausgleich zu sorgen.

Selbst wenn es gelingt, die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte auszutarie-

ren, ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen, und eine wachsende Mittelschicht eine stetige Binnennachfrage schafft, bleibt offen, wie sich Konsum und Nachfrage auf Dauer entwickeln. Die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern ist – zumindest bisher – innovationsunfreundlich. Gekauft wird Bewährtes aus dem Westen. Die etablierten westlichen Produkte haben Leitbildfunktion. Diese Leitbilder wirken mit einer Vehemenz fort, dass ein eigener Weg, gar ein postfossiler Pfad, nicht zu erkennen ist.

China erlebt seit Ende der 1970er Jahre einen wirtschaftlichen Aufstieg im Zeitraffer. Das gilt zumindest für die Regionen an der Pazifikküste. Dank hoher Wachstumsraten ist die chinesische Volkswirtschaft in die Spitzengruppe der wirtschaftlichen Weltmächte aufgestiegen. Ende 2007 stand sie mit fast drei Billionen US-Dollar jährlicher Wirtschaftsleistung vor Deutschland auf Platz drei der Liste der weltgrößten Volkswirtschaften. Ein Ende des starken Wachstums ist nicht in Sicht. Die Industrie war und ist der Motor, sie wird es auf absehbare Zeit auch bleiben.

Die wirtschaftliche Dynamik, der Aufbruch aus der Agrarproduktion in die industrielle Massenfertigung, bestimmen das Bild des modernen China. Modernisierung im westlichen Sinne umfasst aber mehr als den Prozess der Industrialisierung. Sie geht mit gesellschaftlicher Differenzierung einher, in der (Auto-)Mobilität eine wichtige Rolle spielt. Kein anderes technisches Gerät unterstützt die Individualisierung so nachdrücklich und passgenau wie das massenhaft genutzte Auto. Außerdem zieht kaum ein anderes technisches Gerät so viele Sehnsüchte, Träume und (Allmachts-)Phantasien auf sich.

Forschungsstrategisch und industriepolitisch wäre der Aufbau einer postfossilen Mobilitätsindustrie in China also durchaus plausibel. So existiert kein dichtes konventionelles Tankstellen- und Werkstättenetz. Der Aufbau einer neuen postfossilen Infrastruktur ließe sich organisch in den Aus- und Umbau der Mega-City-Regionen integrieren. Zum anderen sind die ökonomischen und ökologischen Zwänge in China stärker als in den USA, Japan und Westeuropa. Die Umweltbelastungen sind vor allem in den Ballungszentren immens. Sieben der zehn weltweit am meisten verschmutzten Städte befinden sich

---

Summary

## Technology and societal change

China might be the first nation to introduce a radically new automobile technology. Shifting from combustion technology to hybrid or hydrogen fuels should be easier for the People's Republic than for Western countries, who would have to obliterate a long tradition of technical know-how. The economic and the environmental perspective also suggest a drastic change in China. Post-fossil technology would offer greater energy independence and prevent more damage being caused by current technologies. The slow societal change in China, however, seems to be obstructing a new radical shift.

---



---

## Foto links

Autoproduktion bei der Beijing Jeep Corporation in Peking, 2002  
[Foto: SV-Bilderdienst/AP]

---



Weert Canzler, Diplom-Politologe, geboren 1960 in Hage/Ostfriesland, studierte Politikwissenschaft in Berlin und wurde 1996 an der TU Berlin promoviert. Seit 1993 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB. 1997 initiierte er zusammen mit Andreas Knie die „Projektgruppe Mobilität“, seit 2008 ist er Mitglied der WZB-Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“. [Foto: David Ausserhofer]

canzler@wzb.eu

in China. Eine ungebremste fossile Automobilisierung mit den damit verbundenen Emissionen würde in diesen Städten schnell zu einem ökologischen Dauernotstand führen. Außerdem ist die Abhängigkeit des Landes vom Öl schon heute beachtlich.

Zudem fürchten die Chinesen neue Technologien nicht, im Gegenteil: China hat mehrfach seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, diese in atemberaubendem Tempo zu implementieren. Erinnert sei hier nur an den Transrapid und das Mobilfunknetz. Schon heute telefonieren mehr Chinesen per Handy statt über das Festnetz.

Das Innovationspotenzial des Landes zeigt aber auch Schwächen. Das gilt für das Humankapital sowie für Umfang und Struktur von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Will China wirklich zu einem Vorreiter in Sachen Technologie aufsteigen, muss es sein Bildungssystem grundlegend reformieren und wesentlich mehr in Humankapital und insbesondere in die Forschung investieren. Unabdingbar für die zukünftige Entwicklung eines funktionierenden Innovationssystems und für das Innovationsverhalten wirtschaftlicher Akteure in China wird es außerdem sein, dass es bei der Durchsetzung der geistigen Eigentumsrechte zu grundlegenden Verbesserungen kommt.

Das stärkste Argument für einen erfolgreichen Einstieg in eine postfossile Automobilzukunft sind jedoch die politischen Strukturen der Entscheidungsfindung. Autoritäre Entscheidungsstrukturen erlauben die rasche Umsetzung politischer Entscheidungen, weil sie hierarchisch, das heißt ohne Rücksicht auf die Interessen einzelner Bürger und mit atemberaubender Geschwindigkeit erfolgen. Gleichzeitig ist die Zeit der Abschottung vorbei. Es gibt längst eine international vernetzte technische und wirtschaftliche Elite. Viele chinesische Wissenschaftler und Manager haben gute Kontakte in die Scientific Communities der sogenannten Triade, zu der Nordamerika, die Europäische Union und Japan gehören. Hinzu kommt, dass viele Auslandschinesen ins Mutterland zurückkehren, die in der Triade ausgebildet wurden, dort zeitweilig geforscht und in internationalen Unternehmen gearbeitet haben. Sie bringen Erfahrungen mit modernen Managementmethoden nach China.

Allerdings lassen historische und soziologische Argumente aus modernisierungs-

theoretischer Perspektive an den Voraussetzungen für eine überholende Motorisierung zweifeln. Danach bildet nicht äußerer Druck, sondern eigener Ehrgeiz den Antrieb für hohe Arbeitsleistungen und kreatives Handeln. Offenheit gegenüber fremden Kulturen, Toleranz gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten und Außenseitern sowie eine sprachliche und mentale Kooperationskompetenz gehören zu den Charakteristika kreativer und damit innovativer Milieus. Tendenziell verschwimmen in diesen Milieus sogar die Grenzen zwischen Beruflichem und Privatem.

Aus dieser Perspektive betrachtet, erscheint das konfuzianische Erbe Chinas ambivalent. Zwar spielen Bildung und diesseitiger Erfolg des individuellen Strebens im konfuzianischen Denken eine wesentliche Rolle, ganz ähnlich wie in der protestantischen Ethik. Sie begünstigen hohe Leistungsmotivation und großen Arbeitseinsatz. Allerdings ist das Lernen stark auf die Reproduktion vorhandenen Wissens – im technischen und wissenschaftlichen Lernen auf das Reproduzieren bestehender Lösungen – ausgerichtet. Das reproduktive Lernverständnis ist wichtiger als die kreative Suche nach neuen Lösungen. Eine große Leistungsbereitschaft, die Hochschätzung von Wohlstand, die Bereitschaft, um des langfristigen Vorankommens willen kurzfristig erheblichen Verzicht zu üben, sowie ein hohes Maß an Ehrerbietung gegenüber politischen und sonstigen Autoritäten sind in hohem Maße wirtschaftsfördernd. Sie kommen einem Modernisierungspfad entgegen, bei dem ein autoritärer „Entwicklungsstaat“ als Modernisierungsinstanz auftritt. Das konfuzianische Denken ist jedoch eher mit Ausgleich und Vervollkommnung verbunden als mit Entwicklungsbrüchen, die nun einmal die andere Seite radikaler Innovationen darstellen.

Das Dilemma scheint offenkundig: Zwar verfügt die chinesische Partei- und Staatsführung über die Macht, um beispielsweise große Technikprojekte auch gegen Widerstände durchzusetzen. Allerdings bedürfen radikale Innovationen – wenn sie mehr sind als eine neue technische Infrastruktur – Zeit und Raum, um erprobt zu werden. Ohne experimentelle Phase werden sie sich nicht durchsetzen können. Das heißt auch: Potenzielle Promotoren von Innovationen – Selbstständige, Wissenschaftler oder auch Künstler – brauchen politische Freiheiten, Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit sowie die Förderung und den Schutz von Individualrechten gegenüber dem Staat. Das ist in Zeiten des Internet, wo der globale Informations- und Meinungs austausch allen Zensur-



verboten zum Trotz längst gelebt wird, keine wohlfeile normative Formel mehr.

Innovationen brauchen die Kreativität offener Gesellschaften. So lautet zumindest die Annahme der westlichen Modernisierungstheorie. Zu den Bedingungen, die ökonomische Kreativität fördern, gehören nach dieser Lesart ein hohes Maß an sozialer Individualisierung und gesellschaftlicher Durchlässigkeit sowie eine Vielfalt von Lebensformen und (sub)kulturellen Milieus. Gesellschaftliche Differenzierung in diesem Sinne ist die *conditio sine qua non* für innovatives Handeln in Unternehmen wie in Wissenschaft und Kultur. Diese Voraussetzungen sind in China derzeit nicht gegeben.

Von dieser Warte aus betrachtet, überwiegen die skeptischen Argumente gegenüber den Chancen einer überholenden Motorisierung und des Einstiegs in eine postfossile Mobilität. Sie lassen sich nicht von oben verordnen. Ohne eine gesellschaftliche Modernisierung bleibt eine technische und wirtschaftliche Modernisierung im Konventionellen stecken.

#### Literatur

Weert Canzler, Meinolf Dierkes, Andreas Knie, Lutz Marz, Marc Weider, *Verpasste Chancen der Modernisierung? China zwischen nachholender und alternativer Motorisierung*, Berlin: edition sigma 2008, 135 S.



BMW in China: Die Pekinger Automesse im April 2008 zog 600.000 Besucher an.

[Foto: Getty Images/Frederic J. Brown]

# Quotenfrauen

Kandidatinnen, Listen- und Direktmandate im deutschen Wahlsystem

Von Sara Claro da Fonseca und Ana Espírito-Santo

Trotz Quoten auf den meisten Parteilisten sind Frauen im Bundestag unterrepräsentiert. Dies hängt sowohl mit der personalisierten Komponente im deutschen Verhältniswahlssystem als auch mit wahlstrategischen Überlegungen der Parteien zusammen. In den Wahlkreisen ist der Anteil von Kandidatinnen niedriger als auf den Landeslisten der Parteien und ihre Wahlchancen sind geringer als die von Männern. Frauen werden insbesondere von der SPD aufgestellt und gerade in hart umkämpften Wahlkreisen auch gewählt.

Bei der Bundestagswahl 2005 stellten Frauen knapp 52 Prozent der Wähler, aber nur 31,9 Prozent der gewählten Abgeordneten. Damit steht Deutschland verglichen mit dem weltweiten Durchschnittswert von 17,4 Prozent Frauen nicht schlecht da. Schließlich weist es günstige Bedingungen für die politische Repräsentation von Frauen auf: eine hoch entwickelte Wirtschaft, eine in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit liberal orientierte Gesellschaft und ein Verhältniswahlssystem, das der parlamentarischen Vielfalt förderlich ist. Das ist bei Ländern wie Schweden und Finnland nicht anders. In deren Parlamenten aber wurde die 40-Prozent-Marke schon lange überschritten. Welche Faktoren tragen dazu

bei, dass Frauen im Deutschen Bundestag vergleichsweise schwächer vertreten sind?

In der Forschung ist die Schlüsselrolle von politischen Parteien unbestritten. Sie entscheiden über die Aufstellung von Frauen als Kandidatinnen und damit über ihre Wahlchancen. Dabei könnte die politische Unterrepräsentation von Frauen als Produkt ihrer geringen Mitgliederzahlen in den Parteien erscheinen. Wie Abbildung 1 deutlich macht, reicht der weibliche Mitgliederanteil in den deutschen Parteien von gut 18 Prozent bei der CSU bis zu fast 45 Prozent bei der PDS/Die Linke. Vor allem bei den linken Parteien fällt auf, dass Frauen in ihren parlamentarischen Reihen stärker vertreten sind als unter den Parteimitgliedern selbst. Dies deutet auf eine verstärkte Rekrutierung von Frauen für das Parlament hin.

Anreiz könnte das Wahlverhalten von Frauen sein, denn 2005 zeigten diese stärker linksorientierte Präferenzen: 35,5 Prozent der Frauen im Vergleich zu 32,8 Prozent der Männer wählten die SPD, während 8,8 Prozent der Frauen im Vergleich zu 7,4 Prozent der Männer die Grünen wählten. Diese Parteien haben sicherlich ein Interesse daran, diesen Vorteil weiter auszubauen, zum Beispiel durch die verstärkte Aufstellung von Kandidatinnen. Aber auch die von den Wählerinnen lange favorisierte CDU/CSU müsste daran interessiert sein, diesen Nachteil gegenüber SPD und Grünen abzubauen.

Politische Parteien sind rationale, um Wählerstimmen konkurrierende Akteure, die spezifische Repräsentationsangebote an unterschiedliche Wählergruppen richten. Es ist daher anzunehmen, dass mehr Frauen ins Parlament gelangen, wenn Parteien ein wahlstrategisches Interesse an den Stimmen von Frauen sehen. An potenziellen Kandidatinnen mangelt es nicht: Bei allen Parteien wären bei der letzten Wahl rein weibliche Listen- und Wahlkreisauflistungen möglich gewesen, selbst wenn nur fünf Prozent ihrer weiblichen Mitglieder für eine Kandidatur bereitgestanden hätten. Wie Abbildung 1 deutlich macht, nominierten gerade die großen Parteien 2005 mehr Kandidatinnen, als ihr weiblicher Mitgliederanteil zunächst vermuten lässt. Dass bei der CDU/CSU vergleichsweise mehr Frauen aufgestellt als ins Parlament gewählt wurden, deutet auf die unterschiedlichen Wahlchancen von Männern und Frauen bei den Unionsparteien hin. Die

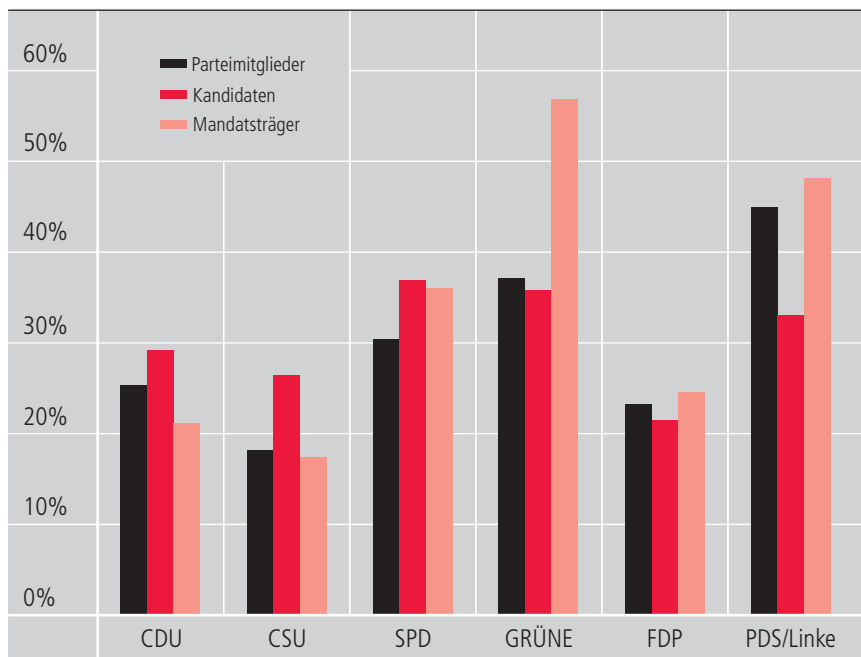


Abbildung 1  
Anteil von Frauen an den Mitgliedern, Kandidaten und Mandatsträgern der politischen Parteien, Bundestagswahl 2005

Quelle: Bundeswahlleiter (eigene Berechnungen); Oskar Niedermayer, „Parteimitgliedschaften im Jahre 2005“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 37, No. 2, 2006

weiblichen Anteile bei den Grünen und der PDS/Die Linke belegen eine Chancenungleichheit mit umgekehrten Vorzeichen, also zum Vorteil von Frauen.

Die Chancenungleichheit zeigt sich auch im Vergleich der Repräsentation von Frauen auf Listen und in Wahlkreisen. Abbildung 2 stellt den Frauenanteil an den Kandidaten und Mandatsträgern der Parteien dar, nach Aufstellungs- und Wahlmodus. Zwar ist die Repräsentation von Frauen seit der Bundestagswahl 1990 sowohl auf den Listen als auch in den Wahlkreisen kontinuierlich gestiegen. Doch mit deutlichen Unterschieden: Frauen wurden viel häufiger auf den Landeslisten der Parteien als in den Wahlkreisen aufgestellt. In den Bundestag wurden sie ebenfalls viel häufiger über die Listen als direkt gewählt. Im Geschlechtervergleich waren die Unterschiede zum Vorteil wie zum Nachteil von Frauen. Seit 1994 ist der Anteil der über die Landesliste gewählten Frauen höher, als der Anteil der auf den Listen nominierten Frauen eigentlich vermuten lässt. In den Wahlkreisen jedoch verhielt es sich genau umgekehrt: Hier waren 1990 und 1994 die Wahlchancen von Frauen nur halb so hoch wie die von Männern.

Diese Unterschiede sind das Resultat der oft unterschiedlichen Interessen von Parteiführung und Kreisverbänden. Für die verstärkte Aufstellung von Kandidatinnen werden vor allem die Listen genutzt, da bei deren Zusammensetzung sowohl die wahlstrategischen Interessen der Parteiführung als auch die spezifischen Interessen unterschiedlicher Parteigruppen – unter anderem von Frauen – zum Tragen kommen. Mit der Einführung von Listenquoten haben sich einige Parteien zur besonderen Förderung von Kandidatinnen selbstverpflichtet, als erste die Grünen 1986. Denen bescherte dieser Schritt das Image einer „Frauenpartei“ und damit ein langfristiges Mobilisierungspotenzial bei den Wählerinnen – auf Kosten der anderen Parteien. So folgte die SPD schon 1988 mit einer Quotierung, nach der Wiedervereinigung die PDS, die CDU erst 1996. CSU und FDP führten Quoten nie ein. Heute reichen die Quoten von 33 Prozent Frauen bei der CDU bis zu 50 Prozent bei der PDS/Die Linke und den Grünen, bei der SPD beträgt die Quote 40 Prozent. Die freiwillige Einführung von Listenquoten durch die Parteien ließ den Frauenanteil im Bundestag rasch ansteigen: Während er sich von 1953 bis 1983 zwischen 5 und 10 Prozent bewegt hatte, stieg er 1987 plötzlich auf 15,4 und 1990 auf 20,5 Prozent an. Seitdem wächst die weibliche Präsenz in allen Fraktionen kontinuierlich, wenn auch bei den linken Parteien auf einem konstant höheren Niveau und bei allen Parteien seit 1998 langsamer.

Die Wahlkreise bleiben von den Quoten unberührt. Auf dieser Ebene ist eine solche Regelung schwer zu implementieren, da von jeder Partei jeweils nur ein Kandidat – entweder Mann oder Frau – aufgestellt werden kann. Hinzu kommt, dass Direktkandidaten von den Kreisverbänden nominiert werden, überregionale Parteiführungen also wenige Möglichkeiten haben, bestimmte Wahlkreise für Frauen zu „reservieren“. Das Geschlecht des Kandidaten gerät oft zugunsten von Kriterien wie lokale Machtstellung, für den Wahlkreis geleistete Dienste und nicht zuletzt individuelle Erfolgsaussichten in den Hintergrund. Denn in den Wahlkreisen tritt Kandidat gegen Kandidat an und führt den Wählern vor, wer am besten für die lokalen Interessen im Parlament eintreten kann. Möglicherweise befürchten die Kreisverbände, dass Frauen in der direkten Konfrontation mit männlichen Kontrahenten als weniger durchsetzungsfähig empfunden und bei der Stimmabgabe diskriminiert werden. Eine solche Wählerskepsis gegenüber Kandidatinnen ist zwar nicht erwiesen, bei der Aufstellung von Frauen in den Wahlkreisen aber muss sie als Wettbewerbsrisiko einkalkuliert werden. Verlieren CDU/CSU oder SPD nämlich Erststimmen an die jeweils andere Partei, können sie dies kaum durch die Zweitstimmen kompensieren, da nur eine sehr geringe Zahl von Wählern ihre Stimmen zwischen den beiden großen Parteien aufteilt. Wen ihre Kreisverbände als Direktkandidaten aufstellen, ist also für den allgemeinen Wahlerfolg von CDU/CSU und SPD entscheidend.

Für die Aufstellung und Wahl von Direktkandidatinnen gibt es eine Reihe von Erklärungsfaktoren. Den stärksten Effekt hat die Partei-



Sara Claro da Fonseca, geboren 1976 in Porto, studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Heidelberg und Barcelona. Seit 2004 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der WZB-Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil, Herausforderungen“, seit 2006 als Stipendiatin des portugiesischen Wissenschaftsministeriums. Im Rahmen ihrer Promotion untersucht Fonseca die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland. [Foto: Sarah De-meuse]

fonseca@wzb.eu

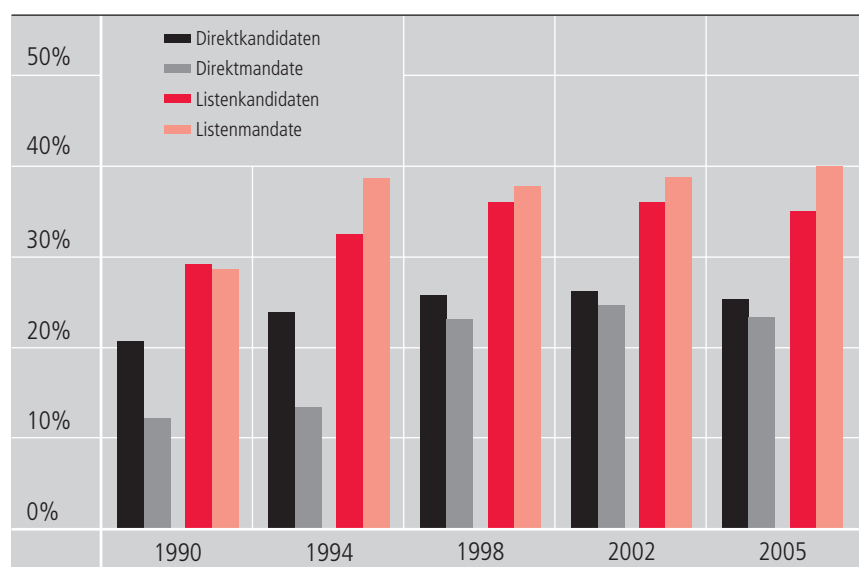


Abbildung 2  
Anteil von Frauen an den Kandidaten und Mandatsträgern der politischen Parteien, nach Aufstellungs- und Wahlmodus, Bundestagswahlen 1990–2005  
Quelle: Bundeswahlleiter (eigene Berechnungen)



Ana Espírito-Santo, geboren 1978 in Lissabon, studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Lissabon und Rom. Von 2005 bis 2006 war sie Stipendiatin der Alfred-Töpfer-Stiftung am WZB, seit 2007 ist sie Doktorandin am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz und Stipendiatin des portugiesischen Wissenschaftsministeriums. Im Rahmen ihrer Promotion untersucht Espírito-Santo die politische Repräsentation und Partizipation von Frauen in Europa. [Foto: Sarah Demeuse]

ana.espirito.santo@eui.eu

ideologie: In allen Bundestagswahlen seit 1990 war die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen in den Wahlkreisen nominiert und direkt in den Bundestag gewählt werden, bei der SPD höher als bei der CDU/CSU. Zu beobachten ist auch, dass beide Parteien eher zur Aufstellung von Direktkandidatinnen neigen, wenn sie an der Regierung sind – dann vor allem in den Wahlkreisen, die von der Opposition dominiert werden. Dies kann als Strategie gedeutet werden, in „schwierigen“ Wahlkreisen, wo der politische Gegner den Startvorsprung hat und Wahlen sich entscheiden können, auf den Mobilisierungseffekt von Frauen zu setzen. Dass sich – wie auch in Abbildung 2 zu sehen – von 1998 an die Direktwahlchancen beider Geschlechter tendenziell angleichen, hängt mit den Wahlsiegen der „frauenfreundlicheren“ SPD zusammen.

Für die Direktwahlchancen von Kandidatinnen beider großen Parteien ist auch das Ausmaß der Parteienkonkurrenz im Wahlkreis entscheidend: In „sicheren“ Wahlkreisen, die von der Partei des jeweiligen Kandidaten gehalten werden, haben Frauen gleich gute Gewinnchancen wie Männer. In hart umkämpften Wahlkreisen, wo der Erststimmenunterschied zwischen den beiden großen Parteien gering ausfällt bzw. diese im Wahlkampf auch von den kleineren Parteien herausgefordert werden, ist es anders. Hier und auch in Wahlkreisen, die vom Opponenten gehalten werden, sind die Erfolgsaussichten von SPD-Kandidatinnen besser als die ihrer männlichen Parteikollegen. Dass sie gerade 1998 in solchen Wahlkreisen besonders erfolgreich waren, macht ihren Beitrag zum ersten sozialdemokratischen Wahlsieg nach 18 Jahren kenntlich. Bei der CDU/CSU hingegen sind die Gewinnchancen von Frauen auch in „schwierigen“ Wahlkreisen schlechter als die ihrer männlichen Parteikollegen. Der geschlechtsspezifische Unterschied aber ist gerade in solchen Wahlkreisen am engsten. Weitergehende Analysen ergaben, dass bei der CDU/CSU die Wahlchancen von Frauen dort steigen, wo bei der vorhergehenden Wahl die kleineren Parteien zwar gut mitmischten, aber die SPD gewann. Werden die Sozialdemokraten auch von links herausgefordert, so ist es für die CDU/CSU unter Umständen leichter, eine relative Stimmenmehrheit zu erreichen. Die Aufstellung einer Frau kann hier von strategischer Bedeutung sein und beispielsweise auf die Stimmen von Wechselwählerinnen mit konservativer Tendenz abzielen.

Ob Frauen in den Wahlkreisen aufgestellt werden, hängt zum Teil auch mit ihrer politischen Erfahrung zusammen. So wurden 2005 vor allem Mandatsträgerinnen nominiert,

während 1990 die meisten Kandidatinnen „neu“ waren. Bei der Aufstellung von Frauen in den Wahlkreisen also riskieren die Parteien heute nicht mehr viel. In diesem Sinne zeigte auch die statistische Analyse, dass die vergleichsweise stärkere Bereitschaft der sozialdemokratischen Kreisverbände zur Nominierung von Direktkandidatinnen mit deren wiederholtem Erfolg zusammenhängt. Bei keiner Partei spielt dagegen eine Rolle, in welchem Teil der Republik die Wahlkreise liegen: Frauen kandidieren und gewinnen im Osten gleichermaßen wie im Westen, selbst wenn die PDS/Die Linke in der Analyse berücksichtigt wird. Dass die CDU/CSU Frauen eher in städtischen Wahlkreisen aufstellt, kann sowohl auf einen Mangel an potenziellen Kandidatinnen wie auf die Befürchtung einer stärker konservativen Einstellung gegenüber Frauen in ländlichen Regionen hindeuten.

Bei Wahlen zum Deutschen Bundestag werden Frauen von beiden großen Parteien in schwierige Wahlkreise geschickt, um dort auch zu bestehen. Von einer allgemeinen Wählerskepsis gegenüber Direktkandidatinnen kann demnach keine Rede sein. Dass Frauen seltener Direktmandate erringen als Männer, geht also auf das Konto der Parteien, vor allem ihrer Kreisverbände. Bei zunehmendem Wahlerfolg von Direktkandidatinnen und Freiwerden von Wahlkreisen nach dem Ausscheiden männlicher Langzeitabgeordneter aber steht zu erwarten, dass für CDU/CSU und SPD die Anreize zur Nominierung von Frauen größer werden. Die Bundestagswahl 2009 wird zeigen, ob sich der mit den Listenquoten eingeleitete Trend steigender Frauenrepräsentation im deutschen Parlament auch in den Wahlkreisen durchsetzt.

#### Literatur

Ronald Inglehart, Pippa Norris, *Rising Tide: Gender Equality and Cultural Change around the World*, Cambridge: Cambridge University Press 2003, 240 S.

Tatiana Kostadinova, „Ethnic and Women’s Representation under Mixed Election Systems“, in: *Electoral Studies*, Vol. 26, No. 2, 2007, S. 418–431

Sheri Kunovich, Pamela Paxton, „Pathways to Power: The Role of Political Parties in Women’s National Political Representation“, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 111, No. 2, 2005, S. 505–552

Richard E. Matland, „Enhancing Women’s Political Participation: Legislative Recruitment and Electoral Systems“, in: Julie Ballington, Azza Karam (Eds.), *Women in Parliament: Beyond Numbers*, Stockholm: International IDEA 2005, S. 93–111

---

#### Summary

#### Women in the Bundestag

Despite quotas on most party lists, female under-representation in the Bundestag persists. This is related to the majoritarian component in Germany’s mixed-member electoral system as well as to the parties’ electoral strategies. Less women run in single-member districts than on party lists and they have fewer electoral prospects in first-past-the-post races than men. Female candidates are mostly nominated by the SPD and perform best in the face of high party competition.

---

## WZB-Veranstaltungen

24.–25. Juni 2008

### „Changing Educational Accountability in Europe“

Konferenz

The purpose of this conference is to discuss the challenges of modernizing public education on the basis of the new regimes of performance-based accountability. The papers will explore the intended and unintended consequences of reforms aimed at the introduction of new accountability regimes of education delivery driven by results.

Veranstalter: Professorin Jutta Allmendinger, Paola Mattei, Ph.D.

Informationen: Carolin Wolf, E-Mail: [education@wzb.eu](mailto:education@wzb.eu)

8. Juli 2008, 17 Uhr

### „Versammlungsfreiheit auch für Rechtsradikale – Kapitulation des Rechtsstaates?“

Wolfgang Hoffmann-Riem, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht

Veranstaltung in der WZB-Reihe „Rule of Law Lectures – Der Rechtsstaat unter Bewährungsdruck“

Veranstalter: Professor Wolfgang Merkel, Professor Gunnar Folke Schuppert, beide WZB, Professor Georg Nolte, HU Berlin

Informationen: Carolin Wolf, E-Mail: [law@wzb.eu](mailto:law@wzb.eu)

24.–25. Juli 2008

### „Transformationen der Gesundheit zwischen Politik und Kultur – Praktiken der Prävention im europäischen Vergleich (20. Jahrhundert)“

Konferenz im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsverbundes „Präventives Selbst“

Die Tagung zeichnet einerseits in kulturhistorischer und historisch-anthropologischer Perspektive die großen Züge der westeuropäischen Gesundheitsdiskurse im 20. Jahrhundert nach. Andererseits untersucht sie die binneneuropäischen Variationen der Gesundheitsvorstellungen sowie das Ausmaß und die Folgen der gesundheitspolitischen Europäisierungsprozesse seit den 1950er Jahren.

Veranstalter: Dr. Martin Lengwiler, Universität Zürich/Basel, und Dr. Jeannette Madarász, WZB

Anmeldungen bis 14. Juli 2008 an [praevention@wzb.eu](mailto:praevention@wzb.eu).

Informationen: Dr. Jeannette Madarász, E-Mail: [madarasz@wzb.eu](mailto:madarasz@wzb.eu)

18.–19. September 2008

### „Koloniale Politik und Praktiken Deutschlands und Frankreichs 1880–1962“

Tagung

Die Kolonialgeschichte war kürzlich Gegenstand lebhafter politischer, aber auch wissenschaftlicher Polemik in Frankreich. Parallel dazu hat die sozialwissenschaftliche Forschung neue Felder und Fragestellungen eröffnet. Wenn auch das deutsche Kolonialreich kürzer dauerte als das französische, nehmen auch hier wissenschaftliche Arbeiten klassische Ansätze auf, die sich mit der Frage nach dem Ursprung genozidaler Gewalt und den Herrschaftsformen des Nationalsozialismus verbinden. Die Tagung will diese beiden Historiographien miteinander ins Gespräch bringen.

Veranstalter: Deutsch-französische Gruppe für vergleichende Sozialgeschichte, Humboldt-Universität zu Berlin, Centre de recherches historiques (EHESS-CNRS, Paris) und WZB

Informationen: PD Dr. Dieter Gosewinkel, E-Mail: [gosewinkel@wzb.eu](mailto:gosewinkel@wzb.eu)

Sarah Bianchi, E-Mail: [bianchi@wzb.eu](mailto:bianchi@wzb.eu)

Weitere Informationen: [www.wzb.eu/aktuell/veranstaltungen.de.htm](http://www.wzb.eu/aktuell/veranstaltungen.de.htm)

# Die Kunst des Abschreckens

Fusionspolitik: Untersagungen sind wirkungsvoller als Auflagen

Von Joseph A. Clougherty und Jo Seldeslachts

Abschreckungseffekte in der Fusionspolitik waren bislang schwer empirisch nachweisbar und messbar. Mehrere aktuelle Studien zeigen nun, dass Abschreckungsinstrumente für die Fusionskontrolle grundsätzlich sinnvoll sein können. Die Autoren haben herausgefunden, dass dies jedoch in unterschiedlichem Maß für verschiedene Instrumente gilt: Nur Untersagungen erzielen Abschreckungseffekte. Auflagen scheinen dagegen weitgehend wirkungslos zu bleiben. Wettbewerbsbehörden sollten daher berücksichtigen, dass Untersagungen wettbewerbsfeindliche Fusionen am ehesten abschrecken.

Aus zwei mach eins: Unter einer Fusion versteht man die rechtliche und wirtschaftliche Vereinigung von zwei oder mehr zuvor selbstständigen Unternehmen. Fusionen sind beliebt, denn für die beteiligten Unternehmen können sich daraus unterschiedliche Vorteile ergeben: Wer sich auf diese Weise zum Beispiel neue Absatzmärkte erschließt oder seine Produktpalette ergänzt, hat bessere Chancen, auf dem globalen Markt eine starke Position zu verteidigen oder zu erlangen. Dies kann durchaus Vorteile für die Konsumenten haben. Wenn jedoch ein fusioniertes Unternehmen zu viel Marktmacht hat, kann diese dominierende Position allerdings auch zu Nachteilen für die Verbraucher führen – zum Beispiel durch Preissteigerungen.

Zusammenschlüsse von Unternehmen unterliegen deswegen einer staatlichen Fusionskontrolle, die darauf abzielt, die Konsumenten zu schützen. Dies geschieht, indem sie Unternehmenszusammenschlüsse verhindert, die auf einem der betroffenen Märkte zum Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung führen können. Wollen zwei Unternehmen fusionieren, benötigen sie dafür also die Genehmigung der zuständigen Wettbewerbsbehörde. Deren Kontrolleure operieren dabei im Wesentlichen mit zwei Instrumenten, wenn eine vorbehaltlose Genehmigung nicht möglich ist: Untersagungen und Auflagen. Unter einer Untersagung versteht man die vollständige Verhinderung einer angestrebten Fusion, unter einer Auflage eine Maßnahme, die Unternehmen ergreifen müssen, um die Erlaubnis der Wettbewerbsbehörde für die Fusion zu erhalten. Beispiel: Eine häufige Auflage ist der zwingende Verkauf eines Teils des fusionierten Unternehmens.

In letzter Zeit ist in der Fusionspolitik der Trend auszumachen, dass Wettbewerbsbe-

hörden Auflagen als Ersatz für Untersagungen einsetzen. Der Grund: Auflagen sind das einfachere Mittel in dem Sinne, dass sie bei den betroffenen Firmen einen weniger schmerzhaften Prozess in Gang bringen als eine vollständige Untersagung. Sie gelten gemeinhin als effektiver bzw. als die bessere Lösung. Aber wie geeignet sind diese Instrumente zur Abschreckung?

Angesichts des Mangels an empirischer Literatur gaben in jüngster Zeit mehrere nationale Wettbewerbsbehörden praktische Studien in Auftrag, um die Wirkung von Fusionspolitik besser einschätzen zu können. Eine Studie von Davies und Majumdar aus dem Jahr 2002 für die britische Wettbewerbsbehörde Office of Fair Trading (OFT) versuchte, den Gesamtnutzen von Wettbewerbspolitik für die Verbraucher zu messen. Diese Studie erwähnte als erste Untersuchung, dass Abschreckungseffekte wichtig sein könnten. Zwei weitere, auf Befragungen basierende Auftragsstudien (eine für das OFT und eine für die niederländische Wettbewerbsbehörde) erbrachten zudem mehrere Belege dafür, dass Fusionspolitik einen Abschreckungseffekt hat.

Für eine Studie des internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmens Deloitte & Touch von 2007 für die britische Wettbewerbsbehörde wurden Anwälte für Wettbewerbsrecht befragt. In der Studie konnte nachgewiesen werden, dass von jeder Fusion, die gestoppt oder mit einer Auflage belegt wurde, etwa fünf Fusionen von anderen Unternehmen betroffen waren in dem Sinne, dass sie aufgegeben oder geändert wurden. Geändert heißt: Die Unternehmen fusionieren, aber unter freiwillig und ohne Kontakt zur Wettbewerbsbehörde modifizierten Bedingungen. Dieses Verhältnis von Fünf zu Eins ist dabei sicherlich ein Wert, der als untere Grenze betrachtet werden muss, da die Studie nur solche Fusionen erfasst hat, die nach erfolgter externer Rechtsberatung aufgegeben oder geändert wurden. Die Entscheidung, eine Fusion als Reaktion auf neue Entscheidungen in der Fusionspolitik aufzugeben oder abzuändern, wird von Firmen indes häufig ohne rechtliche Beratung getroffen. Die Ergebnisse aus Großbritannien zeigen, dass Abschreckungseffekte einen beträchtlich größeren Einfluss auf fusionswillige Unter-

---

## Summary

### Merger policy

Deterrence effects are widely recognized as an important element of merger policy, but have traditionally been difficult to empirically establish and quantify. Some recent survey-based studies commissioned by competition-policy authorities support the general existence of deterrence for merger enforcement. However, we find only prohibitions – and not remedies – involve a robust deterrence effect with respect to future merger activity. Competition authorities should consider that prohibitions may be unique in their ability to deter future anti-competitive mergers.

---

nehmen haben dürften als direkte Fusionskontrolle.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine Studie von Twynstra Gudde aus dem Jahr 2005, die im Auftrag der niederländischen Wettbewerbsbehörde durchgeführt wurde. Auch hier wurden Anwälte für Wettbewerbsrecht befragt, mit dem Ergebnis, dass jährlich 7,5 Fusionsvorhaben aufgeben und 15 abgeändert werden, also 22,5 Fusionen jährlich betroffen sind. In der Zeit von 1998 bis 2003 veranlasste die niederländische Wettbewerbsbehörde durchschnittlich drei Untersagungen bzw. Auflagen pro Jahr. Nach dieser Studie werden also pro Fusionskontrolle jeweils 7,5 potenzielle Fusionen beeinflusst. Die niederländische und britische Studie erbringen demnach recht konsistente Ergebnisse bezüglich der Abschreckungswirkung von Maßnahmen zur Fusionskontrolle.

Einen Schritt weiter geht die WZB-Panel-datenanalyse von 2007. Sie zielt darauf ab, die Bedeutung der Abschreckung für die Fusionskontrolle zu quantifizieren und darüber hinaus herauszufinden, ob Untersagungen und Auflagen unterschiedliche Eignung besitzen, geplante Fusionen abzuschrecken. Analysiert wurden 28 Wettbewerbsrechtssprechungen im Zeitraum von 1992 bis 2003. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Untersagungen der Wettbewerbsbehörden in der Tat einen signifikanten Abschreckungseffekt haben. Eine zusätzliche Untersagung reduziert die Anzahl der Fusionsankündigungen im folgenden Jahr um geschätzte 34. Auflagen scheinen jedoch keinen signifikanten Abschreckungseffekt zu enthalten. Während diese empirischen Befunde die Praktiken der Wettbewerbspolitik bestätigen, indem sie nämlich einen durch Untersagungen hervorgerufenen Abschreckungseffekt nachweisen, überrascht das Fehlen eines Abschreckungseffekts von Auflagen. Schließlich entstehen den Unternehmen, die Auflagen erfüllen müssen, Kosten. Diese Kosten sollten eigentlich – ebenso wie Untersagungen – abschreckend wirken.

Die Vermutung liegt nahe, dass Unternehmen, die eine Fusion erwägen, die Möglichkeit einer Auflage als nicht ausreichend hohe Last empfinden, um die Fusion aufzugeben. Wenn das der Fall ist, muss der Nutzen von Auflagen neu bewertet werden – besonders angesichts der aktuellen Neigung der Wettbewerbsbehörden, Auflagen anstelle von Untersagungen anzuwenden. So hat sich zum Beispiel die Europäische Kommission in den letzten Jahren fast ausschließlich auf Auflagen verlassen und seit 2001 nur zwei Fusionen gestoppt. Für ein einzelnes Unternehmen können Auflagen ein genaueres, sinnvolleres

Instrument als eine Untersagung sein: Sie ermöglichen es, wettbewerbsfeindliche Elemente quasi chirurgisch genau zu entfernen. Bemisst sich der Nutzen von Fusionspolitik jedoch an ihrer Abschreckungswirkung, so kann man zu der Schlussfolgerung kommen, dass hier Auflagen offensichtlich überschätzt werden: Ihr Mangel an Abschreckung könnte Auflagen zu einem weniger wirksamen Instrument machen, als gegenwärtig wahrgenommen wird.

Die Wettbewerbsbehörden sollten also den Trend, Auflagen als Ersatz für Untersagungen einzusetzen, überdenken. Diese Empfehlung ist natürlich nur unter der Annahme sinnvoll, dass tatsächlich wettbewerbsfeindliche und nicht wettbewerbsbegünstigende Fusionen durch die Fusionskontrolle abgeschreckt werden. Die Studie von Deloitte & Touche (2007) für die britische Wettbewerbsbehörde bestärkt diese Annahme: Ihre Befragung von Juristen und Managern deutet darauf hin, dass die britische Fusionspolitik nie oder selten wettbewerbsfördernde Fusionen abschreckt. Allerdings sind hier weitere Untersuchungen nötig, um eine vollständige Einschätzung der durch Abschreckung beeinflussten Fusionstypen vornehmen zu können – und um die damit verbundenen gesellschaftlichen Wohlfahrtseffekte zu beurteilen.

#### Literatur

Stephen Davies, Adrian Majumdar, *The Development of Targets for Consumer Savings Arising from Competition Policy*, OFT Report No. 386, London: Office of Fair Trading 2002, 134 S.

Deloitte & Touche, *The Deterrent Effect of Competition Enforcement by the OFT*, OFT Report No. 962, London: Office of Fair Trading 2007, 138 S.

Twynstra Gudde, *Research into the Anticipation of Merger Control*, report submitted to Nederlandse Mededingingsautoriteit (NMa), October 27, 2005, Amersfoort: NMa 2005, 42 S.

Jo Seldeslachts, Joseph A. Clougherty, Pedro Pita Barros, *Remedy for Now but Prohibit for Tomorrow: The Deterrence Effects of Merger Policy Tools*, 41 S. (WZB-Bestellnummer SP II 2007-02)



Jo Seldeslachts (rechts), geboren 1973 in Leuven (Belgien), ist seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Wettbewerb und Innovation“ am WZB. Er studierte in Leuven, New York, London (Kanada) und Barcelona. Seine Forschungsschwerpunkte sind Organisations- und Industrieökonomie.

seldeslachts@wzb.eu

Joseph A. Clougherty wurde 1966 in Boston/Massachusetts geboren. Nach Stationen u. a. in Argentinien, Belgien, Kalifornien und den Niederlanden arbeitet der Ökonom seit 2004 am WZB im Projekt „Wettbewerb und Innovation“. Außerdem ist er „Fellow“ des Centre for Economic Policy Research (CEPR) in London.

clougherty@wzb.eu

[Foto: David Ausserhofer]

## Globales Regieren

Auf Einladung von Michael Zürn und Matthias Ecker-Ehrhardt, Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen“, fand am 6. und 7. März 2008 am WZB der Workshop „Gesellschaftliche Politisierung internationaler Institutionen“ statt. Er wurde von der Fritz Thyssen Stiftung gefördert.

Macht und Legitimität globalen Regierens werden von den Menschen zunehmend hinterfragt. Ihre Kritik richtet sich gegen Institutionen wie den Weltwährungsfond, die Gruppe der G8-Staaten oder auch große Unternehmen wie Nike. Michael Zürn (WZB) schlug zunächst vor, unter „Polarisierung internationaler Institutionen“ einen gesellschaftlichen Prozess zu verstehen, in dem die Entscheidungen und Entscheidungsverfahren solcher Institutionen zu einer „öffentlichen Angelegenheit“ werden.

Eine historische Einordnung gab Dieter Gosewinkel (WZB). Das politisierte Bürgertum im 19. Jahrhundert habe – ebenso wie die heutigen Kritiker – nach stärkerer Partizipation und Verrechtlichung gerufen. Die Kritik richtete sich damals aber an den Nationalstaat. Heutige Kritiker wollen diesen eher überwinden. Auch hatte die meist nationalistische Politisierung des 19. Jahrhunderts einen exkludierenden Charakter. Davon unterscheidet sich der Kosmopolitismus der heutigen Kritiker.

Wie blicken nun die Bürger auf globale Probleme und Institutionen? Wie entstehen entsprechende Einstellungen? Steffen Mau (Universität Bremen) wies darauf hin, dass die grenzübergreifenden Kontakte der Menschen zunehmen. Sie fördern positive Einstellungen zu globalem Regieren. Matthias Ecker-Ehrhardt und Bernhard Wessels (WZB) konnten zeigen, dass die Bürger von internationalen Organisationen gerade bei grenzüberschreitenden Problemen eine Lösung erwarten – vor allem dann, wenn der Nationalstaat versagt. Die Analysen von Jürgen Gerhards und Jochen Roose (FU Berlin) machten deutlich, dass das negative Image, das viele Bürger von der Europäischen Union haben, von den nationalen Regierungen provoziert wird. Diese machen die EU oft verantwortlich für Probleme. Erfolge schreiben sie sich dagegen gern selbst zu. Unter dem Strich zeigt sich aber, dass internationale Institutionen in der Tat ins öffentliche Bewusstsein rücken.

Der Workshop beschäftigte sich auch mit den Formen und Ansprüchen gesellschaftlicher Politisierung. Dieter Rucht (WZB) zufolge verkörpern globalisierungskritische Gruppen und Organisationen keinen wirklich neuen Typ globaler Bewegung. Man habe es eher

mit einer neuen Generation von Akteuren zu tun, die sich zwar zunehmend grenzübergreifend koordiniert, aber bislang ein Phänomen westlicher Industriegesellschaften bleibt. Schließlich wurden von Edgar Grande (Universität München) und Hanspeter Kriesi (Universität Zürich) europäische Parteiensysteme in den Blick genommen. Sie zeigten, dass der Umgang mit Globalisierung und grenzübergreifenden Institutionen zu einem zentralen Thema für Wähler und Parteien geworden ist und klassische Konfliktlinien wie Religion weitgehend verdrängt hat.

Wie reagieren nun internationale Organisationen auf die wachsenden gesellschaftlichen Ansprüche und die zunehmende Kritik? Wichtige Institutionen wie Weltbank, Weltwährungsfond oder Weltgesundheitsorganisation beginnen, sich für gesellschaftliche Akteure zu öffnen, so die weitgehend geteilte Diagnose der Teilnehmer. Martin Binder (WZB) wies allerdings am Beispiel des UN-Sicherheitsrats darauf hin, dass sich eine solche Öffnung zum Teil auf eine „Partizipation à la carte“ beschränke. Bedingung sei nach wie vor, dass sie die Autonomie der Regierungen unangetastet lasse. Lora Viola (WZB) stellte am Beispiel der Weltgesundheitsorganisation heraus, dass deren jüngste Reformen vor allem auf die wachsende Konkurrenz durch private Stiftungen zurückzuführen seien und weniger auf eine gesellschaftliche Politisierung ihrer bisherigen Praxis.

Gesellschaftliche Kritik an internationalen Institutionen entzündet sich oft an ungelösten Problemen. Es folgt der Ruf nach verstärkter internationaler Regulierung. Thomas Rixen (WZB) illustrierte diese Diagnose am Beispiel der internationalen Steuerpolitik, Nicole Deitelhoff und Klaus Dieter Wolf (Universität Darmstadt) am Beispiel der internationalen Regulierung unternehmerischer Aktivitäten in Konfliktgebieten.

Schließlich zeigte Andreas Nölke (Universität Frankfurt) am Beispiel des International Accounting Standards Board, dass Regelungskompetenzen zum Teil bewusst auf nichtstaatliche Instanzen übertragen werden, um gesellschaftliche Widerstände ins Leere laufen zu lassen. Zu einer ähnlichen Bewertung kam auch Helmut Weidner (WZB) am Beispiel des von Weltbank und Bergbauunternehmen initiierten globalen Nachhaltigkeitsdialogs.

Der Workshop brachte Forscher unterschiedlicher Disziplinen und politikfeldspezifischer Expertise zusammen. Es wurde deutlich, dass diese ihre Fragestellungen und Erklärungsansätze zunehmend als Puzzleteile eines gemeinsamen Forschungsprogramms begreifen. Dessen gesellschaftspolitische Relevanz liegt



angesichts der zunehmenden Bedeutung internationaler Institutionen auf der Hand.

Matthias Ecker-Ehrhardt

## Infrastruktur in der Zeit des Schrumpfens

Am 7. März 2008 fand im WZB die Abschlussveranstaltung zum Projekt „Zukunftsfähige Infrastrukturangebote – Neue Wettbewerbsordnungen und Unternehmenskonzepte“ statt. Das Forschungsprojekt wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg gefördert. An der Veranstaltung nahmen neben den Projektbeteiligten Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis teil.

Die Folgen des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels zeigen sich in den neuen Bundesländern früher als in den alten Ländern. Besonders betroffen vom Abwandern der Bevölkerung und dem Schrumpfen ganzer Regionen sind die Betreiber netzgebundener Infrastrukturen wie Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und öffentlicher Personennahverkehr. Wie kann die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser- und Verkehrsdienstleistungen in schrumpfenden Regionen zugleich sozial gerecht, umweltfreundlich und bezahlbar gestaltet werden? Welche rechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen ermöglichen innovative Angebotsformen und Geschäftsmodelle? Diese Fragen bildeten den Ausgangspunkt des Projekts „Zukunftsfähige Infrastrukturangebote – Neue Wettbewerbsordnungen und Unternehmenskonzepte“.

Auf der Veranstaltung stellten das inter3 Institut für Ressourcenmanagement und die WZB-Projektgruppe „Mobilität“ die Forschungsergebnisse vor, die gemeinsam mit den kommunalen Unternehmen erarbeitet worden waren. Sie reichen von einer Analyse der Schülerbeförderung in der Prignitz über die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Managementstrukturen in der Wasser- und Abwasserwirtschaft der Lausitz und der Prignitz bis zu neuen Planungsansätzen in Brandenburg an der Havel und im Landkreis Elbe-Elster. In der Diskussion wurde deutlich, dass die gesellschaftspolitische Debatte über den Umgang mit Schrumpfungsprozessen in vollem Gange ist. Die Diskussion förderte kontroverse Standpunkte zutage: Soll der Staat in bestimmten Regionen zu Instrumenten wie einer „Wegzugsprämie“ greifen und damit Menschen, die die Regionen verlassen wollen, zusätzlich unterstützen? Oder ist es die Aufgabe des Staates, durch gleiche Versorgungsstandards die Kluft zwischen schrump-

fenden und wachsenden Regionen zu schließen? In diesem Zusammenhang wurden die skandinavischen Länder als Vorbild genannt: In Schweden sind die Unterschiede zwischen den Regionen noch viel extremer als in Deutschland. Dort gilt aber die Aufrechterhaltung gleicher Versorgungsstandards für alle Bürger als Wert an sich.

Andererseits wurde darauf verwiesen, dass eine großzügige finanzielle Förderung nicht unbedingt sinnvolle und bedarfsgerechte Angebote hervorbringt. Sie könnte vielmehr intransparente und ineffiziente Versorgungsstrukturen konservieren.

Weert Canzler

## Konfliktforschung

Am 28. und 29. März 2008 fand im WZB die Konferenz „Causes and Consequences of Conflict“ statt. Die wissenschaftlichen Organisatoren, Kai A. Konrad, Johannes Münster (beide WZB, Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“) und Stergios Skaperdas (University of California, Irvine) brachten Ökonomen und Politikwissenschaftler aus dem In- und Ausland zusammen. Die Tagung wurde von der Fritz Thyssen Stiftung finanziell unterstützt.

Ziel der Konferenz war es, die neuesten Erkenntnisse der Konfliktforschung zusammenzuführen. In neun Vorträgen wurden aktuelle Forschungsarbeiten zu den Bedingungen und Wirkungen Ressourcen verzehrender Konflikte diskutiert. Dazu gehören zwischenstaatliche Kriege, Bürgerkriege und Rüstungswettläufe. Methodisch umfasste das Spektrum der Vorträge quantitativ empirische Analysen, die Vorstellung neuer Datensätze, wirtschaftstheoretische und spieltheoretische Analysen in Kombination mit Fallstudien sowie Erkenntnisse, die aus Experimenten in virtuellen Welten wie der „World of Warcraft“ gewonnen und für die Konfliktforschung genutzt werden können.

Marta Reynal-Querol (Universität Pompeu Fabra) stellte eine Arbeit zu den Bestimmungsfaktoren für die Dauer von Bürgerkriegen vor, in der sie einleitend die Frage diskutierte, welche abhängige Variable überhaupt die „richtige“ für quantitativ empirische Analysen von Bürgerkriegen sei. Dabei unterschied sie zwischen drei verschiedenen Größen: „onset“ (Beginn eines Bürgerkrieges), „incidence“ (Auftreten eines Krieges zu einem gegebenen Zeitpunkt) und „duration“ (Dauer des Krieges). Sie stellte heraus, dass der Beginn eines Bürgerkrieges von vielen zufälligen Faktoren abhängen kann und deshalb als Analyseobjekt nicht unproblematisch ist. In ihrer Studie richtete sie die Aufmerksamkeit auf die Inzidenz und Dauer von

Bürgerkriegen. Ihr Hauptergebnis lautet: Bürgerkriege in ethnisch polarisierten Gesellschaften dauern in der Regel länger.

Arnd Plagge (University of Rochester) präsentierte einen neuen Datensatz zu Handelsströmen zwischen den Großmächten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der auf umfangreichen Archivarbeiten beruhende Datensatz deckt auch die Jahre während der beiden Weltkriege ab. Das unterscheidet ihn von anderen Datensammlungen. Anhand dieses einzigartigen Datensatzes zeigte Plagge, dass die Weltkriege nicht in allen Ländern zu einem Rückgang der Handelsbeziehungen geführt haben. Dieses Ergebnis wirft ein neues Licht auf den Zusammenhang zwischen Kriegen und Handelsbeziehungen, insbesondere stellt es das klassische liberale Argument in Frage, nach dem Handel Kriege unwahrscheinlicher mache, da die Beteiligten einen Zusammenbruch der Handelsbeziehungen im Kriegsfall fürchteten.

Andreas Wagener (Universität Hannover) zeigte in seinem Vortrag eine spieltheoretische Analyse von Patriotismus auf, deren empirische Relevanz er anhand dreier Fallstudien (Frankreich und Preußen des 19. Jahrhunderts, Algerischer Unabhängigkeitskrieg und Nordirland) belegte. Nach seiner Analyse kann Patriotismus innerhalb eines Landes Trittbrettfahrerprobleme entschärfen und dadurch ceteris paribus positive Wohlfahrtseffekte nach sich ziehen. Sobald aber mehrere Länder gleichzeitig in Betracht gezogen werden, gleiche die Situation einem Gefangenendilemma: Patriotismus ist für jedes einzelne Land individuell rational, führt aber kollektiv zu einem ausgesprochen schlechten und – wie Ökonomen sagen – „parreto-ineffizienten“ Gleichgewicht.

Die zitierten Vorträge sowie alle weiteren Beiträge der Tagung stehen elektronisch auf der Konferenzhomepage zur Verfügung: [www.wzb.eu/mp/conf/conflict08/default.en.htm](http://www.wzb.eu/mp/conf/conflict08/default.en.htm)

Johannes Münster und Elisabeth Asche

## Public Health – historisch

Am 4. April 2008 fand am WZB ein Workshop zur Entwicklung der Sozialmedizin, Medizin-Soziologie und Public Health in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren statt. Der Workshop wurde im Rahmen des vom BMBF geförderten Forschungsverbundes „Präventives Selbst“ organisiert von Martin Lengwiler, Jeannette Madarász und Rolf Rosenbrock.

Im Zentrum der Diskussion standen die historischen Veränderungen in der wissenschaftlichen Sichtweise von Krankheitsprävention und die Möglichkeiten ihrer praktischen Umsetzung. Wissenschaftler aus den

Disziplinen Medizin-Soziologie, Sozialmedizin und Gesundheitswissenschaften beteiligten sich als Zeitzeugen: Heinz-Harald Abholz und Johannes Siegrist (beide Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Rolf Rosenbrock (WZB), Alf Trojan (Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf) und Heiko Waller (Universität Lüneburg).

Alle Zeitzeugen betonten – unabhängig von der jeweiligen Ausbildung – ihre Unzufriedenheit darüber, dass soziale Aspekte in den Vorstellungen von Krankheitsursachen und -verläufen in der klassischen Medizin nicht beachtet worden seien. Hier sahen sie eine Lücke in der Wissenschaft, die sie füllen wollten. Auffällig war, dass alle an diesem Tag gehörten Zeitzeugen – mit Ausnahme von Rolf Rosenbrock – in ihrem wissenschaftlichen Werdegang stark von der Sozialen Psychiatrie beeinflusst waren. Sozial bedingte Unterschiede im Auftreten von Erkrankungen wurden in der Psychiatrie früher als in anderen medizinischen Disziplinen aufgezeigt. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema entsprach der Zielrichtung der sich neu etablierenden „Medizin-Soziologie“, die soziale Ungleichheit in Bezug auf Krankheiten untersuchen, erklären und kritisieren wollte (Abholz). Für einige bedeutete die Beschäftigung mit dem Thema auch, konstruktiv für die Verbesserung der Gesundheitsvorsorge benachteiligter Gesellschaftsschichten einzutreten (Trojan).

Bis in die 1970er Jahre hinein widmeten Wissenschaft und Politik der Prävention wenig Beachtung, unter anderem weil diese durch ihre Assoziation mit der Eugenik des „Dritten Reiches“ diskreditiert war. Hinzu kam, dass Quereinsteiger aus der Soziologie es aufgrund institutioneller Barrieren schwer hatten, die Medizin mit neuen Fragestellungen zu verändern. Andere Akteure, die die klassische Medizin kritisierten, wollten in erster Linie die großen Zusammenhänge des Kapitalismus verändern, während die Gesundheitsvorsorge ihnen zu spezialisiert und kleinteilig erschien (Rosenbrock). Prävention geriet eher durch Entwicklungen in Randbereichen der Medizin in das Blickfeld der Gesundheitsbewegung (Trojan). So entwickelte sich zum Beispiel durch das Zusammenbringen von Arbeitsmedizin und das soziale Engagement die „Arbeitermedizin“, eine präventiv orientierte Herangehensweise, bei der die Arbeitenden auftretende Symptome mit möglichen Ursachen am Arbeitsplatz zusammenbrachten und dadurch eine Untersuchung der Zusammenhänge durch Experten unterstützten (Abholz).

Mit dieser Art von Selbsthilfe wollten die Betroffenen sich an der Humanisierung der Arbeitswelt beteiligen. In den 1980er Jahren

stand nicht mehr die Kritik an den Verhältnissen im Vordergrund, sondern man wollte nun stärker gestaltend eingreifen (Rosenbrock). Ausdruck dessen war die im Jahr 1986 verabschiedete „Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung“ der Weltgesundheitsorganisation, die zu aktivem Handeln für das Ziel „Gesundheit für alle“ aufrief.

Besonders kritisch standen die Zeitzeugen der einseitig kurativ orientierten Medizin der letzten Jahrzehnte gegenüber. Statt soziale Krankheitsfaktoren zu betrachten und sozial bedingte Lebensverhältnisse zu verändern, wurde die Verantwortung für Krankheiten dem Einzelnen zugeschrieben (Abholz, Siegrist, Trojan) und Prävention dadurch auf individuelle Lebensweise, wie zum Beispiel sportliche Betätigung und Ernährung, reduziert (Rosenbrock).

Übereinstimmend sahen die Zeitzeugen eine engere interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Medizin und Soziologie und die Einbindung weiterer Berufsgruppen in Public Health (Waller) als notwendig an. Damit solle die gesundheitliche Ungleichheit verringert und die Gesundheitspolitik stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet werden (Siegrist). Gefahren sahen die Zeitzeugen in der Kommerzialisierung der Medizin (Trojan, Rosenbrock) und darin, dass Krankheitsursachen in der modernen Medizin oft ausschließlich im Erbgut des Menschen gesucht würden. Zugleich stellte sich die Frage, ob der „medizinische Mustermann“, der das gesundheitliche Risiko stets vermeidet, denn überhaupt wünschenswert sei (Abholz).

Ina Bömelburg und Christian Sammer

## Peer Review Reviewed

Am 24./25. April 2008 fand im Rahmen der „Dialogues between organizational theory and the social sciences“ der European Group for Organizational Studies (EGOS) im WZB ein internationaler Workshop zur Karriere und zu den zukünftigen Herausforderungen des Peer Review als Instrument zur Qualitätssicherung in der Wissenschaft statt. Er wurde organisiert von Sigrid Quack (EGOS, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung), Dagmar Simon und Andreas Knie (beide WZB, Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“).

Im Zeitalter der Wissensgesellschaft stellt sich die Frage nach adäquaten Verfahren und Kriterien für die Qualitätsüberprüfung von Wissenschaft in besonderer Weise: Wenn Wissen und vor allem wissenschaftliches Wissen eine entscheidende Ressource für die Volkswirtschaften im weltweiten Wettbewerb darstellt und zudem mehr Mittel als früher verbraucht, dann hat die Politik zwangsläufig

ein größeres Interesse an Instrumenten der Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung. Auch darin liegt der unaufhaltsame Aufstieg von Evaluationen in der Wissenschaft begründet. Sie bilden heute einen Kernbestandteil des „New Public Management“ an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Daran wird auch deutlich: Die Legitimationsbedingungen für Wissenschaft haben sich grundlegend verändert.

Auf dem Workshop wurden aus sehr unterschiedlichen disziplinären Perspektiven die Varianten des Peer Review in der Forschungsförderung (Programme und Institute) und in den referierten Journals unter anderem in Australien, Großbritannien, Frankreich, den nordischen Staaten und den USA sowie ihre intendierten und nicht intendierten Steuerungseffekte diskutiert. Allein Bruno Frey und Margit Osterloh (Zürich) sahen in einer sorgfältigen Personalrekrutierung und einer gezielten Organisationsentwicklung eine Alternative zu Evaluationen. Ansonsten waren sich die Teilnehmer einig, dass das Wissenschaftssystem für die Qualitätsbewertung und -kontrolle trotz aller Mängel weiterhin auf Peer Review angewiesen ist. Als besondere Probleme des Verfahrens wurden herausgearbeitet: die hohen Transaktionskosten von Peer Review angesichts begrenzter Mittel zur Verteilung in der Forschungsförderung; die Schwierigkeiten, interdisziplinäre Ansätze und Programme zu fördern, da die Peers vorrangig aus disziplinärer Sicht urteilen, sowie die Problematik, die auseinanderdriftenden wissenschaftlichen Disziplinen mit Blick auf Leistungen, Referenzsysteme und Adressaten mit einheitlichen Standards zu bewerten; die Entwicklung, dass in Evaluationen nicht mehr gelesen sondern zunehmend nur gezählt wird; sowie die Tendenz, dass Publikationsorte und -strategien Forschungsinteressen steuern. Auf der Aktivseite stehen neben der legitimatorischen Funktion vor allem die Chancen, Peer Review zur Qualitätsverbesserung in Wissenschaft und Forschung zu nutzen, Lernprozesse sowohl bei den Peers als auch bei den „Reviewten“ auszulösen und im Vergleich zu anderen, stärker betriebswirtschaftlichen Instrumenten den Einfluss der Wissenschaft in Evaluationsverfahren zu bewahren. Lars Engwall (Uppsala University) schloss seine Zusammenfassung des Workshops mit den Worten: „Let us avoid that the means to handle them (= peer reviews) drag us down into the sea. Improve and communicate our sophisticated selection system („Harvard principles“). Continuous critical research on the peer review system is therefore extremely important.“

Dagmar Simon und Andreas Knie



# Wertschöpfung durch Sahnehäubchen

Eine neue WZB-Abteilung fragt nach den kulturellen Quellen von Neuheit

Hat die Britannia-Allegorie auf den Noten der Bank of England das Kreditvolumen der englischen Wirtschaft erhöht? Ist es richtig, dass in den Vergnügungsgärten des 18. Jahrhunderts das Konsumverhalten entstand, das überhaupt erst die Investitionen in die Dampfmaschinen des Industriezeitalters motivierte? Lassen sich durch Fotografieworkshops mit Textilarbeiterinnen die Arbeitsleistungen in einer Kleiderfabrik verbessern? Und wie wichtig ist es, dass um 1425 im „kreativen Milieu“ von Florenz, in einem Kreis von Architekten, Malern und Theologen, eine neue Art der Raumillusion geschaffen wurde?

Antworten auf diese Fragen gab es bislang nicht, weil die Fragen irrelevant erschienen. Das Entstehen neuer Wertschöpfung wird traditionell natürlichen Ressourcen, wissenschaftlichem Wissen oder unternehmerischem Gewinnstreben zugerechnet. Was aber, wenn das Neue keine energetischen, technischen oder kommerziellen Ursachen hat und die Quellen vielmehr unmittelbar in den gesellschaftlichen Verkehrsformen liegen, also in Kommunikationsereignissen – in unserer Sprache, unseren Ritualen, unseren sicht- und hörbaren Kunstwerken, kurz: in unserer Kultur?

Methodisch ist diese Frage schwer zu fassen, weil die Beschreibung von Beschreibungsmedien unweigerlich in die Selbstreferenz führt. „Das ist, als ob ein Fisch Wasser beschreiben wollte“, ist ein häufig gebrauchter Vergleich. Noch dazu fließt das zu beschreibende Wasser: Kulturelle Einflüsse treten in historischen Prozessen auf, deshalb entstehen keine regelmäßigen, abzählbaren Muster. Wenn aber eine quantitative Erfassung kein aussagekräftiges Ergebnis erbrächte, dann erfordert die Beobachtung historischer Prozesse eine andere, angemessenere Lösung. Eine Möglichkeit besteht darin, in Fallstudien Wechselwirkungen zwischen der Veränderung kultureller Formen und der Entstehung neuer Produkte, Institutionen und Verkehrsformen festzustellen und diese dann entlang zu bestimmender Dimensionen zu vergleichen.

Das Forschungsprogramm der Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“ ist im Februar 2007 in einem Workshop zusammen mit Mitarbeitern des neu konzipierten Schwerpunkts „Gesellschaft und wirtschaftliche Dynamik“ entstanden. In einem Sechsjahres-

plan wird nun versucht, empirisch valide Belege für die Vermutung zu finden, dass Veränderungen kultureller Formen den gesellschaftlichen Reichtum, insbesondere die wirtschaftliche Wertschöpfung, beeinflusst haben – und umgekehrt. Die eingangs genannten Beispiele stammen aus ersten Studien, die derartige Belege in der europäischen Bildkultur gefunden haben. Im neuen Programm wird der Beobachtungshorizont stark erweitert: Sprach- und Raumformen, Gemeinschafts- und Organisationsformen, Musik- und Literaturformen sind Gegenstand der Teilprojekte.

Zwei der Teilprojekte sind bereits im Gange: Eines untersucht die eingangs erwähnten Interdependenzen zwischen Erfindungen in der bildenden Kunst und wirtschaftlicher Entwicklung, ein zweites den Umgang mit neuen Antriebs- und Kraftstofftechnologien im Kontext der deutschen Ingenieurskultur. Zwei weitere Projekte, die sich im Anfangsstadium befinden, richten sich auf Themen, die zur Zeit breite Aufmerksamkeit finden: Die kulturellen Bedingungen kreativer Entwicklungen in Städten und Strategien der künstlerischen Intervention in Organisationen. Im Herbst geht ein weiteres Teilprojekt an den Start, das sich mit der Entstehung von Neuheit in spezifischen Gemeinschaftsformen, etwa in Künstlerkreisen und Internet-Communities, befasst wird.

In jedem Projekt werden geeignete Fälle in ihren Wirkungen verglichen. Gleichzeitig werden die dabei auftauchenden methodischen Fragen thematisiert. Problemorientierte Forschung muss in der Lage sein, auch bruchstückhafte und unsichere Ergebnisse zu verwerten, um so zum Verständnis historischer, also in der Zeit irreversibler Problemlagen beizutragen.

Das Vorhaben ist riskant. Ob sich geeignete Fälle finden lassen und ob die untersuchten kulturellen Quellen tatsächlich mehr leisten als nur zufällige Schwärme neuer Ideen, bleibt zu beweisen. Aber wenn sich tatsächlich herausstellen sollte, dass die Sahnehäubchen der Kultur für wirtschaftliche Dynamik unverzichtbar sind, dann könnte das innovationspolitische Konsequenzen haben.

Michael Hutter



Michael Hutter, geb. 1948, studierte Mathematik und Wirtschaftswissenschaften in München, Portland und Seattle. Von 1987 bis 2008 war er Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Wirtschaft und ihrer Umwelt an der Universität Witten/Herdecke. Er hat Veröffentlichungen zur Ökonomie des Rechts, zur Geschichte der Geldmedien, zur Medienökonomik, zur Theorie sozialer Systeme und zur Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher und künstlerischer Entwicklung vorgelegt. [Foto: David Ausserhofer]

mhutter@wzb.eu

---

## Foto links

Masaccio (1401–1428) malte um 1427 in S. Maria Novella in Florenz die erste vollständig nach den Prinzipien der Zentralperspektive konstruierte Raumdarstellung. Das über sechs Meter hohe Fresko zeigt über einem gemalten Altar die Dreifaltigkeit im selben Raum mit Maria, Johannes und dem Stifterpaar. [Foto: akg-images/Rabatti-Domingie]

---

# Nachlese

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in kleinen Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscher und -Forscherinnen bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein, in Berlin und weit darüber hinaus. Andere reagieren auf Artikel und Diskussionsbeiträge, widersprechen, stimmen zu oder fragen weiter. Einige Begegnungen und das Echo darauf lassen wir Revue passieren.

## Alphabetisiert

WZB-Forschungsprofessor **Lord Ralf Dahrendorf** nahm in der Tageszeitung **Die Welt** Stellung zu aktuellen Fragen – in Form eines ABC: von A für Arbeit („eines der großen deutschen Probleme der Gegenwart“) über F für Freiheit (von der das aktuelle Thema Gerechtigkeit auf „gefährliche“ Weise ablenke) und K für Klassengesellschaft (eine neue Klassengesellschaft könne sich entwickeln, „wenn die unteren Einkommen fallen“) bis Z für Zivilgesellschaft: „Mir ist das gute deutsche Wort Bürgergesellschaft lieber, aber die ‚civil society‘ ist jedenfalls notwendige Bedingung einer freien Gesellschaft. Das heißt, dass es auf die Initiative der Bürger im nichtstaatlichen Bereich ankommt, wenn man eine Gesellschaft will, die die Atemluft der Freiheit stärkt.“

## Reagiert

Ein ungewöhnlich starkes Medienecho hat die von der Zeitschrift **Brigitte** in Auftrag gegebene Untersuchung „Frauen auf dem Sprung“ ausgelöst. Das Projekt wurde geleitet von **Jutta Allmendinger** (unter Mitarbeit von **Marcel Helbig** und **Christine Puschmann**), Kooperationspartner war das Institut für angewandte Sozialforschung (infas). Es wurden jeweils rund 1.000 Frauen und Männer in den Altersgruppen von 17 bis 19 und 27 bis 29 Jahren befragt. Zentrale Themen waren Einstellungen zu und Zukunftserwartungen an Familie, Partnerschaft, Erwerbstätigkeit und Bildung sowie die Einschätzung gesellschaftlicher Macht- und Verantwortungsverteilung. Alle Nachrichtenagenturen, alle überregionalen Tageszeitungen, Dutzende Regionalzeitungen, viele Wochenblätter und Magazine, Fach- und Verbandszeitungen, Online-Medien, Hörfunk- und Fernsehsender berichteten ausführlich. Was nicht selbstverständlich ist: Die Berichterstattung konzentrierte sich durchweg auf die Kernaussagen: Junge Frauen sind selbstbewusst, haben klare Zukunftsvorstellungen, wollen Berufstätigkeit *und* Familie, wünschen sich echte Partnerschaft *und* Selbstständigkeit. Was auch nicht immer passiert: Viele Medien nahmen die Studie zum Anlass für eigene Reportagen, fragten bei anderen Forschungsinstitutionen nach, befragten Vertreter aus Politik und Wirtschaft und veröffentlichten Leitartikel und Kommentare zum Thema. Und was selten ist: keine Peinlichkeiten. Mit Ausnahme der Überschrift, die die Redaktion des Tagesspiegels über den sachlichen Bericht zweier Autorinnen (27. April 2008) setzte: „Das Vollweib“.

## Kritisiert

Kritische Stimmen über die Studie „Frauen auf dem Sprung“ beziehen sich in der Regel auf die gegenwärtige Situation in

Deutschland, die sehr vielen Frauen die Option verwehrt, Familienleben und Berufstätigkeit zu kombinieren. Dies deckt sich mit der Forderung der Studie an Staat und Unternehmen, endlich die Voraussetzungen für eine freie Wahl zu schaffen. In manchen Branchen gibt es schon länger Bemühungen um die Erhöhung der Flexibilität. Dort floss die Brigitte-Studie in die Diskussion ein. Zum Beispiel berichtete **Zahn-online!** („Das Infozentrum der Zahnmedizin im Internet in Deutschland“) in einem längeren Beitrag über die Feststellung, die Frauen von morgen würden nicht die Männer von heute sein, mit ihrer ständigen Verfügbarkeit für ihren Arbeitgeber. Dies deckte sich „mit den Stimmen einer punktuellen Befragung des Dentista Club bei Zahnmedizinistudentinnen“, schreibt Zahn-online: „Die zahnärztliche Tätigkeit muss so erbringbar sein, dass Familienplanung und Berufsleben vereinbar sind. Ob die Ganztags-Einzelpraxis das Zukunftsmodell ist, steht also berechtigt in Frage.“ Auch die **Rote Fahne**, das Nachrichtenmagazin der MLPD („Partei des echten Sozialismus“), berichtete online über die Studie (26. März 2008). In der Kurzmeldung hob sie den Befund der Studienleiterin hervor, dass die jungen Frauen „so selbständig, stark und so ungebrochen sind“. Leider lässt uns das Parteiorgan nicht wissen, was das nun für den Klassenkampf und die Zukunft des echten Sozialismus bedeutet. Die Rote Fahne ist auch nicht mehr, was sie mal war.

## Entmilitarisiert

**James Sheehan** hat weitergeschrieben. Der an der Stanford University lehrende Historiker war im Sommer 2006 zu Gast am WZB und schrieb für die WZB-Mitteilungen (September 2006) einen Essay über das Verschwinden der Wehrpflicht in Europa. Nun ist sein Buch erschienen, dessen Titel genau diese Tendenz mit der Liedzeile beschreibt: *Where have all the soldiers gone* (Houghton Mifflin). Zeitgleich kam die deutsche Fassung des Buchs auf den Markt: *Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden* (C.H. Beck, Übersetzung: Martin Richter). Sheehan stellt den jahrhundertelangen Weg zum europäischen Frieden dar und fragt: Müsse sich Europa, um weiter Frieden zu stiften und das Erreichte zu sichern, nicht stärker in der Welt engagieren – auch militärisch?

## Gastiert

In der ersten Jahreshälfte waren drei Journalisten für jeweils zwei bis drei Monate zu Gast am WZB. **Albert Funk** (Der Tagesspiegel), **Matthias Kamann** (Die Welt) und **Hilda Bouma** (Het Financieele Dagblad, Amsterdam) befassten sich im Rahmen des von der VolkswagenStiftung geförderten Programms „Journalist in Residence“ mit selbstgewählten Themen. An dem Programm beteiligen sich neben dem WZB das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, das Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen und das International Institute for Advanced Labour Studies in Amsterdam. Albert Funk arbeitet an einer Studie über Geschichte und Gegenwart des Föderalismus in Deutschland, Matthias Kamann beschäftigt sich mit Fragen der Selbstbestimmung in

den letzten Lebensphasen. Hilda Bouma, die auch einen Monat am Amsterdamer Institut arbeitete, hat erste Ergebnisse ihres deutsch-niederländischen Vergleichs in Sachen Teilzeitarbeit schon in Artikeln für ihre Zeitung verarbeitet. Wie unterschiedlich die Kultur der Teilzeitarbeit ist, zeigt ihr Artikel unter der Überschrift „4+4-Modell versetzt Deutsche in Staunen“ (Het Financieele Dagblad, 25. April). Eine solche Überschrift ist für deutsche Leser unverständlich. 4+4-Modell? Gemeint ist eine in den Niederlanden verbreitete Methode, sich trotz der Erwerbstätigkeit beider Partner etwas mehr Zeit für die Familie freizuhalten: Beide Partner arbeiten jeweils einen Tag in der Woche weniger im Beruf. Eltern können zum Beispiel dadurch an insgesamt vier Tagen die Woche für ihre Kinder da sein. Während dieses von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und wichtigen Beratungsgremien propagierte Modell in den Niederlanden populär ist, winkten die von Hilda Bouma befragten Deutschen ab: Sympathisch finden Vertreter der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes das Modell schon – aber noch nicht praktikabel in Deutschland. Zum Beispiel müssten zunächst ausreichend Betreuungsplätze für die übrigen drei Wochentage bereitstehen, sagte Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des DGB.

#### Publiziert

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat das **WZB-Jahrbuch** „Zukunftsfähigkeit Deutschlands“ in einer überarbeiteten Fassung in ihrer Schriftenreihe veröffentlicht (Nr. 693). Multiplikatoren in Bildung, Medien und Politik können den Band bestellen bei der Bundeszentrale: [www.bpb.de](http://www.bpb.de). Das in der edition sigma erscheinende WZB-Jahrbuch 2007, „Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit“ (herausgegeben von **Dieter Gosewinkel** und **Gunnar Folke Schuppert**), wird am 5. Juli um 17 Uhr im WZB vorgestellt.

#### Reformiert

In den Mitteilungen 117 (September 2007) berichtete WZB-Emeritus **Udo E. Simonis** über die internationale Task Force, die die Regierung der Volksrepublik China in Fragen des Umweltschutzes beraten hat. Die von Simonis geleitete Beratergruppe hatte in ihrem Abschlussbericht 15 konkrete Empfehlungen gegeben. Eine zentrale Reform-Empfehlung lautete, die Umweltbehörde SEPA aufzuwerten und dem Thema zu einem Platz im Kabinett zu verhelfen. Am 15. März 2008 hat nun der Nationale Volkskongress ein Ministerium für Umweltschutz geschaffen, als eines von fünf neuen, mit Sondervollmachten versehenen Super-Ministerien. Die Umweltorganisation Greenpeace reagierte positiv. Andere sind skeptischer. Der China-Experte der Deutschen Welle, Matthias von Hein, spricht von einer Verwaltungsreform, wo eigentlich eine politische Reform vonnöten wäre.

#### Diskutiert

Das **Stockholm Centre for Organisational Research (SCORE)** macht jährlich eine Exkursion zu einem befreundeten Institut im Ausland. Diesmal war das WZB Ziel der schwedischen Forscher. Im Januar 2008 veranstaltete dessen Schwerpunkt „Gesellschaft und wirtschaftliche Dynamik“ ein gemeinsames Seminar mit dem SCORE zum Thema „Transnational Organising and Meta-Organisations“. Geplant und organi-



siert wurde die Tagung von Nils Brunsson (SCORE) und Arndt Sorge (WZB). In zwei Themenblöcken wurde über „International rule-making, business and politics“ und „Organisation und Demokratie“ referiert und diskutiert.

#### Überrascht

Manchmal bietet die Lektüre des Nachrichtenmagazins **Der Spiegel** Überraschungen. Zum Beispiel für WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger, die ihren Namen in der Ausgabe vom 17. März las. Im Artikel „Im Bann der Tradition“ über die Qualifikation von Frauen und deren Partnersuche wurde sie – neben anderen Gesprächspartnern – ausführlich zitiert. Nur: Allmendinger konnte sich gar nicht an ein Interview mit dem Spiegel erinnern, nicht in den letzten Tagen, nicht in den letzten Wochen. Inhaltlich problematisch war das nicht, aber merkwürdig schon. Der Leserservice des Spiegel konnte Auskunft geben. Die Zitate stammten aus einem telefonischen Interview einer Spiegel-Autorin, das diese „vor einiger Zeit“ mit Frau Allmendinger geführt habe. Exakt datieren könne die Journalistin das Gespräch leider nicht, „es müsste aber innerhalb des letzten Jahres gewesen sein“. Für den jetzt erschienenen Artikel habe die Autorin nicht erneut Kontakt zu Frau Allmendinger aufgenommen. WZB-Mitteilungen-Leser wissen nun mehr: Wenn Der Spiegel anruft, empfiehlt es sich, ein Verfallsdatum des Gesagten zu vereinbaren, um nicht Monate später in einem beim Gespräch nicht absehbaren Kontext zitiert zu werden.

#### Empfohlen

Am 27. Februar wurde das „Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit 2008“ an Bundeskanzlerin Merkel und Bildungs- und Forschungsministerin Schavan überreicht, verfasst von der **Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI)**. Ihr gehören Ann-Kristin Achleitner (TU München), Hariolf Grupp (Universität Karlsruhe), Dietmar Harhoff (Ludwig-Maximilians-Universität München), Joachim Luther (Universität Freiburg) und Jutta Allmendinger (WZB) an. Die Kommission empfiehlt der Bundesregierung, „konsequent auf weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Gründungen in der Spitzentechnologie hinzuwirken.“ Nur so könne Deutschland stärker vom Wachstum der Branchen der Spitzentechnik und der wissensintensiven Dienstleistungen profitieren. EFI soll regelmäßig Gutachten für die Forschungs- und Innovationspolitik verfassen.

#### Paul Stoop

# „Denken Sie noch mal nach!“

Girls' Day am WZB: Auf Forschungsmission unter Forschern

„Was macht eigentlich das WZB?“ will Jutta Allmendinger von den Schülerinnen und Schülern wissen. „Mit Chemie arbeiten“, antwortet ein Mädchen. Damit liegt sie gar nicht so falsch: Soziologen geht es schließlich darum, Zusammensetzung und Reaktionsverhalten einer Materie zu erkennen und zu erklären – wobei in diesem Fall eben eine besondere Materie untersucht wird, nämlich die Gesellschaft, wie die WZB-Präsidentin erläutert.

20 Mädchen und Jungen sind am 24. April 2008 zum Girls' Day ans WZB gekommen. Der Girls' Day ist ein bundesweiter Aktionstag, der vor sieben Jahren gestartet wurde. Sein Ziel: Bei Mädchen Interesse für „Männerjobs“ in Forschung und Wirtschaft zu wecken. Das WZB war in diesem Jahr zum ersten Mal dabei.

Sozialwissenschaftlerin – ein Traumberuf scheint das für die 12- bis 14-Jährigen nicht zu sein. Keiner von ihnen will Forscher oder Forscherin werden – noch nicht jedenfalls. Tierärztin, Schauspielerin, Sängerin, Kinderärztin, „was mit Sprachen“ – das sind die Traumjobs des Nachwuchses. „Forscher sein ist cool!“ verspricht die Politikwissenschaftlerin Danièle Bourcier, derzeit Gast am WZB, den Kindern. Das ist das Signal zum Aufbruch.

Erste Station ist die Bibliothek. Hier erfahren die Schülerinnen und Schüler, warum Sozialwissenschaftler so viele Bücher lesen müssen. Dafür ist an diesem Tag für die Mädchen und Jungen natürlich keine Zeit. Stattdessen wird das Geheimnis des Forschungsauftrags gelüftet: Sie sollen herausfinden, was die am

WZB Beschäftigten beruflich machen – und was ihr Traumberuf war, als sie noch zur Schule gingen. Nach der Feldphase sollen die Daten gemeinsam statistisch aufbereitet und ausgewertet werden.

Für jede befragte Person gibt es einen Fragebogen,

der ausgefüllt wird; neben Beruf werden auch Alter, Geschlecht und Ausbildung erfasst. Melike, eine der Schülerinnen, macht eine Probebefragung, dann wird es ernst: Die Kinder teilen sich in zwei- bis dreiköpfige Forscherteams auf. Zweieinhalb Stunden haben sie Zeit, um ihre Interviews zu führen. Einen guten Tipp bekommen sie noch von Datenmanager Roland Habich mit auf den Weg: „Lasst euch nicht so schnell abwimmeln, wenn jemand mal keine Antwort weiß – einfach ‚Denken Sie noch mal nach‘ sagen, das hilft meistens!“

Das Auswahlprinzip der Girls' Day-Forscher heißt Zufall. Die Kinder ziehen durch das ganze Haus und dürfen jeden interviewen, der oder die befragt werden mag – und noch nicht befragt wurde: Ein gelbes Post-it an der Tür bedeutet „Hier waren die Junior-Forscher schon“. Nach der Mittagspause kommt der entscheidende Teil des Auftrags: Die Daten aus 93 Fragebögen müssen in den Computer eingegeben und ausgewertet werden.

Ein Ergebnis: Die befragten WZB-Mitarbeiter sind im Schnitt 40 Jahre alt. Die meisten haben Abitur, sehr viele studierten Politikwissenschaft oder Soziologie. Allerdings wollte kein einziger der Befragten als Teenager Forscher werden. Am begehrtesten war stattdessen der Beruf Journalist, dicht gefolgt von Anwalt und Lehrer. Am engsten bei den genannten Traumberufen mit der Forschung verwandt: der „Professor“, ein Berufsziel, das von einem der Befragten genannt wurde.

Am Schluss schaut noch einmal die Präsidentin vorbei. Sie unterzieht die statistische Auswertung einer kritischen Analyse, lobt die erfolgreichen Junior-Wissenschaftler – und will von ihnen wissen, ob sie sich den Job als Forscher so vorgestellt hatten. Die Meinungen gehen da durchaus auseinander: „Dachte, es wäre langweiliger“, heißt es auf der einen Seite des Raums, „Dachte, es wäre interessanter“, auf der anderen. Immerhin heben sich mehrere Arme auf die Frage, ob sich jemand vorstellen könnte, eines Tages als Forscher zu arbeiten. Vielleicht liegt es daran, dass fast alle befragten WZBler auf die Frage, ob sie mit ihrem Job am WZB zufrieden seien, mit „sehr zufrieden“ geantwortet haben.



Roland Habich hilft bei der Auswertung.

[Foto: Wiebke Peters]

Wiebke Peters



Gastwissenschaftler  
Seite 57

Berufungen  
Seite 58

Ehrungen/Preise  
Seite 58

Promotionen  
Seite 58

Personalien  
Seite 59

## Gastwissenschaftler

Professor Dr. **Danièle Bourcier** ist vom 1. April bis 30. Juni 2008 Gast der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“. Sie ist Wissenschaftlerin am Centre National de la recherche scientifique (CNRS) der Universität Paris 2 und am Zentrum für Politik- und Verwaltungswissenschaft (CERSA). Sie forscht zur Staats- und Verwaltungstransformation, zu eGovernment und eLegislation, den Open Access Public Policies und zu den Repräsentationsformen und Governanceinstrumenten der Zivilgesellschaft sowie Legal Governance in Europa.

**Dennis Broeders**, Doktorand der Universität Rotterdam und wissenschaftlicher Mitarbeiter des niederländischen Scientific Council for Government Policy (WRR), ist von Mitte April bis Mitte Juli 2008 Gast der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“. Er forscht über illegale Migranten in den Niederlanden und Deutschland.

Professor **Thomas DiPrete**, Columbia-University, New York, arbeitet im Juni 2008 als Gast in der Abteilung

„Ungleichheit und soziale Integration“ in Kooperation mit der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“. Im Mittelpunkt stehen gemeinsame Analysen mit den Mitarbeitern der Abteilungen zur Einkommensmobilität und zu Einkommenseffekten von Lebensrisiken im deutsch-amerikanischen Vergleich.

**Catarina Laranjeiro** ist Leonardo da Vinci-Stipendiatin der Universität Lissabon und wird vom 17. März bis 31. Juli 2008 in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ zum Thema „Contested Citizenship“ arbeiten.

**Anton Steen**, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Oslo, war von Anfang April bis Ende Mai 2008 Gast in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“. Sein Forschungsinteresse gilt unter anderem dem politischen Instrumentarium zur Integration von Einwanderern.

**Bernhard Zangl**, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Bremen, war von Anfang März bis Ende Mai 2008 Gast in der Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen“. Er befasste sich zum einen mit dem

Wandel von Staatlichkeit und zum anderen mit der Verrechtlichung internationaler Politik.

**Jana Petaccia de Macêdo**, Public Policy Manager beim Secretariat of Economic and Social Development Council, Presidency of the Brazilian Republic (in Deutschland angebunden an das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik), ist von Mitte April bis Mitte Juni 2008 Gast in der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“. Sie wird ebenfalls mit der Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen“ zusammenarbeiten. Ihre Forschungsinteressen sind unter anderem: „International Trade and Exchange Procedures“, „Corporate Social Responsibility“ und „Public Policies“.

**David Furch** ist von März bis Ende August 2008 Gast der Abteilung „Internationalisierung und Organisation“. In seiner Promotion befasst sich der Soziologe mit den Entwicklungen westlicher Corporate-Governance-Systeme. Neben Italien bilden die USA und Deutschland den Schwerpunkt seines Forschungsprojekts, das durch ein Graduiertenstipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert wird.



## Lord Dahrendorf leitet NRW-Zukunftskommission

Prof. Dr. Lord Ralf Dahrendorf wurde im April 2008 zum Vorsitzenden der „Zukunftskommission“ des Landes Nordrhein-Westfalen berufen. Das 23-köpfige Gremium soll die Landesregierung in Fragen der Zukunftsplanung beraten. Eine ihrer ersten Aufgaben: bis zum Frühjahr 2009 einen Bericht „Nordrhein-Westfalen 2025 – Innovation, Beschäftigung, Lebensqualität“ zu erarbeiten. Dieser Bericht soll Empfehlungen zur Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik sowie zur Solidarität in der älter werdenden Gesellschaft enthalten und noch im selben Jahr bei der Regierungsarbeit des Landes berücksichtigt werden.

Die Mitglieder der Kommission kommen aus unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens: Zu ihr gehören u. a. der frühere CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz, der Vorstandschef der Deutschen Telekom, René Obermann, der Regisseur Jürgen Flimm und die Publizistin Alice Schwarzer. Stellvertretender Vorsitzender ist der Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe Bodo Hombach.

Lord Ralf Dahrendorf, Jahrgang 1929, ist seit 2005 Forschungsprofessor für „Soziale und politische Theorie“ am WZB.

Foto: David Ausserhofer

**Sabine Maasen**, Professorin für Wissenschaftsforschung und -soziologie, Universität Basel, ist von März bis Juni 2008 Gast der Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“. Nach Studien zu soziologisch bisher vernachlässigten Feldern wie „Bewusstsein“ und dem gesellschaftlichen Diskurs zum „freien Willen“ bereitet sie nun eine Studie zur Rolle der Neurowissenschaften in der Gesellschaft vor. Während die Fachvertreter annonciieren, dass die Hirnforschung in naher Zukunft die Gesellschaft revolutionieren werde, lautet ihre These: Die Hirnforschung ist die Wissenschaft der gegenwärtigen Gesellschaft, die das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zunehmend neosozial gestaltet. Das heißt: Individuen können und müssen zunehmend für sich selbst Sorge tragen, um der Gesellschaft Kosten und Risiken zu ersparen.

Professor **Dan Kovenock**, Purdue University in Indiana, USA, ist im Juni und Juli 2008 Gastprofessor in der WZB-Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“ im Schwerpunkt Märkte und Politik.

### Berufungen

Professorin **Jutta Allmendinger** ist seit April 2008 Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) sowie Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Centre Marc Bloch.

PD Dr. **Brigitte Geissel** hat einen Ruf an die Universität Göttingen abgelehnt und einen Ruf an die TU Darmstadt auf die Universitätsprofessorenstelle für „Vergleichende Politische Kultur und Fachdidaktik“ angenommen.

Professor **Ulrich Jürgens** wurde im Dezember 2007 in das Herausbergremium des

„Journal of Automotive Industry and Management“ berufen. Editor-in-Chief ist Professor Kichan Kim, Korea Automotive Research Institute at Hyundai-KIA Motors. Im März 2008 wurde Jürgens ebenfalls auf Vorschlag der Industriegewerkschaft Metall in den Aufsichtsrat der Blaupunkt GmbH gewählt.

Dr. **Michael Neugart**, wissenschaftlicher Projektleiter in der ehemaligen Abteilung „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“, hat im März 2008 eine Professur für Wirtschaftswissenschaften an der School of Economics and Management der Freien Universität Bozen, Italien, übernommen. Einen Ruf an die Deakin University in Melbourne, Australien, hat er abgelehnt.

Professorin **Chiara Saraceno** wurde im April in den internationalen wissenschaftlichen Beirat des Instituts für die Evaluierung der Forschung in öffentlichen Politikbereichen (Istituto per la ricerca valutativa sulle politiche pubbliche – IRVAPP / Institute for evaluation research on public policies), Turin, berufen. Das Ziel dieses Instituts ist die Entwicklung theoretisch und empirisch fundierter Studien über die Auswirkungen der staatlichen Politik.

PD Dr. **Karen Schönwälder**, Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ und bis 2007 Leiterin der Arbeitsstelle „Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration“, wird ab Juni 2008 am neuen Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften in Göttingen als Senior Researcher arbeiten.

Dr. **Christine Wimbauer**, Leiterin der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe „Liebe, Arbeit, Anerkennung“, ist in den Wissenschaftlichen Beirat der Hans-Böckler-Stiftung zum Projekt „Flexible

Familiernährerinnen“ berufen worden.

### Ehrungen / Preise

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. **Hans-Dieter Klingemann**, ehemaliger Direktor der WZB-Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“, erhielt den John G. Diefenbaker Award for 2008. Der Preis wird von der kanadischen Regierung gestiftet zu Ehren des früheren Premierministers John G. Diefenbaker. Er ermöglicht Wissenschaftlern aus Deutschland einen einjährigen Forschungsaufenthalt in Kanada.

Der Bundespräsident hat Prof. em. Dr. Dr. h.c. **Friedhelm Neidhardt**, dem ehemaligen WZB-Präsidenten, für seine „Verdienste um die Wissenschaft“ das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

### Promotionen

**Carroll Haak**, bis September 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin der ehemaligen Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung“ und seit Oktober 2007 Referentin im Referat „Befragungen zur Alterssicherung“ bei der Deutschen Rentenversicherung Bund, hat im Februar 2008 ihre Dissertation zum Thema „Wirtschaftliche und soziale Risiken auf den Arbeitsmärkten von Künstlern“ erfolgreich mit magna cum laude am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin verteidigt.

**Astrid Karl**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der „Projektgruppe Mobilität“, hat ihre Dissertation zum Thema „Öffentlicher Verkehr im Gewährleistungsstaat. Probleme des Übergangs zu einer modernisierten Daseinsvorsorge durch Wettbewerb“ an der Fakultät VI Planen Bauen

Umwelt der TU Berlin im Februar 2008 erfolgreich abgeschlossen.

**Sascha Kneip**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“, hat im Februar 2008 seine Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin im Fach Politikwissenschaft erfolgreich abgeschlossen. Seine Arbeit „Verfassungsgerichte als demokratische Akteure. Der Beitrag des Bundesverfassungsgerichts zur Qualität der bundesdeutschen Demokratie“ wurde von Professor Wolfgang Merkel und Professor Gunnar Folke Schuppert betreut.

**Michael Noweski**, seit Mai 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Public Health“, hat im November 2007 seine Dissertation zum Thema „Der Gesundheitsmarkt. Liberalisierung und Reregulierung als Resultat politischer Koalitionen“ mit magna cum laude erfolgreich am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin verteidigt.

## Personalien

**Dr. Helen Baykara-Krumme**, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Chancen einer alternden Gesellschaft“ die Funktion der Koordinatorin der Akademiengruppe Altern in Deutschland inne hatte, verlässt das WZB zum 31. Mai 2008. An der TU Chemnitz wird sie im DFG-Forschungsprojekt „Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics“ (PAIR-FAM) mitarbeiten. Sie wird ebenfalls zuständig sein für das DFG-finanzierte PAIR-FAM-Begleitprojekt einer Migrantstudie.

**Dr. Jan C. Behrends** war im Mai 2008 Gast an der École des Hautes Études en Sci-

ences Sociales (EHESS) in Paris. Während seines Aufenthaltes hat er die Arbeit an seinem Manuskript zur vergleichenden Geschichte von Moskau, Berlin und Chicago um 1900 fortgesetzt. Er hat mehrere Vorträge zum Führerkult in der Moderne, zur Geschichte des Kommunismus in Europa und zur vergleichenden Metropolenforschung an der EHESS gehalten.

**Dr. Jan C. Behrends** ist in das Herausgeberkollegium der neuen geschichtswissenschaftlichen Reihe „Europa orientalis, Europa centralis: Russian and East European Studies“ bei Anthem Press, London, gebeten worden. In der Reihe werden Studien und Quellen zur Geschichte totaler Herrschaft in Osteuropa veröffentlicht werden.

**Kai Buchholz** arbeitet seit Februar 2008 in der Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“ im von der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) geförderten Projekt „Attraktivität von Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft im internationalen Vergleich“. Er war Promotionsstipendiat der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und hat dort in der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Wissenschaftliche Politikberatung in der Demokratie“ geforscht. Er hat seine von Professor Peter Weingart betreute Dissertation über die Professionalisierungsbedürftigkeit wissenschaftlicher Politikberatung im Dezember 2007 am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld vorgelegt.

**Dr. Martina Dieckhoff** arbeitet seit Mai 2008 als wissenschaftliche Projektleiterin in der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“. Sie wird quantitative empirische Ana-

lysen im Bereich der Arbeitsmarktforschung, insbesondere zum Zusammenhang von Qualifikationserwerb, -wertung und Erwerbsverläufen, konzipieren und durchführen. Martina Dieckhoff hat am Nuffield College, Oxford University, zum Thema „Skill Creation Systems in a Comparative Perspective: Germany, Denmark and the UK“ promoviert. Zuletzt arbeitete die Politikwissenschaftlerin als Projektleiterin am Dänischen Nationalen Zentrum für Sozialforschung in Kopenhagen.

**Rosine Dombrowski**, Diplom-Soziologin, ist im April innerhalb des WZB von der Projektgruppe „Education and Transitions into the Labour Market“ in die Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ gewechselt. Sie ist beteiligt bei der Antragstellung im Rahmen des nationalen Bildungspanels, Stage 5, „Vocational Training and Transitions into the Labor Market“ und wird in diesem Rahmen ein eigenes Forschungsprojekt entwickeln.

**Rahim Hajji**, Soziologe, arbeitet seit April 2008 in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ zum Thema islamische Jugendkulturen. Im Rahmen dieses Themas untersucht er die Konstituierung von Jugendgemeinschaften und die Entwicklung von Islamisierungsprozessen. Außerdem forscht Rahim Hajji zu migrationsbedingten Trennungserfahrungen von Familien in Deutschland.

Professor **Michael Hutter** ist seit März 2008 Direktor der Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“ und zugleich Forschungsprofessor am Institut für Soziologie der TU Berlin. Hutter studierte Mathematik und Wirtschaftswissenschaften in München, Portland und Seattle. Er promovierte 1976 an der Ludwig-Maximilians-Universität

## Mit dem Blick des Lesers

Das WZB befindet sich in stetigem Wandel. Neue Forschungsthemen werden aufgenommen, Querverbindungen zwischen Abteilungen und Disziplinen gestärkt, ein Generationenwechsel wird schrittweise vollzogen. Auch die „WZB-Mitteilungen“ haben sich verändert. Einen wichtigen Anteil daran hatte Haug von Kuenheim, langjähriger Redakteur der „Zeit“. Auf Einladung von WZB-Präsident Jürgen Kocka beriet er seit 2001 die Redaktion. Eines der sichtbaren Resultate war die Neugestaltung von Heft 100 an, die bis heute Aussehen und Ausrichtung der Zeitschrift prägt. Von Kuenheim reiste regelmäßig aus Hamburg für die Redaktionssitzungen an und ließ der Redaktion seinen kritischen journalistischen Blick. Er war der Stellvertreter der „Mitteilungen“-Leser: mit ausgeprägtem Interesse an den WZB-Forschungsthemen, die aber doch bitte in einer klaren Sprache präsentiert werden müssen. Er bereicherte mit Sprachkritik, Sinn für Aktualität und Verständnis für die Spezialisierung und Differenzierung sozialwissenschaftlicher Forschung die Redaktionsarbeit. Jetzt betrachtet Haug von Kuenheim seine Beratungsarbeit als abgeschlossen. Verbunden wird er dem WZB als Gast bei öffentlichen Diskussionen und Vorträgen bleiben. Und sicherlich auch mal anrufen mit der Frage, ob die Redaktion nicht diese oder jene aktuelle Debatte im Heft aufgreifen könnte. Und die Überschriften und die Zwischenzeilen etwas größer machen könnte. Und dass so ein Wortungstüm wie „Doppelkarrierepaare“ ja doch wirklich nicht gehe.



Haug von Kuenheim

[Foto: Cordia Schlegelmilch]

München mit einer Arbeit über die „Gestaltung von Property Rights als Mittel gesellschaftlich-wirtschaftlicher Allokation“. Für diese Arbeit erhielt er den Promotionspreis der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. 1977/78 war er Visiting Assistant Professor und Research Associate am Claremont McKenna College und am Center for the Study of Law Structures. Von 1978 bis 1985 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 1986 erfolgte die Habilitation in Volkswirtschaft. Von 1987 bis 2008 war er Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Wirtschaft und ihrer Umwelt an der Universität Witten/Herdecke. Er hat Veröffentlichungen zur Ökonomie des Rechts, zur Geschichte der Geldmedien, zur Medienökonomik, zur Theorie sozialer Systeme und zur Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher und künstlerischer Entwicklung vorgelegt.

**Almut Kirschbaum**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ehemaligen Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung“ in dem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt „Langzeitkonten und biographische Lebensführung“, wechselt im Juni 2008 an die Universität

Bielefeld. Sie wurde als Promovendin in die Bielefeld Graduate School in History and Sociology BHGS aufgenommen. Dort wird sie ihre Dissertation zum Thema „Arbeitszeitflexibilisierung und Lebensplanung. Erwerbsbiographische Entscheidungen von Frauen und Männern“, das durch ein Promotionsstipendium der Hans Böckler-Stiftung gefördert wird, schreiben.

**Dr. Tim Lohse** ist seit April 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“. Er hat an den Universitäten Münster, Hannover und Commercial Luigi Bocconi (Italien) Volkswirtschaftslehre studiert und im November 2007 seine Promotion über „Arbeitsverpflichtungen und ihre Beurteilungen aus Sicht der Optimalsteuertheorie“ am Institut für Öffentliche Finanzen an der Universität Hannover abgeschlossen. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Fiskalföderalismus, Steuertheorie und Öffentliche Güter. Am WZB wird er u. a. in dem DFG-Projekt „Föderale Architektur und Standortwettbewerb“ zum Thema Fiskalföderalismus arbeiten.

**Dr. Ines Michalowski** ist seit März wissenschaftliche Mit-

arbeiterin in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“. Sie forscht über die politische und rechtliche Inkorporation des Islam in verschiedenen europäischen Ländern. Sie wurde in Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Münster und am Centre de Sociologie des Organisations (Sciences Po) promoviert.

**Dr. Elfie Rembold**, Stadt- und Kulturhistorikerin, wird ab Juni 2008 als Nachfolgerin von Helen Baykara-Krumme als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Drittmittelprojekt „Chancen einer alternden Gesellschaft“ die Koordination der Akademiengruppe Altern in Deutschland übernehmen. Sie ist Mitherausgeberin der multidisziplinären Zeitschrift „National Identities“ und hat nach mehrjähriger Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich der Diktaturenforschung gerade eine kaufmännische Ausbildung im Bereich Freizeit und Tourismus erfolgreich abgeschlossen.

**Dr. Elmar Schlüter** ist seit April 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“. Er forscht über soziale Integration von Migranten in

europäischen Gesellschaften und interethnische Konflikte.

**Dr. Oliver Schwedes** ist seit Mai 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Integrierte Verkehrsplanung der TU Berlin. Er war von 2002 bis Ende 2007 Mitarbeiter der Projektgruppe „Mobilität“ am WZB und hat sich mit der Stadt- und Verkehrspolitik beschäftigt. Als federführender Herausgeber hat er zuletzt das „Handbuch Verkehrspolitik“ veröffentlicht. An der TU Berlin wird er in enger Zusammenarbeit mit den Verkehrsingenieuren das Themenfeld der Sozialwissenschaftlichen Mobilitätsforschung in Forschung und Lehre vertiefend bearbeiten.

**Johannes Uhlig** arbeitet seit Februar 2008 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ in dem von der Jacobs-Stiftung geförderten Forschungsprojekt „The ‚Discovery‘ of Youth’s Learning Potential Early in the Life Course“. Er hat Ende 2007 sein Studium der Psychologie an der FU Berlin mit einer Diplomarbeit zu dem Thema „Faszination Computerspiel: eine explorative Untersuchung am Beispiel einer LAN-Party“ abgeschlossen.

Arbeit und Sozialstaat  
Seite 61

Zivilgesellschaft  
Seite 61

Public Health  
Seite 62

Finanzen, Wettbewerb, Industrie  
Seite 63

Mobilität und Umwelt  
Seite 63

Bildung, Wissen, Innovation  
Seite 64

Internationale Beziehungen  
Seite 64

Demokratie  
Seite 65

Migration und Integration  
Seite 65


## Publikationen

### Arbeit und Sozialstaat

**Alber, Jens, Philipp Lenarz,** „Wachsende soziale Ungleichheit in Europa. Die Lebensqualität unterer Einkommenschichten in der erweiterten Europäischen Union“, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 39, Januar 2008, S. 1–5


**Allmendinger, Jutta, Christine Puschmann, Marcel Helbig,** Frauen auf dem Sprung. Die Brigitte-Studie 2008, Hamburg: Gruner + Jahr 2008, 102 S.

**Böhnke, Petra,** „Are the Poor Socially Integrated? The Link between Poverty and Social Support in Different Welfare Regimes“, in: Journal of European Social Policy, Vol. 18, No. 2, 2008, S. 133–150

**Böhnke, Petra, Ulrich Kohler,** Well-being and Inequality, 47 S.  
 SPI 2008-201

**Giesecke, Johannes, Roland Verwiebe,** „Die Lohnentwicklung in Deutschland zwischen 1998 und 2005 – Wachsende Ungleichheit“, in: WSI-Mitteilungen, Heft 2, 2008, S. 85–90

**Hartlapp, Miriam, Günther Schmid,** „Aktives Altern in Europa“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 18-19/2008, 28. April 2008

**Hartlapp, Miriam, Gerda Falkner,** Problems of Operationalisation and Data in EU Compliance Research, 34 S.  
 SPI 2008-104

**Hartlapp, Miriam, Günther Schmid,** Employment Risks and Opportunities for an Ageing Workforce in the EU,

28 S.  
 SPI 2008-105

**Henkes, Christian, Alexander Petring,** „Die Zukunftsfähigkeit des deutschen Sozialstaats“, in: Jürgen Kocka (Hg.), Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2008, S. 47–70

**Henninger, Annette, Ulrike Papouschek,** „Occupation Matters – Blurring Work Life Boundaries in Mobile Care and the Media Industry“, in: Chris Warhurst, Doris Ruth Eikhof, Axel Haunschild (Eds.), Work Less, Live More? A Critical Analysis of the Work-Life Boundary, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2008, S. 153–172

**Hildebrandt, Eckart,** „Arbeitspolitik im Betrieb. Zu den Potenzialen von Langzeitkonten“, in: SWS-Rundschau, Jg. 48, Heft 1, 2008, S. 34–50

**Keck, Wolfgang, Chiara Saraceno,** „Grandchildhood in Germany and Italy: an Exploration“, in: Arnlaug, Leira, Chiara Saraceno (Eds.), Childhood: Changing Contexts. Comparative Social Research, Vol. 25, Biggleswade, UK: Emerald 2008, S. 135–166

**Leira, Arnlaug, Chiara Saraceno** (Eds.), Childhood: Changing Contexts. Comparative Social Research, Vol. 25, Biggleswade, UK: Emerald 2008, 430 S.

**Pape, Simone, Jörg Rössel, Heike Solga,** „Die visuelle Wahrnehmbarkeit sozialer Ungleichheit – Eine alternative Methode zur Untersuchung der Entkopplungsthese“, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 36, Heft 1, 2008, S. 25–41

**Saraceno, Chiara,** „Povertà e politiche contro la povertà in

Europa. Le promesse e i limiti dell'agenda di Lisbona“, in: Annali della Fondazione Giuseppe di Vittorio 2006, Roma: Ediesse 2007, S. 79–102

**Saraceno, Chiara,** „Family Policies in Europe. A Comparative Perspective“, in: Polityka Społeczna (Social Policy), No. 369209, special issue on „Family Policy in Poland“, 2007, S. 2–9

**Schmid, Günther,** Full Employment in Europe: Managing Labour Market Transitions and Risks, Cheltenham: Edward Elgar Publishing 2008, 392 S.

### Zivilgesellschaft

**Behrends, Jan C.,** „Agitation, Organisation, Mobilisation. The League for Polish-Soviet Friendship in Stalinist Poland“, in: Balázs Apor, Péter Apor, E. A. Rees (Eds.), New Perspectives on Sovietisation and Modernity in Central and Eastern Europe, 1945–1964, Washington, DC: New Academia Publishing 2008, S. 179–197

**Behrends, Jan C.,** „Schwester, Freundin und Vorbild. Bilder der sowjetischen Frau im stalinistischen Polen und der SBZ/DDR“, in: Claudia Kraft (Hg.), Geschlechterverhältnisse in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg: Soziale Praxis und Konstruktionen von Geschlechterbildern, München; Oldenburg 2008, S. 59–86

**Gosewinkel, Dieter,** „West-gegen Osteuropa. Gibt es verschiedene historische Entwicklungspfade der Staatsangehörigkeit?“, in: Dirk Lange (Hg.), Migration und Bürgerbewusstsein. Perspektiven Politischer Bildung in Europa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, S. 27–41

- Gosewinkel, Dieter**, „Angst vor dem Souverän? Verfassungsstarre und Partizipationsbegehren in Deutschland“, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 107–130,
- Gosewinkel, Dieter**, „Historical Reflections on Citizenship in Europe“, in: Viola B. Georgi (Ed.), *The Making of Citizens in Europe: New Perspectives on Citizenship Education*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2008, S. 31–36
- Haug, Christoph**, „Die ‚Politik der Armen‘ als Beitrag zur Entwicklung einer Theorie demokratischer Gerechtigkeit im Kontext ‚globaler Apartheid‘“, in: Christoph Haug, Rudi Maier, Berit Schröder (Hg.), *Kampf um Teilhabe: Akteure, Orte, Strategien*, Hamburg: VSA 2008, S. 112–125
- Haug, Christoph, Simon Teune**, „Identifying Deliberation in Social Movement Assemblies: Challenges of Comparative Participant Observation“, in: *Journal of Public Deliberation*, Vol. 4, No. 1, 2008, <http://services.bepress.com/jpd/vol4/iss1/art8>
- Haug, Christoph, Rudi Maier, Berit Schröder** (Hg.), *Kampf um Teilhabe: Akteure, Orte, Strategien*, Hamburg: VSA 2008, 244 S.
- Haug, Christoph, Rudi Maier, Berit Schröder**, „Gesellschaft im Wandel – Kämpfe im Wandel“, in: Christoph Haug, Rudi Maier, Berit Schröder (Hg.), *Kampf um Teilhabe: Akteure, Orte, Strategien*, Hamburg: VSA 2008, S. 7–18
- Kocka, Jürgen**, „Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 9-10/2008, 25. Februar 2008, S. 3–9
- Koopmans, Ruud**, „Who Inhabits the European Public Sphere? Winners and Losers, Supporters and Opponents in Europeanised Political Debates“, in: Krassimir Y. Nikolov (Ed.), *Adapting to Integration in an Enlarged European Union*, Vol. 2: *Adapting the Enlarged Union to the Citizen*, Sofia: Bulgarian European Community Studies Association (BECSA) 2008
- Priller, Eckhard**, „Ressourcen und Potenziale zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland“, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2008, S. 299–313
- Priller, Eckhard**, „Zivilgesellschaftliches Engagement im europäischen Vergleich“, in: Herbert Ammann, Raimund Hasse, Monika Jakobs, Gabriela Riemer-Kafka (Hg.), *Freiwilligkeit – Ursprünge, Erscheinungsformen, Perspektiven*, Zürich: Seismo Verlag 2008, S. 51–70
- Rucht, Dieter**, „Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Oppositionsgruppen in der DDR und neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik“, in: Matthias Buchholz, Walter Schmitz, Andreas Schönfelder (Hg.), *Samisdat in Mitteleuropa. Prozeß – Archiv – Erinnerung*, Dresden: TUDpress 2007, S. 69–82
- Rucht, Dieter**, „Engagement in sozialen Bewegungen – Voraussetzungen, Formen, Wirkungen“, in: Felix Kolb, *Bewegungsstiftung* (Hg.), *Damit sich was bewegt – Wie soziale Bewegungen und Protest Gesellschaft verändern*, Hamburg: VSA 2007, S. 13–44
- Rucht, Dieter**, „Einführung. Vom Elend der ‚Latschdemos‘“, in: Heinrich Geiselberger (Hg.), *Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda*, Frankfurt a.M.: Edition Suhrkamp 2007, S. 183–201
- Rucht, Dieter** (zusammen mit Simon Teune und Mundo Yang), „La genèse des mouvements altermondialistes en Allemagne“, in: Isabelle Sommier, Olivier Fillieule, Eric Agrikolansky (Hg.), *Généalogie des mouvements altermondialistes en Europe*, Paris: Editions Karthala 2008, S. 115–142
- Schmidt, Jürgen**, „Was heißt Zivilgesellschaft?“, in: *punktum*, Nr. 1, 2008, S. 5–8
- Stein, Tine**, „Die neuen Weltbürger. Engagement für öffentliche Interessen“, in: *Frankfurter Rundschau*, 5. März 2008, S. 14
- Public Health**
- Collins, Pamela Y., Hella von Unger, Adria Armbrister**, „Church Ladies, Good Girls, and Locas: Stigma and the Intersection of Gender, Ethnicity, Mental Illness, and Sexuality in Relation to HIV Risk“, in: *Social Science & Medicine*, Vol. 66, 2008 (article in press), <http://www.sciencedirect.com/science/journal/02779536>
- Engelmann, Fabian, Anja Halkow**, *Der Setting-Ansatz in der Gesundheitsförderung. Genealogie, Konzeption, Praxis, Evidenzbasierung*, 122 S.  [SP I 2008-302](http://www.sciencedirect.com/science/journal/02779536)
- Froböse, Ingo, Holger Wellmann, Andreas Weber** (Hg.), *Betriebliche Gesundheitsförderung – Möglichkeiten der betriebswirtschaftlichen Bewertung*, Wiesbaden: Universum Verlag 2008, 236 S.
- Hetzl, Christian, Holger Wellmann**, „Finanzierungsmöglichkeiten der Betrieblichen Gesundheitsförderung“, in: Ingo Froböse, Holger Wellmann, Andreas Weber (Hg.), *Betriebliche Gesundheitsförderung – Möglichkeiten der betriebswirtschaftlichen Bewertung*, Wiesbaden: Universum Verlag 2008, S. 225–235
- Kümpers, Susanne**, *Alter und gesundheitliche Ungleichheit: Ausgangspunkte für sozialraumbezogene Primärprävention*, 51 S.  [SP I 2008-301](http://www.sciencedirect.com/science/journal/02779536)
- Kümpers, Susanne**, „Der Stadtteil als Setting für Primärprävention mit sozioökonomisch benachteiligten älteren Menschen – Erkenntnisstand und Forschungsbedarf“, in: Antje Richter, Iris Bunzendahl, Thomas Altgeld (Hg.), *Dünne Rente – Dicke Probleme. Alter, Armut und Gesundheit – Neue Herausforderungen für Armutsprävention und Gesundheitsförderung*, Frankfurt a.M.: Mabuse-Verlag 2008, S. 133–147
- Rosenbrock, Rolf**, „Wir brauchen ein Bundesgesetz zur nicht-medizinischen Primärprävention“, in: *Verhaltenstherapie & Psychosoziale Verantwortung*, Jg. 39, Heft 4, 2007, S. 880–881
- Rosenbrock, Rolf**, „Gesundheit und Gerechtigkeit in Deutschland“, in: *Verhaltenstherapie & Psychosoziale Verantwortung*, Jg. 39, Heft 4, 2007, S. 885–893
- Rolf Rosenbrock**, *Primärprävention – Was ist das und was soll das?*, 27 S.  [SP I 2008-303](http://www.sciencedirect.com/science/journal/02779536)
- Wellmann, Holger**, „Das 5-Stufen-Modell zur ökonomischen Evaluation der Betrieblichen Gesundheitsförderung“, in: Ingo Froböse, Holger Wellmann, Andreas Weber (Hg.), *Betriebliche Gesundheitsförderung – Möglichkeiten der betriebswirtschaftlichen Bewertung*, Wiesbaden: Universum Verlag 2008, 236 S.

- Wiesbaden: Universum Verlag 2008, S. 65–19
- Wellmann, Holger, Marcus Schian, Christian Hetzel, Thorsten Flach**, „Anpassung des Erwerbsminderungsrentenverfahrens an die Anforderungen des SGB IX“, in: Deutsche Rentenversicherung Bund (Hg.), 16. Rehabilitations-wissenschaftliches Kolloquium. DRV-Schriften, Band 72, 2007, S. 312–313
- Wellmann, Holger, Jürgen Lempert-Horstkotte, Rolf Rosenbrock, Bernhard Badura**, „Die gesetzliche Unfallversicherung im Reformprozess: Umsetzung und Weiterentwicklung des Präventionsauftrages in der Arbeitswelt“, in: Deutsche Rentenversicherung Bund (Hg.): 17. Rehabilitations-wissenschaftliches Kolloquium. DRV-Schriften, Band 77, 2008, S. 286–288
- Finanzen, Wettbewerb, Industrie**
- Beck, Jonathan**, Diderot's Rule, 31 S.  
PDF SP II 2008-13
- Berthoin Antal, Ariane, Meinolf Dierkes, Maria Oppen**, „Zur Zukunft der Wirtschaft in der Gesellschaft. Sozial verantwortliche Unternehmensführung als Experimentierfeld“, in: Jürgen Kocka (Hg.), Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 2008, S. 251–273
- Clougherty Joseph A., Anming Zhang**, Domestic Rivalry and Export Performance: Theory and Evidence from International Airline Markets, 30 S.  
PDF SP II 2008-12
- Duso, Tomaso, Damien Neven, Lars-Hendrik Röller**, „The Political Economy of EU Merger Control“, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 50, No. 3, 2007, S. 455–489
- Geys, Benny, Jan Vermeir**, Party Cues and Yardstick Voting, 13 S.  
PDF SP II 2008-05
- Geys, Benny, Jan Vermeir**, The Political Cost of Taxation: New Evidence from German Popularity Ratings, 26 S.  
PDF SP II 2008-06
- Goeminne, Stijn, Benny Geys, Carine Smolders**, „Political Fragmentation and Projected Tax Revenues: Evidence from Flemish Municipalities“, in: *International Tax and Public Finance*, Vol. 15, 2008, S. 297–315
- Jürgens, Ulrich, Martin Krzydzinski**, „Zur Zukunft des deutschen Produktionsmodells“, in: Jürgen Kocka (Hg.), Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 2008, S. 179–203
- Konrad, Kai A.**, Non-binding Minimum Taxes May Foster Tax Competition, 8 S.  
PDF SP II 2008-10
- Konrad, Kai A., Beate Jochimsen** (Hg.), Föderalismuskommission II: Neuordnung von Autonomie und Verantwortung, Frankfurt a.M. u. a.: Peter Lang Verlag 2008, 195 S.
- Konrad, Kai A., Kjell Erik Lommerud**, Love and Taxes – and Matching Institutions, 30 S.  
PDF SP II 2008-04
- Konrad, Kai A., Dan Kovenock**, The Alliance Formation Puzzle and Capacity Constraints, 6 S.  
PDF SP II 2008-07
- Konrad Kai A., Dan Kovenock**, Competition for FDI with Vintage Investment and Agglomeration Advantages, 22 S.  
PDF SP II 2008-09
- Morath, Florian**, Strategic Information Acquisition and the Mitigation of Global Warming, 23 S.  
PDF SP II 2008-11
- Münster, Johannes**, Repeated Contests with Asymmetric Information, 36 S.  
PDF SP II 2008-08
- Prantl, Susanne**, The Role of Policies Supporting New Firms: An Evaluation for Germany after Reunification, 37 S.  
PDF SP II 2008-14
- Rixen, Thomas**, „A Politico-Economic Perspective on International Double Taxation Avoidance“, in: *Tax Notes International*, Vol. 49, Issue 7, February 18, 2008, S. 599–617
- Rixen, Thomas**, The Institutional Design of International Double Taxation Avoidance, 37 S.  
PDF SP IV 2008-302
- Seldeslachts, Jo, Tomaso Duso, Enrico Pennings**, On the Stability of Research Joint Ventures: Implications for Collusion, 11 S.  
PDF SP II 2008-15
- Werck, Kristien, Bruno Heyndels, Benny Geys**, „The Impact of ‚Central Places‘ on Spatial Spending Patterns: Evidence from Flemish Local Government Cultural Expenditures“, in: *Journal of Cultural Economics*, Vol. 23, No. 1, 2008, S. 35–58
- Mobilität und Umwelt**
- Becker-Ritterspach, Florian, Jutta Becker-Ritterspach**, „Die Entwicklung des Automobilismus in Indien“, in: Weert Canzler, Gert Schmidt (Hg.), Zukünfte des Automobils. Aussichten und Grenzen der autotechnischen Globalisierung, Berlin: edition sigma 2008, S. 257–286
- Canzler, Weert**, „Last und Freude des Privatautos. Chancen und Grenzen einer Umdeutung des Autos“, in: Weert Canzler, Gert Schmidt (Hg.), Zukünfte des Automobils. Aussichten und Grenzen der autotechnischen Globalisierung, Berlin: edition sigma 2008, S. 145–165
- Canzler, Weert**, „The Paradoxical Nature of Automobility“, in: Weert Canzler, Vincent Kaufmann, Sven Kesselring (Eds.), *Tracing Mobilities. Towards a Cosmopolitan Perspective*, Aldershot: Ashgate, 2008, S. 105–118
- Canzler, Weert**, „Verkehrspolitik vor neuen Herausforderungen“, in: *Neues Archiv für Niedersachsen*, Heft 1, 2008, S. 14–27
- Canzler, Weert, Gert Schmidt**, „Automobile Zukünfte – eine Einführung“, in: Weert Canzler, Gert Schmidt (Hg.), *Zukünfte des Automobils. Aussichten und Grenzen der autotechnischen Globalisierung*, Berlin: edition sigma 2008, S. 7–28
- Canzler, Weert, Gert Schmidt** (Hg.), *Zukünfte des Automobils. Aussichten und Grenzen der autotechnischen Globalisierung*, Berlin: edition sigma 2008, 300 S.
- Canzler, Weert, Meinolf Dierkes, Andreas Knie, Lutz Marz, Marc Weider**, *Verpasste Chancen der Modernisierung? China zwischen nachholender und alternativer Motorisierung*, Berlin: edition sigma 2008, 135 S.
- Gegner, Martin**, „Die Brasilianer und ihr Eigenmobil. Notizen zu Modernisierung und Automobilisierung in einem ‚Land der Zukunft‘“, in: Weert Canzler, Gert Schmidt (Hg.), *Zukünfte des*

Automobils. Aussichten und Grenzen der autotechnischen Globalisierung, Berlin: edition sigma 2008, S. 213–230

**Marz, Lutz, Meinolf Dierkes, Andreas Knie, Marc Weider, Junhua Zhang**, „China 2020: Automobilisierungs-Perspektiven im Reich der Mitte“, in: Weert Canzler, Gert Schmidt (Hg.), Zukünfte des Automobils. Aussichten und Grenzen der autotechnischen Globalisierung, Berlin: edition sigma 2008, S. 231–256

**Potthast, Jörg**, Die Bodenhaftung der Flugsicherung, Technical University Technology Studies Working Papers TUTS-WP-8-2007, 29 S., [http://www2.tuberlin.de/soziologie/Tuts/Wp/TUTS\\_WP\\_8\\_2007.pdf](http://www2.tuberlin.de/soziologie/Tuts/Wp/TUTS_WP_8_2007.pdf)

**Potthast, Jörg**, „Panne auf Flughöhe Null“. Spiegel-Online, 2. April 2008, <http://www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,544768,00.html>

**Rucht, Dieter**, „Alte Bündnisse und neue Allianzen in der Umweltpolitik“, in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.), Bilanz und Perspektiven – Handlungsfelder der deutschen Umweltpolitik. Tagungsband zum Symposium „20 Jahre Bundesumweltministerium“, Berlin, 2007


**Schöller-Schwedes, Oliver, Lisa Ruhrort**, „Länderverkehrspolitik“, in: Achim Hildebrandt, Frieder Wolf (Hg.), Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, S. 235–256

## Bildung, Wissen, Innovation

**Allmendinger, Jutta, Marcel Helbig**, „Mehr Reformen wagen“, in: DSW-Journal, Nr. 1, 2008, S. 34–35


**Allmendinger, Jutta, Christian Ebner, Rita Nikolai**, „Soziale Beziehungen und Bildungserwerb“, in: Axel Franzen, Markus Freitag (Hg.), Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen, Sonderheft 47 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 487–513

**Allmendinger, Jutta, Christian Ebner, Rita Nikolai**, „Bildung und Chancengleichheit in Deutschland“, in: Jürgen Kocka (Hg.), Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2008, S. 205–227

**Böhlke, Effi**, Ein Pakt für oder gegen die Forschung? Zur aktuellen Veränderung der französischen Wissenschaftslandschaft, 102 S.  P 2007-102,

**Braun-Thürmann, Holger**, „Die Ökonomie der Wissenschaft und die Möglichkeit ihrer Verwertung“, in: Hochschulmanagement, Nr. 3, 2008, S. 3–7


**Gülker, Silke**, Evaluation und politisches Lernen. Diskursive Zukunftsforschung als Methode der Politikevaluation, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2008, 200 S.

**Knie, Andreas, Martin Lengwiler**, Alibiveranstaltungen. Die Bedeutung von akademischen Spin-offs im Technologietransfer der Forschungspolitik, 26 S.  P 2007-101


**Kocka, Jürgen**, „Eric Hobsbawm als Sozial- und Welthistoriker“, in: Hubert Christian Ehalt (Hg.) Geschichte: Möglichkeit für Erkenntnis und Gestaltung der Welt. Zu Leben und Werk von Eric J. Hobsbawm, Wiener Vorlesungen im Rathaus, Bd. 138, Vorträge im Wiener

Rathaus anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Wien an Eric J. Hobsbawm am 22. Januar 2008, herausgegeben für die Kulturabteilung der Stadt Wien, Wien: Picus Verlag 2008, S. 29–38

**Mayer, Karl Ulrich, Heike Solga** (Hg.), Skill Formation – Interdisciplinary and Cross-National Perspectives. New York: Cambridge University Press 2008, 264 S.

**Powell, Justin J. W., Heike Solga**, Internationalization of Vocational and Higher Education Systems – A Comparative-Institutional Approach, 49 S.  SP I 2008-501

**Sorge, Arndt**, „Was ist von einer produktiven Wissensgesellschaft durch nachhaltige Innovation und Berufsbildung zu erwarten?“, in: Jürgen Kocka (Hg.), Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2008, S. 229–249

**Torka, Marc, Anke Borcherding**, Wissenschaftsunternehmer als Beruf? Berufs- und professionssoziologische Überlegungen vor dem Hintergrund aktueller (ENT-) Differenzierungsphänomene der Wissenschaft, 66 S.  SP III 2008-601

## Internationale Beziehungen

**Behrends, Jan C.**, „Vom Panslawismus zum ‚Friedenskampf‘. Außenpolitik, Herrschaftslegitimation und Massenmobilisierung im sowjetischen Nachkriegsimperium (1944–1953)“, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 56, 2008, S. 27–53

**Behrends, Jan C.**, „Völkerfreundschaft und Amerikafeindschaft. Ilja Ehrenburgs Publizistik und das Europa-bild des Stalinismus“, in:

Christian Domnitz, José Maria Faraldo, Paulina Gulinska-Jurgiel (Eds.), Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses (1945–1991), Köln/Weimar: Böhlau Verlag 2008, S. 125–144

**Behrends, Jan C.**, „Menschenrechte und Außenpolitik. Ein kritischer Blick zurück und nach vorn“, in: Berliner Republik, Heft 2, 2008, S. 44–52

**Behrends, Jan C.**, Polen und Deutschland – Versöhnung, Zusammenarbeit, und Resentiment, in: Universitas, Jg. 63, 2008, S. 4–21

**Fuchs, Dieter, Hans-Dieter Klingemann**, „American Exceptionalism or Western Civilization?“, in: Jeffrey Anderson, G. John Ikenberry, Thomas Risse (Eds.), The End of the West? Crisis and Change in the Atlantic Order, Ithaca: Cornell University Press 2008, S. 247–262

**Klingemann, Hans-Dieter**, „Capacities: Political Science in Europe“, in: West European Politics, Vol. 31, 2008, S. 370–396

**Stein, Tine**, „Welt. Bürger. Recht. Bürger und Recht jenseits des Nationalstaates“, in: Kommune, Jg. 26, Heft 2, 2008, S. 77–82

**Zürn, Michael**, „Institutionalisierte Ungleichheit in der Weltpolitik. Jenseits der Alternative ‚Global Governance‘ versus ‚American Empire‘“, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 4, 2007, S. 680–704

**Zürn, Michael**, „Konturen einer zukunftsfähigen deutschen Außenpolitik“, in: Jürgen Kocka (Hg.) Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2008, S. 71–88



**Erickson, Jennifer**, Normative Power and EU Arms Transfer Policy: A Theoretical Critique and Empirical Test, 33 S.

 SP IV 2008-301

## Demokratie

**Busemeyer, Marius R., Christian Kellermann, Alexander Petring, Andrej Stuchlik**, „Perspectives on the European Economic and Social Model: Distributional and Institutional Conflicts“, in: *International Journal of Public Policy*, Vol. 3, Nos. 1/2, 2008, S. 39–57

**Kocka, Jürgen** (Hg.), *Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2008, 348 S.

**Kocka, Jürgen**, „Arbeiten an der Zukunft. Fragen, Ergebnisse, Vorschläge“, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays*, Bonn: Bundeszentrale für po-

litische Bildung 2008, S. 7–21

**Koopmans, Ruud, Jasper Muis**, The Rise of Right-Wing Populist Pim Fortuyn in the Netherlands. A Discursive Opportunity Approach, 22 S.

 SP IV 2008-703

**Merkel, Wolfgang**, „Nötig ist eine faire Chancengesellschaft“, in: *BRANDaktuell*, Nr. 2, 2008, S. 9

**Merkel, Wolfgang**, „Durchregieren? Reformblockaden und Reformchancen in Deutschland“, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2008, S. 25–45

**Merkel, Wolfgang, Alexander Petring, Christian Henkes, Christoph Egle** (Eds.), *Social Democracy in Power. The Capacity to Reform*, London/New York: Routledge 2008, 309 S.

**Weßels, Bernhard**, „Meaningful Choices, Political Supply, and Institutional Effectiveness“, in: *Electoral Studies*, Vol. 27, 2008, S. 19–30

## Migration und Integration

**Braun, Robert, Ruud Koopmans**, The Diffusion of Ethnic Violence in Germany: The Role of Social Similarity, 20 S.

 SP IV 2008-702

**Gosewinkel, Dieter**, „Wie wird man Deutscher? Staatsangehörigkeit als Zugehörigkeit während des 19. und 20. Jahrhunderts“, in: Rudolf von Thadden, Steffen Kaudelka, Thomas Serrier (Hg.), *Europa der Zugehörigkeiten. Integrationswege zwischen Ein- und Auswanderung*, Göttingen: Wallstein Verlag, S. 93–112

**Gosewinkel, Dieter**, „The Dominance of Nationality? Nation and Citizenship from the Late Nineteenth Century

*Onwards: A Comparative European Perspective*“, in: *German History*, Vol. 26, No. 1, 2008, S. 92–108

**Schönwälder, Karen**, „Reformprojekt Integration“, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2008, S. 315–334

**Schönwälder, Karen, Janina Söhn**, „Integration ist Hip: Was jugendliche MigrantInnen von der Politik erwarten können“, in: *denk-doch-mal.de*, Onlinemagazin für Arbeit, Bildung, Gesellschaft, Extra-Ausgabe 2008, [www.denk-doch-mal.de/dynasite.cfm?dsmid=90341](http://www.denk-doch-mal.de/dynasite.cfm?dsmid=90341)

**Stein, Tine**, „Gibt es eine multikulturelle Leitkultur als Verfassungspatriotismus? Zur Integrationsdebatte in Deutschland“, in: *Leviathan*, Heft 1, 2008, S. 33–53

## Neuerscheinungen

### Aus der WZB-Forschung

**Weert Canzler, Vincent Kaufmann, Sven Kesselring** (Eds.)

#### Tracing Mobilities

*Towards a Cosmopolitan Perspective*

Aldershot: Ashgate 2008

ISBN 978-0-7546-4868-0

208 Seiten, £ 55.00

Mobilität zählt zu den Grundprinzipien der Moderne, wie Individualität, Rationalität, Gleichheit und Globalität. Im modernen Konzept von Mobilität verschmelzen die Vorstellung gestaltbarer gesellschaftlicher Verhältnisse, der Gedanke sich stetig vervollkommener menschlicher Subjekte und die Idee räumlicher Bewegung als dynamischer Kraft, die solchen Fortschritt erst ermöglicht, miteinander. Anknüpfend an dieses Konzept werden in dem Buch aktuelle Befunde einer theoretisch angeleiteten interdisziplinären Mobilitätsforschung präsentiert. Dabei wird ein Bogen geschlagen von Modernisierungstheorien des Zusammenspiels von

sozialem Wandel und Mobilität bis zu empirischen Analysen über neue Formen von Mobilität und ihre Implikationen für das Alltagsleben. Der erste Teil des Bandes konzentriert sich auf die sozialen Veränderungen, die für die „zweite Moderne“ kennzeichnend sind, und nimmt die damit verbundenen Mobilitätsanforderungen und -ansprüche in den Blick. Sodann wird nach den Folgerungen gefragt, die sich aus dem Wandel für die Forschung ergeben. Der zweite Teil besteht aus mehreren Fallstudien, die sich u. a. mit „Mobilitäts- pionieren“ und dem Zusammenhang zwischen beruflicher Mobilität und Privatleben befassen.

**Wolfgang Merkel, Alexander Petring, Christian Henkes, Christoph Egle**

#### Social Democracy in Power

*The Capacity to Reform*

Routledge Research in Comparative Politics

London/New York: Routledge 2008

ISBN 978-0-415-43820-9

336 Seiten, £ 75.00

Ende der 1990er Jahre waren sozialdemokratische Parteien in den meisten Ländern der Europäischen Union an

der Regierung beteiligt. Wie erfolgreich waren sie in ihrer Reformpolitik? Folgten sie einem einheitlichen „Dritten Weg“? Mit dem Buch liegt erstmals eine in sich geschlossene, vergleichende empirische Untersuchung der Regierungspolitik sozialdemokratischer Parteien in sechs Ländern seit Mitte der 1990er Jahre vor. Auf der Basis ausführlicher Länderstudien (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Dänemark) werden die Politikmaßnahmen sozialdemokratischer Regierungen analysiert und deren fiskal-, beschäftigungs- und sozialpolitische Performanz in vergleichender Per-

spektive bewertet. Die Autoren zeigen, dass die unterschiedlich weitreichende Revision traditioneller sozialdemokratischer Ziele und Instrumente in den sechs Ländern mit einer spezifischen Erfolgsbilanz einhergeht. Dies bildet die Grundlage für eine Typologie sozialdemokratischer Regierungspolitik und erklärt sich aus der unterschiedlichen Ausprägung nationaler Institutionen und Handlungskontexte. Abschließend werden die Aufgaben und Perspektiven sozialdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert umrissen.

# Happy Birthday, Maynard

Der Ökonom John Maynard Keynes wäre am 5. Juni 125 Jahre alt geworden

Von Reinhard Blomert

*The outstanding faults of the economic society in which we live are its failure to provide for full employment and its arbitrary and inequitable distribution of wealth and incomes.* John Maynard Keynes [1936]

Dieser Mann ist zweifellos eine der interessantesten und einflussreichsten Figuren in der Geschichte der Ökonomie. John Maynard Keynes' Rezept der Stärkung der Nachfrage rettete den westlichen Kapitalismus, der in der Großen Depression selbst in den USA seine Legitimation verloren hatte. Von ihm stammen nicht nur die entscheidenden Ideen, die zur Überwindung der Krise in der ökonomischen Theorie führten. Als Herausgeber der einflussreichen liberalen Wochenzeitschrift „The Nation“ konnte er diese Ideen verbreiten. Als Kenner der Regierungsarbeit von innen wusste er, wie aus Ideen praktische Politik wurde. Er war außergewöhnlich vielseitig und vereinte in seiner Person – was damals wie heute selten ist – eine tiefe Kenntnis von Theorie und Praxis.

Keynes' erste Arbeit über die indische Währungsfrage (1913) brachte ihm ein Mandat als Berater der indischen Währungskommission ein, wo er mit dem Vorschlag eines Golddevisenstandards reüssierte. Währungsfragen sollten ihn von da an sein Leben lang begleiten. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs in das britische Finanzministerium berufen, wurde er bald Koordinator der Rüstungseinkäufe der Alliierten. Der Krieg, der nur als kurzer Feldzug geplant war, dauerte an, die Kosten stiegen, und die Goldreserven waren 1917 nahezu erschöpft. Die Alliierten mussten sich als Bittsteller an die Amerikaner wenden. Keynes wurde als Emissär zu Verhandlungen über Kriegskredite in die USA entsandt – „eine meiner bittersten Erfahrungen“, schrieb er später darüber. Gab es eine Stelle im Vereinigten Königreich, von der aus man hätte noch klarer erkennen können, dass Großbritannien an dieser historischen Wasserscheide seine Weltmachtposition an die USA abgeben musste?

1919 war Keynes ökonomischer Chefunterhändler der Briten in Versailles und versuchte erfolglos, die Reparationslasten für Deutschland zu mäßigen; er sah, dass diese Lasten ökonomisch gar nicht zu bewältigen waren. Als er mit seinen Vorschlägen nichts ausrichtete, quittierte er den Dienst und verfasste seine wohl berühmteste Streitschrift,

„Die wirtschaftlichen Konsequenzen des Versailler Vertrags“, die hohe Auflagen erreichte und in viele Sprachen übersetzt wurde. Darin zeigte er, wie die Chance auf einen gerechten Frieden vertan worden war. Aus den 14 Punkten des amerikanischen Präsidenten, von der deutschen Regierung im Oktober 1918 angenommen, war am Ende ein Vertrag geworden, der weder den Siegern brachte, was sie erträumt hatten – von der Schwächung des Deutschen Reiches bis zur Abwälzung der immensen Finanzlasten auf die Schultern der Besiegten –, noch den Besiegten die erhoffte Vertrauensbildung in Europa.

Keynes stellte in seinem Buch klar, dass das Goldwährungssystem keine Basis des Welt Handels mehr sein konnte. An die Stelle des Golds war der Dollar getreten, aber im Kurs des Dollar spiegelten sich nicht mehr Wertschöpfungsrelationen wider, sondern die politischen Entscheidungen der USA. Nur durch eine zwischen den Staaten koordinierte Politik könnte, so seine Warnung, die nächste Katastrophe verhindert werden.

Der Erfolg dieser Schrift machte aus Keynes einen begehrten ökonomischen Ratgeber. Er wurde in die Aufsichtsräte von fünf Versicherungen berufen, und im sogenannten Dienstagsclub traf er sich mit Bankiers, Ökonomen, Journalisten und Mitgliedern des britischen Finanzministeriums. Keynes wurde an der Börse reich und spendete hohe Summen für Kunst und Theater. Spekulationen an der New Yorker Börse führten 1929 zur Weltwirtschaftskrise und zur Großen Depression: Die Nachfrage brach zusammen, als die Unternehmen im großen Stil Entlassungen vornahmen. Die Wirtschaft steckte im Teufelskreis der Liquiditätsfalle: Kapital lag „faul“ auf den Konten und wurde nicht eingesetzt, weil die Gewinnaussichten trübe waren. Diese bis dato schwerste Krise des Kapitalismus hatte auch politische Folgen. Das Vertrauen in das marktwirtschaftliche System war tief erschüttert. Dem Vorbild einer sowjetischen Wirtschaft, in der alle Arbeit hatten, machte bald das Modell einer national-sozialistischen Wirtschaft Konkurrenz, das ebenfalls allen Arbeit versprach.

Keynes, der durch seine Heirat mit der russischen Tänzerin Lydia Lupokowa auch familiäre Bindungen zu Russland hatte, schien das sowjetische System jedoch zu starr und un-

Reinhard Blomert, Dr. rer. pol. habil., Redakteur der Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft Leviathan und Mitherausgeber der Gesammelten Schriften von Norbert Elias. Er studierte in Heidelberg und Berlin Soziologie, Volkswirtschaft sowie Jura und ist Autor einer Studie über die Einheit der Sozialwissenschaften und einer kürzlich erschienenen Keynes-Biographie.

blomert@wzb.eu

flexibel. Seine Lösung setzte auf den Staat: Wenn die Nachfrage über längere Zeit ausbleibt und dadurch politische Instabilität droht, sollte der Staat diese Nachfragerlücke füllen, um die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Keynes' Rezept fand rasch Anhänger auch in der amerikanischen Regierung Roosevelts und wurde in der Zeit des New Deal zur dominierenden ökonomischen Richtung. 1936 schrieb John Maynard Keynes sein Hauptwerk, das diese Lösung in eine theoretische Form brachte, die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“. Mit diesem Buch erhielt die Fiskalpolitik einen neuen Stellenwert in der ökonomischen Theorie. Die Nachkriegszeit wurde zum Zeitalter des Keynesianismus, das erst in den 1980er Jahren endete. Staatliche Nachfrage wurde zum mehr oder weniger klug eingesetzten Instrument in den westlichen Volkswirtschaften, die eine ihrer längsten Wachstumsperioden in Friedenszeiten erlebten.

Im Zweiten Weltkrieg vermieden die USA den Fehler, den Keynes ihnen im Ersten angekreidet hatte: Roosevelt schloss den berühmten Lend-Lease-Vertrag mit den Alliierten. In den Verhandlungen über die Währungsarchitektur der Nachkriegszeit vor Keynes Verhandlungsleiter auf englischer Seite; er konnte sich jedoch gegen die nationalen Interessen der zur Weltmacht aufgestiegenen USA nicht durchsetzen. Weder fand seine Forderung nach einer von nationalen

Interessen freien Weltwährung (dem Bancor) Gehör, noch stieß seine Idee, die Verantwortung für die Handelsbilanz sowohl auf Schuldner- als auch Gläubigerländer zu verteilen, auf Gegenliebe. Beide Vorschläge scheiterten an den USA, die sich für die Nachkriegszeit in der Gläubigerposition sahen und ihre eigene Währung als Weltwährung etablieren konnten. Zwei Jahre nach Abschluss der Verhandlungen in Bretton Woods starb Keynes Ostern 1946 an Herzversagen.

Als der Dollar während des Vietnamkriegs verfiel und die Amerikaner in den 1970er Jahren die Position des Gläubigerlands verloren, waren es ihre Experten, die eine Verantwortungsverteilung nach dem Muster von Keynes verlangten – dieses Mal standen die neuen Gläubigerländer Japan und Deutschland auf der anderen Seite und verweigerten ihre Zustimmung. Bemüht um stabile Finanzbeziehungen, begannen die Europäer jedoch mit der Planung eines eigenen Währungsraums. Keynes hätte den Euro vermutlich begrüßt. In der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank hätte er allerdings schwerlich die Verwirklichung seines Traums von einer rein technischen Lösung der Währungsfragen erkannt.

#### Literatur

Reinhard Blomert, *John Maynard Keynes, rororo Monographie*, Hamburg: Rowohlt Verlag 2007, 158 S.



Nachkriegskonferenz in Bretton Woods, Juli 1944: John Maynard Keynes (r.) im Gespräch mit Henry Morgenthau Jr. vom US-Finanzministerium. [Foto: Getty Images/Alfred Eisenstaedt]



• Internationales  
Institut  
für  
Management  
und  
Verwaltung

• Internationales  
Institut  
für  
Umwelt  
und  
Gesellschaft

• Internationales  
Institut  
für  
Vergleichende  
Gesellschafts-  
forschung

Juni 1978

Nr. 1

# WZB Mitteilungen

Inhalt	Seite
<b>In eigener Sache</b>	2
<b>Aus der Arbeit der Institute</b>	3
Internationales Institut für Management und Verwaltung	3
Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft	6
Internationales Institut für Vergleichende Gesellschaftsforschung	8
<b>Tagungs- und Konferenzberichte</b>	11
<b>Kontakte, Kommunikation, Kooperation</b>	13
<b>Kurzmitteilungen</b>	15
<b>Personalien</b>	16
<b>Termine</b>	17
<b>Publikationen</b>	19

**Erstausgabe.** Genau vor 30 Jahren erschien die erste Ausgabe der „WZB-Mitteilungen“, ein neues Periodikum des „Wissenschaftszentrums Berlin“, wie damals der vollständige Name lautete. Manches hat sich seitdem verändert. Ein Thema war auf der Titelseite nicht zu entdecken, dafür die Forschungseinheiten dessen, was zusammen WZB hieß. Das WZB hatte noch keinen Präsidenten, sondern einen Generalsekretär. Fotos gab es nicht in den „Mitteilungen“. Dafür hatte das WZB noch eine Telegrammanschrift (SCIENCECENTER BERLIN), und eines der Bankkonten des WZB war ein Konto bei: Postscheck Berlin West. Anderes hat sich aber seitdem nicht geändert. So sind manche Themen, die im 24 Seiten starken Heft genannt werden, noch nicht überholt: „Staatliche Lohnkostenzuschüsse als beschäftigungspolitisches Instrument“; „Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitslose Hochschulabsolventen“; „Innovationsstrategie für Berlin“; „Umweltgefährdende Folgen des Tourismus“.